

Aus: Springer Verlag AG, Post 10 05 54, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11
Westdeutsche Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28)
504-1 / Anzeigenabteilung Kettwig (0 20 54) 10 13 24 / Vertriebsabteilung
Hamburg (040) 347-1 - Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

TAGESSCHAU

POLITIK

Flucht: Einem 22-jährigen Leutnant der „DDR“-Grenztruppen ist die Flucht nach Bayern gelungen. Unverletzt überwand er die Sperranlagen.

Öst-CDU: Vor der Schaffung eines kirchlichen Freiraums gegenüber Staat und Gesellschaft hat die Öst-CDU Kirchengemeinden in der „DDR“ gewarnt. In der ihr inbestehenden Zeitschrift „Standpunkt“ hieß es, es gebe Pfarrer, die die Geborgenheit der Kirche als Alternative zur Gesellschaft propagierten. (S. 12)

SPD-Kritik: Gemeinsame Aktionen der SPD und DKP dienen nach Meinung von Horst Niggemeyer, führendem Mitglied der IG Bergbau und Energie mit SPD-Parteibuch, weder der Friedenssicherung noch dem Schutz der Freiheit in der Bundesrepublik Deutschland. (S. 5)

ZK-Sitzung: Kommunisten in Ost und West rechnen mit einer außerordentlichen ZK-Sitzung der KPdSU am 22. oder 23. Oktober. Themen werden voraussichtlich sein: Reform des Parteiprogramms und die „Verjüngung des Politbüros“.

Parteiaustritt: Der frühere Staatssekretär im Äthiopen-Außenministerium, Fotilas, ist aus der Regierungspartei ausgetreten. Der Grund: Äthiopen-Außenpolitik sei gegenüber der NATO feindlich. (S. 10)

Fall Andreotti: Im Zusammenhang mit dem Skandal um den Mafia-Banker Sindona wird Italiens Außenminister zu einer wachsenden Belastung für die Regierung. Behauptungen, er habe Sindona begünstigt, wies er als „Formen schriftlichen Banditentums“ zurück. (S. 10)

Stabile Prognosen: Vier Wochen vor der Wahl signalisieren Umfragen in den USA Reagan eine Mehrheit zwischen 15 und 25 Punkten vor seinem Herausforderer Mondale. (S. 7)

Streik-Abwehr: Chiles Militärregierung will den Generalstreik, den die oppositionelle Gewerkschaft CNT für den 30. Oktober angekündigt hat, mit allen notwendigen Maßnahmen verhindern. Innenminister Jara sprach von dem Versuch einer Minderheit, „ein Klima der Gewalt“ zu schaffen.

Verseuchte Umwelt als Grund für Ausreiseanträge

„DDR“-Politik des Wachstums um jeden Preis führt zu schweren Schäden

HANS-R. KARUTZ, Berlin

Ausreisewillige in Mitteldeutschland nennen immer häufiger den mangelnden Umweltschutz als Motiv für ihren Wunsch, die „DDR“ zu verlassen. In den besonders durch Rauchabgase und verseuchte Gewässer belasteten Industriegebieten steigt die Zahl der Antragsteller. Ein Situationsbericht der Bundesregierung in Bonn vorliegt, weist auf den Vorrang der Planerfüllung vor dem Umweltschutz hin und kommt zu der Prognose: Als Folge der insgesamt auf Wachstum um nahezu jeden Preis und auf Valutaeinnahmen ausgerichteten Wirtschaftspolitik in Ost-Berlin sei es wahrscheinlich, daß die „DDR“ in Zukunft stärker die Herstellung umweltbelastender Produkte für den europäischen oder den Weltmarkt übernehmen werde.

In der Ausarbeitung wird auf einen weiteren bedeutsamen Aspekt verwiesen. Es fehle der „DDR“ an Devisen, um die geeignete v. estliche Technologie, die umweltfreundlichere Produktionsverfahren gestatte, zu importieren.

In diesem Zusammenhang sind

zwei Zahlen interessant, die SPD-Politiker im September bei einem Informationsgespräch in der Technischen Universität Dresden zu hören bekommen. In einer Diskussion mit Prorektor und Professoren nannte ein Dresdner Wirtschaftswissenschaftler und Ökologieexperte folgende Daten: Die Entschärfung der fast nur noch mit minderwertiger einheimischer Braunkohle arbeitenden „DDR“-Kraftwerke würde zehn Milliarden (Ost-)Mark kosten. Hinzu käme der überhaupt nicht bezifferbare Aufwand, um 1,5 Millionen Arbeitsplätze in der häufig veralteten „DDR“-Industrie für die Arbeiter erträglicher auszustatten. In derselben Runde erklärten die Dresdner Gastgeber nachdrücklich, es werde bei ihnen „keinen Öko-Sozialismus“ geben.

In dem Bonner Papier wird festgehalten, daß die „DDR“ Daten und Tabellen zur Umweltbelastung formellen Geheimhaltungsvorschriften unterliegen. Die Autoren sagen eine weitere, zunehmende Belastung von Wasser und Werra auf westlicher Seite voraus, da die „DDR“ ihre Kaliproduktion noch erhöhen und ausweiten

wolle. Hingegen sei die Verschmutzung der Ostsee aus mitteldeutscher Sicht kein brisantes Problem. Die Ostsee sei in der Regel sauberer als das Mittelmeer.

Beim Thema „Waldsterben“ stellen die Verfasser eine „wankelmütige DDR-Informationspolitik“ fest, bei der Eingeständnisse und Dementis „in schneller Folge wechseln“. Zur Luftbelastung heißt es in dem Bericht, um Energie zu sparen, würden nachts, sofern vorhanden, die Schornsteinfelder von Kraftwerken abgeschaltet. Wegen der Kosten seien bei Neu- und Umbauten von Kraftwerken auch die „Mindesthöhen“ der Schornsteine verringert worden. Bei Besichtigung von besonders stark verschmutzten Anlagen beispielsweise durch westliche Experten oder Delegationen werde bisweilen ein Teil der Anlagen abgeschaltet, um günstigere Ausstoßwerte zu erreichen.

Die unzureichende Entschärfung im Bereich der mitteldeutschen Industriestruktur führt nach dem Bericht vor allem im Raum Halle/

© Fortsetzung Seite 12

Gromyko warnt die SED vor Bonn

In Ost-Berlin erinnert er an die „Überlebenshilfe“ des Ostblocks für die „DDR“

Ink/DW, Berlin

Sowjet-Außenminister Andrej Gromyko hat die SED-Spitze indirekt vor allzu großer Kommunikation mit der Bundesrepublik Deutschland gewarnt. In seiner Festansprache während des Staatsaktes zum 35. Jahrestag der „DDR“-Gründung erinnerte Gromyko daran, daß der SED-Staat seine Existenz sowjetischer Überlebenshilfe verdanke. Die sozialistischen Länder hätten in den Anfangsjahren „ökonomische Schwierigkeiten“ überbrückt und die „DDR“ gegen „Anstachelungen durch den Imperialismus“ zuversichtlich geschützt. „Für derartige „Anstachelungen“ machte Gromyko vor allem den „westdeutschen Imperialismus“ verantwortlich.

In der Bundesrepublik Deutschland seien „javanisches Kräfte“ am Werk, die jedoch „zurück ins Irre“ seien, wenn sie internationale Spannungen ausnützen wollten, um ihrem „abenteuerlichen Ziel“ gegenüber der „DDR“ näherzukommen. Gromyko wörtlich: „Welche Einschätzung kann man einem Kurs geben, der letzten Endes darauf gerichtet ist, die DDR zu besetzen und sie dem Staatssystem der BRD anzugleichen?“

Indirekt räumte der Außenminister, der anstelle Tschernenkos als

SEITE 3:
Musterkabe

ranghöchster Ostblock-Gast überhaupt in Ost-Berlin anwesend war, politische Meinungsverschiedenheiten im östlichen Lager ein. Er sprach von der „gegenseitigen kameradschaftlichen Erörterung auftauchender Fragen“ und der „Formulierung des praktischen Vorgehens in der internationalen Arena“.

Erich Honecker erteilte erneut jedem Wiedervereinigungs-Gedanken eine Absage, die er noch im Februar

1981 vor einer Ostberliner SED-Konferenz unter sozialistischem Vorzeichen für selbstverständlich hielt. „Nichts ist mehr offen. Das Deutsche Reich ist für immer im Feuer des Zweiten Weltkrieges untergegangen.“ Die beiden deutschen Staaten seien in verschiedene Bündnisse „eingegliedert“. Es könne, und je eher man das in der BRD einsehe, um so besser, zwischen diesen Staaten zur Beziehung geben, wie sie „international zwischen souveränen, voneinander unabhängigen, gleichberechtigten Staaten üblich sind“.

Die „Ehrenparade der Völkerarmee“ am Sonntag in der Ostberliner City zeigte keine neuen spektakulären Waffen. Der Vorbeimarsch von Kampfbeschreibern mit Raketen war schon beim 30. Jahrestag 1979 erfolgt. Zum erstenmal bot die NVA jedoch selbstfahrende Raketenabschirmungen auf, die an der Ostseeküste stationiert sind.

China ermuntert fremde Investoren

Vor dem Besuch von Kanzler Kohl fordert Deng Ausweitung der Wirtschaftsbeziehungen

AFP/DW, Peking

Eine Öffnung zum Ausland hat der chinesische Spitzenpolitiker Deng Xiaoping als einen entscheidenden Grundzug der chinesischen Politik bezeichnet. Am Vorabend des Besuchs von Bundeskanzler Kohl, der in der Volksrepublik China politische und wirtschaftliche Gespräche führen wird, sagte Deng, Peking habe nicht die Absicht, die Politik der Öffnung in Frage zu stellen. Falls sich diese Politik ändern sollte, so der chinesische Politiker, würde das „sicher eine noch größere Öffnung gegenüber dem Ausland bedeuten“.

Deng gab diese Erklärung vor chinesischen und ausländischen Geschäftsleuten und Wirtschaftsexperten ab, die in Peking an einer Tagung über wirtschaftliche Zusammenarbeit Chinas mit dem Ausland teilnahmen. Dabei unterstrich er, daß das chinesische Volk eine Änderung der Politik der Öffnung gegenüber dem

Ausland nicht gutheißen werde. Ein so großes Land wie China könne sich nicht entwickeln, wenn es die Türen zum Ausland schließe. Peking suche günstige Bedingungen für die Ausweitung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit dem Ausland, die ausländischen Geschäftsleute sollten ebenfalls die Zusammenarbeit vorantreiben, sagte Deng. Sie könnten sicher sein, daß China seine eingegangenen Verpflichtungen auch erfüllen. „China meint, was es sagt“, erläuterte Deng.

Bundeskanzler Kohl traf gestern zu einem sechstägigen Besuch in Peking ein. Kohl wird von einer großen Wirtschaftsdelegation sowie vom Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit, Jürgen Warnke, begleitet. Die offizielle Begrüßung findet heute vor der Großen Halle des Volkes in Peking statt. Vor seiner Abreise hatte Kohl erklärt, die guten Beziehungen zwischen beiden Län-

dern sollten auf wirtschaftlichem, politischem und kulturellem Gebiet vertieft werden. Es gebe große Möglichkeiten für einen Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen.

In Anwesenheit des Bundeskanzlers wird am Mittwoch ein Vertrag zwischen der Volkswagenwerk AG und China unterzeichnet, der von 1989 an die Produktion von 20 000 „Santana“-Flows und 100 000 Motoren jährlich in Shanghai vorsieht. Am gleichen Tag soll ein Abkommen über die Kooperation der Binnenschifffahrt unterzeichnet werden.

Um den Auftrag für ein großes Atomkraftwerk in der Nähe von Shantou bemüht sich die Kraftwerk Union AG (KWU), Messerschmidt-Bölkow-Blohm (MBB) will Fernseh-Satelliten nach China liefern. Darüber hinaus wird erwartet, daß auch über den Verkauf des Airbus gesprochen werden wird.

Paz rügt Manifeste für Managua

JOACHIM NEANDER, Frankfurt

In einer fast poetischen Gesamtschau, wie sie vielleicht nur noch aus der Sicht eines Lateinamerikaners möglich ist, versuchte der 70-jährige mexikanische Dichter Octavio Paz als neuer Friedenspreisträger des deutschen Buchhandels in der Frankfurter Paulskirche, die politische, kulturelle und ökonomische Realität der modernen Welt in einen geistigen und historischen Zusammenhang zu rücken.

Zum aktuellen Problem der Beziehungen zwischen Frieden und Freiheit sagte Paz, der seine Dankesrede auf Spanisch verlas: „Die Freiheit gibt es nicht vor dem Frieden, aber auch nicht nach ihm: Frieden und Freiheit sind unaufloslich miteinander verbunden. Sie voneinander trennen heißt, der Expression des Totalitarismus erliegen und am Ende das eine wie das andere verlieren.“

Einen aktuellen politischen Exkurs unternahm der frühere Diplomat Paz zwischen philosophischen Gedanken über die ursprüngliche Natur des Menschen, über Utopie, Gewalt, Staat und Krieg, auch in Richtung auf die politische Situation seiner mittelamerikanischen Heimat. Dabei trug er Kritik sowohl an den USA als auch an

der sandinistischen Regierung in Nicaragua vor.

Die USA hätten weder die politische Zersplitterung noch die Oligarchien oder die „komischen und blutigen Diktaturen“ in den lateinamerikanischen Ländern erfunden, sich aber diese Situation zunutze gemacht und „entscheidend zur Korruption des politischen Lebens in Zentralamerika beigetragen“.

Dem gegenüber stehe das Regime der Sandinisten, einer der einheimischen Oligarchie entstammenden Eliten.

SEITE 2:
Philosophen und Tyrannen
SEITE 4:
Aussätze aus den Reden

te, die die Revolution „für sich allein in Anspruch genommen“ und aus Katholizismus und Marxismus-Leninismus einen „abschrecklichen Mischmasch“ gemacht habe. Sie wolle in Nicaragua eine militärisch-bürokratische Diktatur nach dem Vorbild Havanas errichten. Paz kritisierte auch die Schriftsteller, die zugunsten der sandinistischen Regierung Manifeste unterzeichneten. „Warum billigen sie in Nicaragua die Einführung eines Systems, das sie in ihrem eigenen

Land für unerträglich halten würden? Warum ist das, was hier verhaßt wäre, dort bewundernswert?“

Vor zahlreichen Ehrengästen hatte zuvor Bundespräsident Richard von Weizsäcker die Laudatio für Octavio Paz gehalten. Anknüpfend an den Text der Verleihungsurkunde, in der Paz als ein „Lyriker, Essayist, Kritiker und Diplomat“ gerühmt wird, „für den poetische und politische Moral untrennbar sind“, charakterisierte der Bundespräsident den Preisträger als „im Denken und Verhalten kritisch und undogmatisch, unabhängig und einsam“.

Er hob immer wieder die besondere Bedeutung der Poesie im Denken und Handeln des Octavio Paz hervor. Sie sei für ihn so etwas wie eine „Hängebrücke zwischen Wahrheit und Geheiß“, zwischen Aktion und Kontemplation“, zu denen sich Paz gleichmaßen hingezogen gefühlt habe.

Auch von Weizsäcker wies auf die besondere, von vielen nicht richtig erkannte Bedeutung Lateinamerikas für die geistige Krise der Alten und Neuen Welt hin. Dieser Kontinent durchkämpfe jetzt „vielleicht exemplarisch... mit Würde die ganze Problematik einer identitätslosen Existenz des modernen Menschen“.

DER KOMMENTAR

Die Realität

PETER PHILIPPS

Selten ist ein Politiker nach der Realität zurückgekehrt worden als jetzt Erich Honecker. Von einer kleindeutschen Idylle war in den vergangenen Wochen viel geträumt worden, vom Wolkensuckersheim abseits der internationalen Spannungen, sozusagen von Honecker als tapferem Siegfried, der die gesamte deutsche Interessen gegen den Ländwurm in Moskau mannhaft verteidigt. Wenn es noch eines Beweises der real existierenden Machtverhältnisse bedurfte hätte, der zur Zeit starke Mann aus dem Kramel hat ihn am Wochenende geliefert.

Von diplomatischen Höflichkeitsschulden kaum verbrämt, erinnerte Andrej Gromyko die SED-Machthaber daran, daß sie allein Statthalter von Moskau Gnaden sind. Die „sozialistischen Staaten“ hätten sie nicht nur bei den „ökonomischen Schwierigkeiten in den ersten Jahren“, sondern auch „gegen Antastungen“ geschützt. Die Erinnerungen an den Volksaufstand vom 17. Juni und die bis heute anhaltende Abstinenz der „DDR“-Bewohner mit den Füßen sind den imperialen Herren im Kramel offensichtlich gegenwärtiger als vielen bei uns. Wer im westlichen Teil Deutschlands den Finger auf die schwärende Wunde der SED legt, daß sie keiner Legiti-

mation, sondern in erster Linie der Gegenwart sowjetischer Panzer und Soldaten ihre Macht verdankt, gerät schnell in die politische Schusslinie. Und jetzt Gromyko sozusagen als Handlanger derer, die in Moskau als „westdeutsche Revanchisten“ verschrien werden?

Bei den Realitäten der Machtpolitik hört die so gerne beschworene „brüderliche Verbundenheit“ auf, ist man – wie jetzt Gromyko – höchstens noch zu der euphemistischen Formulierung bereit, daß Meinungsverschiedenheiten in „gegenseitiger kameradschaftlicher Erörterung“ letztlich im Sinne Moskaus entschieden werden.

Honecker hat mit der Entdeckung der gesamten Geschichte versucht, das Selbstbewußtsein der „DDR“ zu heben, die ansonsten in der Bevölkerung verschmähte Ideologie zu popularisieren. Die Gespräche mit Bonn an Moskau zeitweise sehr langer Leine gehören auch hierzu. Doch der SED-Chef hat die Zeichen der Zeit erkannt: Bevor Moskau Warnungen zu nachdrücklich werden konnten, erinnerte er sich wohl des Schicksals von Ulbricht, Dubcek und Walesa. Mit einem Kotau vor dem Großen Khan schwor er erneut auf „Prawda“ seine ewige Treue als „verlässlicher Kampfgefährte“.

Biedenkopf: In Sachfragen auch mit den Grünen

DW, Bonn

Der westfälische CDU-Vorsitzende Professor Biedenkopf nimmt beim Thema Tempolimit und in der Frage, ob Unionspolitiker mit Grünen zusammenarbeiten sollen, Positionen ein, die deutlich von der Mehrheitsmeinung seiner Partei abweichen. In Interviews empfahl er, eine Geschwindigkeitsbegrenzung zumindest so lange einzuführen, bis die Absaugung der Luft technisch realisiert sei. Wir müssen beschließen, für die Schädigung der Umwelt einen Preis zu verlangen und den Preis möglichst schnell ansteigen zu lassen. So weiß jeder, daß es sich lohnt, ein Auto zu kaufen, das keine „Dreckschleuder“ mehr ist“, empfahl Biedenkopf im „Spiegel“.

Der Unionspolitiker äußerte die Meinung, daß die Grünen „mittelfristig bleiben“ werden. Er sagte sogar voraus, daß sie sich Mitte bis Ende der 80er Jahre „voll entfalten“ werden. Für denkbar halte er es, daß in einigen Kommunen demnächst CDU-Ratsmitglieder mit Grünen über Sachfragen reden. Offenbar zieht er auch die Unterstützung eines CDU-Bürgermeisters mit Stimmen der Grünen ins Kalkül. „Wenn jetzt im Rat einer Stadt auch eine Fraktion der Grünen ist, dann haben freie Bürger sie in den Rat gewählt. Mit dieser Entscheidung müssen wir arbeiten“, schloß Biedenkopf.

Damit entfernte er sich von der Position, die beispielsweise der rheinische CDU-Vorsitzende Bernhard Worms vor der Kommunalwahl eingenommen hatte.

Seite 2: Hinterherdenker

„Katastrophale Perspektive“ für Afrika

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Nach Südafrika droht jetzt auch Afrika eine schwere Verschuldungskrise. Mit diesem Alarmruf startete der neue Afrika-Beauftragte der Weltbank, Xavier de la Renaudière, seine Kampagne für eine „größtögliche“ Umschuldungsaktion zugunsten der Süd-Sahara-Länder. Er hält darüber hinaus zusätzliche bilaterale wie multilaterale Kredite des Westens von jährlich mindestens 3,5 Milliarden Dollar für notwendig. Hiervon könnten aber erst 1,5 Milliarden Dollar als gesichert angesehen werden.

Nach den Beobachtungen der Weltbank übertrifft der Schuldendienst der afrikanischen Länder südlich der Sahara ihre Kräfte in zunehmendem Maße. Zwischen 1980 und 1982 hatte er jahresdurchschnittlich 2,3 Milliarden Dollar erreicht. In der Periode 1983 bis 1987 werden es jährlich acht Milliarden Dollar sein. Dies ist eine „quasi katastrophale Perspektive“, erklärte de la Renaudière. Die Krise ist nicht nur der Dollar-Haushalt und den hohen Zinsen zuzuschreiben. Sie hat sich auch wegen des südlich der Sahara stark verminderten Wirtschaftswachstums zugelegt. Bereits in diesem Jahr wird dort das Bruttoinlandsprodukt je Kopf der Bevölkerung niedriger sein als 1970.

Als wichtigste Gründe für diese düstere Prognose nannte de la Renaudière das übermäßige Bevölkerungswachstum – die Geburtenkontrolle funktioniert in den meisten afrikanischen Ländern überhaupt nicht – und die schlechte Auswahl der Entwicklungsprojekte.

Anzeige



Zurück aus Spanien?

Haben Sie Ihren Urlaub in Spanien verbracht? Dann können Sie ELSAFE, den elektronischen Safe.

6 gute Gründe sprechen für das komfortable, sichere und wirtschaftliche ELSAFE-System.

- 1.000.000 Kombinationen durch 8-stelligen Code
- perfekte Mikroprozessortechnik
- ohne Schlüssel
- jederzeit neuer Code programmierbar
- 70 l Rauminhalt
- 8 mm starke Stahltür

Neu: Jetzt auch als kleiner WandSafe mit 30 l Rauminhalt.

INFORMATION

Wir interessieren uns für die perfekte, komfortable ELSAFE-Sicherheit.

Name _____

Firma _____

Anschrift _____

ELSAFE DEUTSCHLAND

TELEFON 0 21 03 / 67 79

ELSAFE SAFE-SERVICE GMBH · FUCHSBERGSTR. 41 · 4010 HILDEN

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Hinterherdenker

Von Wilfried Hertz-Eichenrode

Politiker der FDP nennen Professor Biedenkopf nicht ohne Schadenfreude den „Dahrendorf der CDU“. Sie wissen ja, was sie an ihrem professoralen Vordenker Dahrendorf haben. Sollte Kurt Biedenkopf dieser halb respektlose, halb respektvolle Vergleich gefallen, so hat er einen Ruf zu verlieren.

Was fällt einem auf Antriebs als Zwischenprodukt Biedenkopfschen Vor-, Nach- und sonstigen Denkens ein? Zweifel an der Akzeptanz der Nuklearstrategie – man weiß, daß es sagte, aber nur wenige wissen noch, wie er es sagte. Plädoyer für Arbeitszeitverkürzungen – man erinnert sich, im Streikjahr 1984 dergleichen von ihm gehört zu haben, doch wer könnte, ohne es nachzulesen, referieren, wie er seine Aussage einordnete?

Jetzt greift er das Reizwort „Geschwindigkeitsbegrenzung“ auf und setzt sich damit in Gegensatz zu seinem Parteivorsitzenden Helmut Kohl, der zugleich der Bundeskanzler ist. Ja, er meint, man könne mit den Grünen in mancher Sache zusammenarbeiten, und sieht sich sogar in Übereinstimmung mit Lafontaine, wenn dieser vorgibt, er wolle die Grünen zwingen, offen zu bekennen, ob sie zur Übernahme von Verantwortung bereit seien oder nicht.

Daran fällt zweierlei auf. Erstens: Ein Vordenker ist Biedenkopf eigentlich nicht; allenfalls bemüht er sich, zu Ende zu denken, was aus ganz anderer Ecke vorgedacht und als Slogan des Zeitgeistes in die Diskussion geworfen worden ist. Zweitens: Seine Anmerkungen zur Zeit zeichnen sich dadurch aus, daß sie meistens wider die Stachel der eigenen Partei locken.

Allerdings würde man ihm nicht gerecht, wollte man behaupten, Widerspruch sei der einzige Charme seiner Denksprüche. Doch seine Explorationen sind sehr akademisch. In die Praxis umgesetzt, nimmt es sich so aus:

Im März soll sein Unionsfreund Zeyer im Saarland gegen Lafontaine eine Wahl gewinnen; er kann es nicht hilfreich finden, wenn Biedenkopf ausgerechnet jetzt seine Gemeinsamkeiten mit Lafontaine entdeckt. Und in Berlin steht ein weiterer Unionsfreund, Diepgen, auch vor einer schweren Landeswahl; Diepgen muß es als einen Schlag ins Genick empfinden, wenn der Unionsprominent Biedenkopf dazu beiträgt, die Grünen hoffähig zu machen.

Koch spricht es aus

Von Eugen Wolmarhof

Manchmal hört man sie ja, die Stimme des Gewissens. Dann stockt der Atem. Dann stockt womöglich gar die Diplomatie. Am Ende wird natürlich alles wieder weggeplaudert. Aber irgendwas nagt die Wahrheit weiter – sie wird oft überhört; aber irgendwas ausgesprochen wird sie nie.

Wenn man sich auch damit zu trösten pflegt, daß, wer sie ausspricht, ein „enfant terrible“ sei – man kenne ihn ja, diesen Ed Koch, beispielsweise. Der sagt einfach so Dinge, die kein anderer sagt. Den österreichischen Außenminister Gratz hat er gefragt, ob er mit Kreisky übereinstimme, daß die PLO die offizielle Sprecherin des palästinensischen Volkes sei.

Leopold Gratz stimmte überein. Er ist ein vernünftiger, demokratischer, humaner Mensch – an und für sich; aber gewisse Verstrickungen der Ara Kreisky wirken fort. Die Palästinenser „brauchen einen Sprecher“, stammelte er. Koch, gnadenlos: „Können Sie dasselbe nicht auch von Adolf Hitler sagen, und von den Deutschen, die gesagt haben, sie brauchten einen Sprecher?“

„Natürlich nicht“, beteuerte Gratz. „Ich glaube, die Frage ist, daß man sagt, die Angriffe müssen aufhören und ihr müßt das Existenzrecht Israels anerkennen.“

Tatsächlich? Was hat man nicht alles zu Hitler gesagt. Aber als seine Angriffe eines Tages aufhörten, waren es nicht gute Worte, die das bewirkte hatten. Die Angriffe der PLO oder, weniger euphemistisch geflügelt, die Morde aus dem Hinterhalt werden so lange weitergehen, solange man ihr nicht die Mittel dazu nimmt. Vor allem dadurch, daß man ihr die Legitimation bestreitet, die sie sich mit Mord und Terror beschafft hat.

Wenn die Palästinenser – und anderen Araber – einmal tatsächlich die Selbstbestimmung bekämen, wenn sie frei von Furcht über ihre Zukunft entscheiden könnten, dann könnte es wohl sein, daß Friede und Zusammenarbeit in dieser Region zustande kommen. Aber solange die Terroristen nicht nur die Mordwaffen, sondern auch den Freifahrtsschein der UNO, der EG und anderer Beschwichtiger in der Tasche haben, solange sind weiterhin jüdische Menschen und der Friede bedroht.

Putz in der Schule

Von Joachim Neander

Was eine deutsche Schule ist, die hat zuallererst den Zweck, geputzt zu werden. Wir wissen dies spätestens, seit uns die Umstände eines Betriebsausfluges von Putzfrauen bekannt wurden – Umstände, die (wie Kenner versichern) durchaus keine Seltenheit in diesem Lande sind.

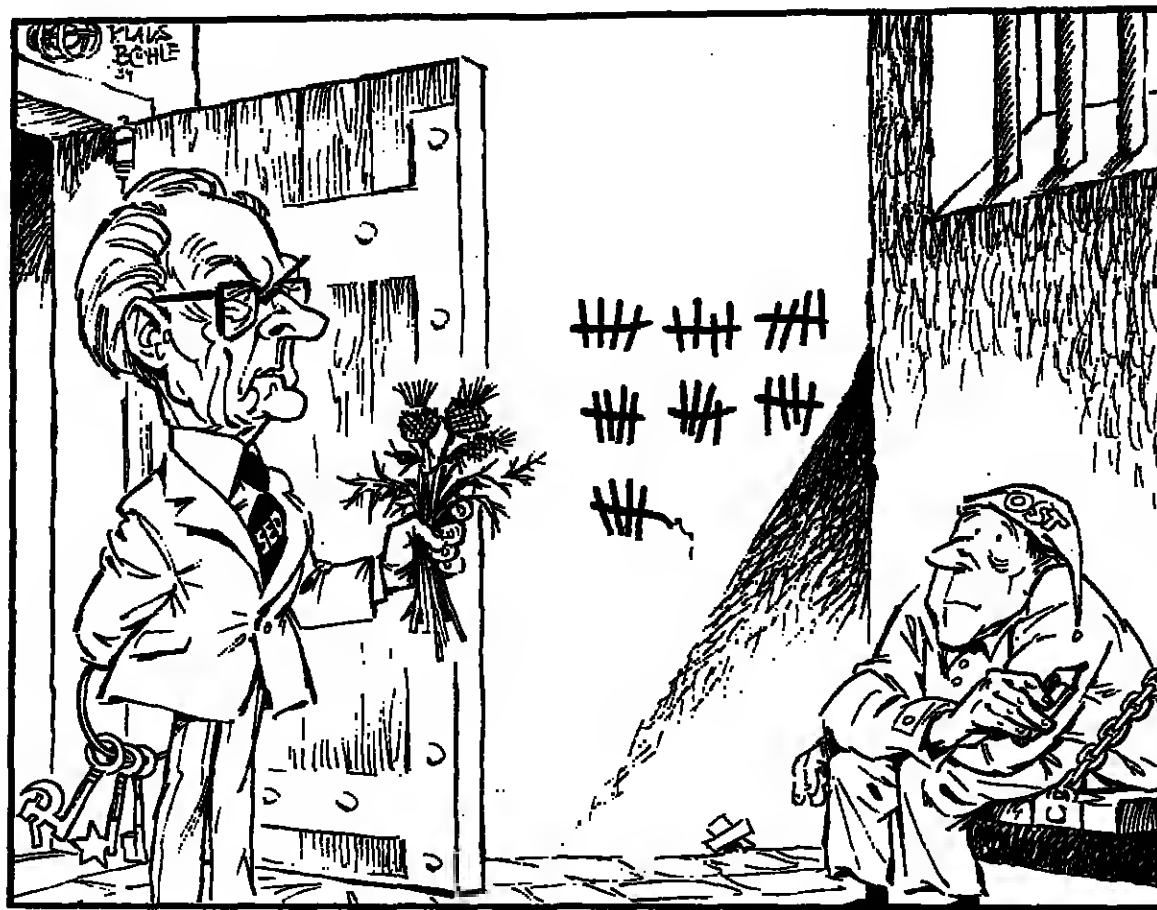
Putzfrauen haben, wie andere Arbeitnehmer auch, Anspruch auf einen Betriebsausflug. Dieser hat (vielleicht würde sonst keine mitmachen) während der Arbeitszeit stattzufinden, möglichst an einem Freitag, wegen der möglichen Folgen.

Aber am Freitag das Putzen einer deutschen Schule ausfallen zu lassen, käme einer Revolution gleich. Die heiligen Hallen der verfassungsmäßig garantierten Volksbildung ungebohrt ins Wochenende – undenkbar. Was also wird getan?

Man schickt die ganze Schule an diesem Freitag schon nach der zweiten oder dritten Unterrichtsstunde heim, damit die Putzfrauen schon am Vormittag putzen, am Nachmittag feiern und am nächsten Morgen ausschlafen können. Die Schüler jubilierten, die Lehrer feixen sich eins, die Gewerkschaften preisen den Fortschritt, schimpfen drei Tage später auf den Unterrichtsausfall und fordern die Anstellung aller arbeitslosen Lehrer.

Es gäbe ja auch noch andere Wege, zum Beispiel diesen: Die Schule behält an diesem einen Freitag im Jahr alle Schüler und Lehrer nach der letzten Stunde da, damit sie – sozusagen als Dankeschön an die feiernden Putzfrauen – ihre Klassenzimmer und Korridore selber sauber machen. Aber da wären dann wohl wieder die Gewerkschaften auf der Barrikade: Was dieser Staat sich denke, Kinder als billige Arbeitskräfte auszubilden, die Staatsfinanzen auf Kosten der Armen zu sanieren, mit Hilfe sowieso schon überforderten Jugendlicher seinen brutalen Sparkurs zu verschleiern...

Vielleicht haben doch die Spötter recht, die da prophezeien, die Deutschen würden den Weltumgang, wenn er denn unvermeidlich sein soll, gar nicht mehr erleben. Weil sie schon vorher beim Formulieren ihrer Ansprüche erstickt sind.



„Gratuliere!“

KLAUS BÖHLE

Philosophen und Tyrannen

Von Enno v. Loewenstern

Zweieinhalb Jahrtausende hat uns die Lehre Platons begleitet, von manchen leise skeptisch, von praktisch allen ehrfurchtvolll kommentiert. Die Philosophen sollten den Staat regieren, die Geschäfte beschränkt bleiben. Jetzt hat uns ein dichter Philosoph gelehrt: „Wenn der Philosoph an die Macht kommt, endet er entweder auf dem Schafot oder als gekrönter Tyrann.“

„Das ist“, kommentiert Bundespräsident Richard von Weizsäcker den mexikanischen Dichter Octavio Paz, „eine strenge, gewiß wohl begründete Empfehlung. Aber man sollte es auch nicht umgekehrt übertreiben. Ein Unglück wäre es jedenfalls nicht, wenn Politiker sich gelegentlich für Fragestellungen der Philosophie interessieren.“

Recht haben beide; wenn der regiert, den Weizsäcker beschreibt, nämlich der weise Mann, geht es der Nation gut; wenn der regiert, den Paz meint, nämlich der Ideologe, dann gerade Gott nicht nur der Nation, sondern auch ihren Nachbarn. Lassen wir die Frage beiseite, was Platon meinte, Octavio Paz jedenfalls ist durchs Feuer gegangen; er hat Prokrustes auf dem Thron erlebt, in allen Erscheinungsformen. Er hat sich in Spanien gegen die Vereinnahmung der republikanischen Seite durch die Stalinsten gewehrt – wie man weiß, vergeblich; der Geist ist nicht unfehlbar stärker als die Kader. Er hat gegen den Hitler-Stalin-Pakt protestiert, er hat später seine Erfahrungen mit der erstarrten „immerwährenden Revolution“ Mexikos gemacht. Heute sagt dieser Mann uns:

„Ich möchte noch darauf hinweisen, daß Friede in diesem Gebiet erst dann tatsächlich wird wiederhergestellt werden können, wenn es dem Volk von Nicaragua möglich ist, in wirklich freien Wahlen, an denen alle Parteien teilnehmen, seine Meinung zu äußern.“ Und: „Viele werden diesen Plan für unrealistisch halten. Er ist es nicht: El Salvador hat mitten im Bürgerkrieg Wahlen abgehalten.“

Er sagt dies vor ergebenden Biedermännern, die ihn brausenden Beifalls ehren, und er weiß, daß sie vor wenigen Jahren genau so den patriarchalisch-sanftmütigen lächelnden Philosophentypus Ernesto

Cardenal geehrt haben, der heute alles tut, solche Wahlen zu verhindern. So wird Mittelamerika zum Exempel dessen, was Paz uns ins Stammbuch schreibt.

Die großen Nationen des Westens hätten nach dem Zweiten Weltkrieg zwar dem östlichen Totalitarismus standgehalten; gleichzeitig jedoch sind sie unbeweglich geworden: auf ihre unvergleichliche materielle Prosperität folgte weder eine geistige und kulturelle Wiedergeburt, noch eine zugleich phantasievolle und energiegelbe, genossene und wirksame politische Tat. Es muß leider gesagt werden: Die großen demokratischen Nationen des Westens haben aufgehört, das Vorbild und die Inspirationsquelle der Eliten und Minderheiten der anderen Welt zu sein. Der Schaden für die ganze Welt war unermesslich, insbesondere für die Nationen Lateinamerikas. Am geschichtlichen Horizont dieses zu Ende gehenden Jahrhunderts hat nichts den fruchtbaren Einfluß ersetzen können, den die europäische Kultur seit dem 18. Jahrhundert auf das Denken, die Sensibilität und die Imagination unserer besten Schriftsteller, Künstler und gesellschaftlichen und politischen Erneuerer ausgeübt hat.

„Unbeweglichkeit“, sagt Paz noch einmal ausdrücklich; er führt sie auf das nukleare Gleichgewicht zurück. Das stimmt, und ist doch nicht die ganze tragische Wahrheit. Es muß leider ergänzend gesagt werden: nicht die Angst vor sowjetischen Raketen lähmt unsere Fähigkeit, kompromisslos für die Freiheit einzutreten und die Unfreiheit anzuklagen. Uns lähmt vielmehr die Beweglichkeit derjenigen, die das nukleare Gleichgewicht oder, genauer, die sowjetische Drohung nutzen, um uns einzuhämmern: Es tut dem Frieden nicht gut, es schade gar der Völkerverständigung, wenn man die Unterdrücker, die blutigen Glaubenskrieger beim Namen nennt. Als wollte sie Paz bestätigen, versandte die wichtigste deutsche Presseagentur am Sonntag eine Zusammenfassung seiner Rede, die nur Kritik am Westen und an den USA enthielt, aber kein Wort über das, was er zum Kommunismus von Rußland bis Nicaragua oder gar, was er über dessen dienstbare, revolutionärspreisende, resolutionschreibende Schriftsteller im Westen gesagt hatte.

Das ist es, was uns von der europäischen Kultur und ihrem fruchtbaren Einfluß seit dem 18. Jahrhundert unterscheidet: In den Jahren der Aufklärung wurde Europa – lassen wir die Ausnahmen beiseite – mit relativ fester Hand regiert, aber der Geist war freier, über den Kontinent und über den Ozean wehte. Heute sind die Verfassungen der Staaten freier, die Geistesverfassungen ihrer Meinungsbildner sind es nur zu oft nicht. Einen Dichter, der kompromisslos Freiheit fordert, der kompromisslos die Diktatur verdammt, den ehren die Buchhändler hier als Exoten; ansonsten aber sorgen viele Lektoren schon dafür, daß diese exotische Thema nicht zum Verkaufsschlager wird.

Das exotische Thema: ... daß die Verteidigung des Friedens verbunden ist mit der Bewahrung der Demokratie.“ In der Tat, wer gegen Weizsäcker, wer gegen Sacharow Krieg führt, der führt ihn auch gegen uns, sobald wir wehrlos sind. Aber wann wird das schon aus feierlichem Anlaß bei uns ausgesprochen! Ob wir noch aus Lateinamerika einen fruchtbaren Einfluß auf das Denken und die Sensibilität unserer Schriftsteller erleben werden, zurück über den Ozean? Geistige Entwicklungshilfe für Erneuerer im alten Europa? Der Dichter steht auf einer höheren Warte als auf den Zinnen der Partei.



Nicaragua als Beispiel: Paz (mit Weizsäcker) FOTO: DPA

Endlich wird eine eigene Schutztruppe am Golf gebildet

Die NATO kann nicht und muß nicht die Ölscheichs verteidigen / Von Peter M. Ranke

Endlich unternehmen die arabischen Ölststaaten am Golf etwas zur gemeinsamen Selbstverteidigung. Der Tankerkrieg und die Minen im Roten Meer haben sie aufgerüttelt. In Saudi-Arabien soll eine gemeinsame „Eingreiftruppe“ des „Golfrats“ aufgestellt werden, der im Mai 1981 von Kuwait, Saudi-Arabien, Bahrain, den Vereinigten Emiraten und Oman gegründet wurde. Im November wollen die Sechs dann einen Verteidigungspakt schließen, der für integrierte Kommandostrukturen und Waffensysteme sorgen soll.

Mehr als eine ziemlich symbolische Abschreckungsmacht kann der „Golfrat“ nicht aufbieten. Immerhin dienen in den Streitkräften Omans und der Emirate aber Hunderte von britischen Offizieren neben ganzen pakistanischen Bataillonen, die den arabischen Freiwilligen Rückhalt geben würden. Wie sich die Engländer mit den sowjetischen Militärausbildern in Kuwait arrangieren werden, die dort ein Luftabwehrsystem errichten, wird man sehen. Bisher jedenfalls haben

die moderne Flugkörperbewaffnung der britischen Marine und die Jaguar-Staffeln von Oman ausgereicht, die Iraner von einer Sperrung der Straße von Hormuz abzuschrecken.

Gegen einen Angriff der Sowjets aber sind die riesigen Ölanlagen am Golf mit ihren Piers, Pumpen und Pipelines ohnehin nicht zu schützen, wie jeder Ingenieur weiß. Aber Moskau hat bisher nie zu erkennen gegeben, daß es wegen des Golföls einen Krieg riskieren würde, auch wenn die eigenen Vorräte geringer werden. Warum auch? Iran, Kuwait und Irak liefern heute schon gegen Waren, nicht einmal gegen Dollar, Öl und Gas in die Sowjetunion.

Von einer Besetzung der Ölquellen etwa in Iran oder am Golf könnten die Sowjets jedenfalls keine gesicherte Öl- und Gasversorgung erwarten, sondern einen Guerillakrieg wie in Afghanistan. Die Abhängigkeit der Sowjets vom persisch-arabischen Öl wird künftig sicher zunehmen. Wirtschaftliche Interdependenz aber ist nicht durch

Kriege oder „Eingreiftruppen“ zu lösen. Sollten die Golf-Araber endlich ihre neue „Eingreiftruppe“ gegen Israel einsetzen wollen, so brennen die Ölquellen bestimmt.

Außerdem steht inzwischen fest, daß die westlichen Industrieländer (außer Japan) nicht mehr auf das arabische Golföl angewiesen sind und deshalb dafür keinen Krieg führen werden. Nur noch 17 bis 20 Prozent des westlichen Ölbedarfs passieren auf Tankern die Straße von Hormuz. Arabische Länder wie Irak, Saudi-Arabien oder Abu Dhabi bauen sichere Pipelines an das Mittelmeer oder Rote Meer – weg vom Golf. Sollte das Golföl ausfallen, gäbe es genug andere Ölquellen, die „hochgefahren“ werden könnten – oder genug Öl in Venezuela, in Mexiko, in Kanada, in der Nordsee bis weit über das Jahr 2000 hinaus. Die Bundesrepublik verbraucht 25 Prozent weniger Mineralölprodukte als vor zehn Jahren, und trotz des wirtschaftlichen Aufschwungstrends nimmt der Verbrauch kaum zu. Außerdem verfügen die westlichen Industrie-

IM GESPRÄCH Ulrich Hundt

Auch mal ironisch

Von Rüdiger Moniac

Nach den Erschütterungen, wie sie das Verteidigungsministerium dieses Jahr mit der „Affäre Kießling“ erlebte, Sprecher eben dieses Ressorts zu werden, ist eine Berufung, die ein Gehorsam und Disziplin gewohnter Offizier klaglos hinnimmt. Kapitän zur See Ulrich A. Hundt ist ein solcher Offizier. In einem Begrüßungsbrief an Bonner Journalisten erlaubte er sich allenfalls die für ihn typische trockene Bemerkung, dies sei für einen Marineoffizier im 27. Dienstjahr kein Traumjob, aber eine große und großartige Herausforderung.

Der neue Leiter des „Informations- und Pressestabes“ der Bonner Hardthöhe, wie sein Amt offiziell lautet, erscheint geradezu als Gegenbild zu seinem Vorgänger Jürgen Reichardt – was für den letzteren nicht als Kritik anzusehen ist. Beide Männer sind nur als Menschentyp wirklich grundverschieden. Hundt gilt als umgänglicher Mensch, der die Arbeit im Team bevorzugt. Auch vermag er sich anderen Menschen gegenüber offen zu zeigen und sie mit Humor für sich und die von ihm als wichtig angesehene Aufgabe einzunehmen. Für die Arbeit, die der Sprecher eines so großen Ministeriums und so vielfältig-komplexierter Teilbereiche der Sicherheitspolitik leisten muß, gehört Scharfsinn vorausgesetzt.

Seine Berufung hat Hundt offensichtlich dem Generalinspekteur zu verdanken, denn General Altenburg hatte Gelegenheit, das Können dieses Offiziers im eigenen Führungsstab kennenzulernen. Der Kapitän zur See war vorher stellvertretender Abteilungsleiter bei „Fu S“ und zusammen mit dem Brigadegeneral Dr. Genschel verantwortlich für den Bereich Innere Führung, Personalstruktur, Ausbildung und Truppeninformation der Streitkräfte. Der Pommer des Jah-



Sprecher eines schwierigen Ministeriums: Hundt FOTO: ZNS

gangs 1937 reht sich in den Kreis der Offiziere ein, die bei Marine und Luftwaffe zahlreich anzutreffen sind, weniger häufig beim Heer; lässig im Auftreten, mit einem intelligenten, auch ironischen Wort schnell zur Hand, aber besesselt von der Aufgabe, die er zu bewältigen hat, und dann streng vor allem mit sich selber, aber auch mit den Mitarbeitern. Hundt weiß zu „motivieren“, wie das im Soziologendeutsch genannt wird. Soldaten sagen, er kann mitreißen.

Früher flog Hundt bei der Marine und der Luftwaffe Hubschrauber und absolvierte die „feine“ Admiralstabsausbildung am Royal Naval Staff College in Greenwich, dem Vorort von London. Mit Presserbeit hatte er schon einmal zu tun, eingangs der siebziger Jahre als Referent im Führungsstab der Marine im Ministerium. Aus jener Zeit kennen ihn die Bonner Journalisten. Unter ihnen hat er wohl nicht nur Freunde, aber seine menschlichen wie fachlichen Qualitäten schätzen sicherlich alle.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Hannoversche Allgemeine

Das Blatt sieht viele Faktoren, die dem beitragen, daß das Lebensmittelproblem so schwer vollständig zu bewältigen ist:

Die Berufsschuldigkeit der „Auszubildenden“ ist auch heute noch so geregelt, daß nicht wenige Lehrherren ihre „Azubis“ nur an drei Tagen in der Woche sehen. Auch andere Auflagen tragen dazu bei, daß der unmittelbare Nutzen, den Auszubildende ihren Firmen bringen, sich in engen Grenzen hält. Auf der anderen Seite haben die Gewerkschaften bei den jährlichen Tarifverhandlungen um nichts so hartnäckig gekämpft wie um übermäßige Steigerungen der Lehrlingsvergütungen. Nur die IG Chemie war im vorigen Jahr einsichtig. Die anderen Gewerkschaften haben dieses sinnlose Spiel munter fortgesetzt.

CORRIERE DELLA SERA

Das Mailänder Blatt sieht die „DDR“ wieder voll im Fahrwasser der UdSSR:

Die Deutsche Demokratische Republik hat gestern im Zeichen erneuerter Freundschaft mit der Sowjetunion den 35. Jahrestag ihrer Gründung gefeiert. Die eigenständigen Vorstöße der vergangenen Monate sind absorbiert worden. Die DDR ist zurückgekehrt zu ihrer traditionellen Rolle als Schutzwall des Warschauer Paktes und als treuer Interpret der Moskauer Politik in Europa.



Zu Kießling meinte das Kölner Blatt:

Ignaz Kießling schafft es in geradezu atemberaubendem Tempo, sich selbst zu demonstrieren. Auf die Kraftsprünge gegen Franz Josef Strauß folgten gleich zwei peinliche Knie-

fälle vor dem großen Vorsitzenden: 1. die öffentliche Entschuldigung, 2. die Entlassung von Staatssekretär Rohr. Ein Stundenbock für die Misere der Bauern mußte schließlich gefunden werden, selbst wenn's der falsche war. Denn Rohr dürfte in Bonn derzeit der einzige sein, der im Brüsseler Agrarschlingel den Durchblick hat. Sein Sturz ist ein Rohrkrepieren – für Kießling.

TAGESANZEIGER

Das Schweizer Blatt beschwört sich mit der Protestaktion gegen schwedische Arbeiterkontrolle:

Was den Widerstand gegen die Fonds zusammenhält, ist ein Gefühl des Eingeschnürtheits: Die Macht der staatlichen Behörden, der Organisationen und der Politiker wachsen dem einzelnen Bürger, Unternehmer und Angestellten langsam über den Kopf. Sein (materieller) Lebensstandard hängt heute beispielsweise weniger von seinem Arbeitseinsatz ab als von Steuerbestimmungen, Beiträgen und den zwischen den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden abgeschlossenen Lohn- und Tarifverträgen. Am ausgeprägtesten sind diese Gefühle des Bevormundetseins bei Kleinunternehmen.

STUTTGARTER NACHRICHTEN

Zu den Flüchtlingen von Prag heißt es hier:

Die Jubelfeiern zum Gründungstag der DDR fallen in diesem Jahr nicht ganz ungegrübt aus. Während Staats- und Parteichef Honecker vom „engen Vertrauensverhältnis“ zwischen Volk und Regierung spricht, demonstrieren verzweifelte Flüchtlinge in Bonn Prager Botschaft, wie es in Wahrheit darum bestellt ist: Man will die ungelebte Republik, je schneller, je lieber verlassen.

Kühnen – ein Symbol der Neonazis

Michael Kühnen, einer der prominentesten Neonazis, ist auf dem Köln/Bonner Flughafen festgenommen worden. Der mit einem Haftbefehl Gesuchte war von den französischen Behörden abgeschoben worden. Der „Fall Kühnen“ ist exemplarisch für das verfilzte Gestrüpp der rechtsextremistischen Szene.

Von WERNER KAHL

Als er vor dem Haftbefehl des Staatsanwaltes aus Deutschland verschwand, stritten auf die neobraune Fahne angesetzte „Stern“-Rechercheure mit einem Fernseh-Politikmagazin darüber, wie das Erstrecht der Verklüngung von Gedanken des 29-jährigen ehemaligen Bundeswehr-Hochschülers und Ex-Leutnants Michael Kühnen besitzze.

Konspirative Rendezvous-Manöver in den Pariser Untergrund, entandenen Magazin-Reporter weckten jedoch nicht nur amüsante Erinnerungen an Regietricks in Krimis und Spionagethrillern; der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz sah in der Sendung des Westdeutschen Rundfunks (WDR) eine Unterstützungshandlung für den geflüchteten

Neonazi bei dessen Bemühungen um Aktivierung und Stabilisierung der zurückgelassenen Anhänger. Denn Michael Kühnen beanspruchte als Gründer und Leiter der 1983 verbotenen „Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten“ (ANS/NA) eine Führungsrolle in der neonazistischen Szene.

Im Verfassungsschutzbericht für das erste Halbjahr 1984 heißt es dazu: „Das durch die Flucht bei seinen Anhängern angeschlagene Image ist durch die „Monitor“-Sendung vom 29. Mai 1984, in der ein Interview des WDR mit Kühnen in Frankreich gezeigt wurde, verbessert worden. So erklärten ehemalige Anhänger der ANS/NA-Kameradschaft Detmold/Lippe, sie verstünden das Interview als Signal und Aufforderung, die Bewegung mit Entschiedenheit fortzuführen. Die durch Kühnens Flucht zunächst aufgetretene Verwirrung seiner Anhänger ließ sich durch sein Auftreten im Fernsehen im Mai 1984 und die Behandlung seiner Flucht in der Presse weitgehend gelegt“, stellte der Verfassungsschutz fest.

Rechtsextremistische Handlungen werden nicht tatenlos hingelassen“, hatte Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) Ende vergangenen Jahres in Bonn zur Begründung des Verbotes neonazisti-

scher Aktionen erklärt. „Der Bundesinnenminister sieht den rechtsextremistischen, demokratiefeindlichen Handlungen nicht tatenlos zu.“ Grundlage für das Verbot der Neonazipartei Kühnens – nach Einschätzung der Sicherheitsbehörden die augenblicklich bedeutendste in der rechtsextremistischen Szene – sind das Grundgesetz und das Vereinsgesetz.

Artikel 9 Absatz zwei des Grundgesetzes wendet sich gegen Vereinigungen... die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten. Im Paragraph 3 des Vereinsgesetzes von 1964 heißt es unter anderem, daß bei einem Verbot die Auflösung des Vereins anzuordnen sei.

Nach dem Verbot des türkischen extremistischen Ausländervereins (Devrimci Sol) „Revolutionäre Linke“ am 9. Februar 1983 und dem Verbot des kriminellen Vereins „Hell's Angels“ vom 2. November 1983 war es 1983 das dritte Mal, daß in der Bundesrepublik Deutschland eine Extremistenorganisation verboten wurde.

Der rechtsextremistischen neonazistischen „Aktionsfront Nationaler Sozialisten/Nationale Aktivisten“ (ANS/NA) gehörten zum Zeitpunkt ihres Verbotes am 24. November 1983 etwa 270 Mitglieder an. Zu der verbotenen Organisation rechnen die Behörden auch die Aktion Ausländerüberführung – Volksbewegung gegen Überfremdung und Umweltzerstörung (AAR) und den „Freundeskreis Deutsche Politik“ (FK).

Dieser Block in der Stärke mehrerer Kompanien zielt nach den Feststellungen der Sicherheitsbehörden auf eine Wiederherstellung und Fortsetzung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) und ihrer Sturmabteilung (SA) ab.

Die ANS/NA machte in Veröffentlichungen keinen Hehl daraus, daß sie als „legaler Arm der nationalsozialistischen Bewegung in der neuen Generation“ in der Tradition der Nationalsozialisten steht. In der letzten Zeit vor dem Verbot stellten die Behörden eine zunehmend militante Haltung unter Mitgliedern fest.

Die Organisation löste Anfang der achtziger Jahre, in der neonazistischen Szene eine Signal- und Sog-

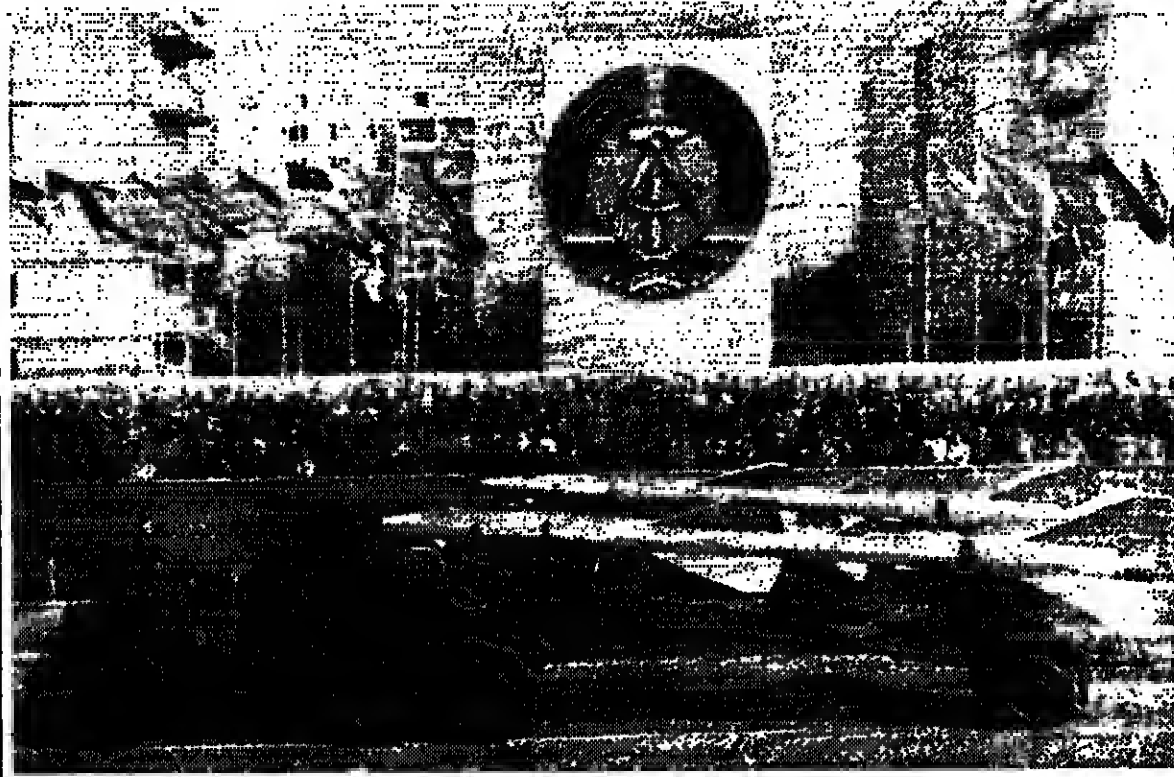
wirkung“ (Innenministerium) aus. In der ANS/NA tauchten ehemalige Mitglieder der schon früher verbotenen „Volkssozialistischen Bewegung Deutschlands/Partei der Arbeit“ (VSPD/PdA) und der „Wehrsportgruppe Hoffmann“ auf. 1983 besaß die ANS/NA in neun Bundesländern 32 „Kameradschaften“.

Schon 1977 war dem Verfassungsschutz der Bundeswehrleutnant Kühnen aufgefallen. Der damals 23-jährige gründete in Hamburg eine „Aktionsfront Nationaler Sozialisten“ (ANS), ferner einen „SA-Sturm 8. Mai“ und einen „Freizeitverein Hanesa“. Mit Parolen analog grünen und roten Forderungen wie „Baustopp für Atomkraftwerke“ wollte die ANS bei den Kommunalwahlen in die Hamburger Bürgerschaft.

Nachdem er vier Jahre Freiheitsstrafe wegen Volksverhetzung und Aufstachelung zum Rassenhaß verbüßt hatte, versuchte Kühnen seit 1982 die rechtsextremistische Szene in der Bundesrepublik zusammenzuführen. In Hessen erreichte er den Zusammenschluß seiner ANS mit der „Nationalen Aktion“ (NA). An den Landtagswahlen beteiligten sich die Neonazis wiederum mit Umweltschutzforderungen, einem Aufruf zum Antiamerikanismus und für ein neutrales sozialistisches Deutschland.

Am 19. März dieses Jahres setzte sich Kühnen zunächst in die Schweiz ab, um der erneuten Verhaftung durch die deutschen Behörden zu entgehen. Von einem Versteck im Raum Paris wandte er sich dann über „Stern“ und „Monitor“ mit Interviews an die Szene, die von den Sicherheitsbehörden als „Durchhalteparolen“ verstanden wurden.

Während seine „Stellvertreter“ in diesem Sommer in Frankfurt zu mehrmonatigen Freiheitsstrafen mit Bewährung verurteilt wurden, bestanden gegen Kühnen jetzt drei Haftbefehle der Staatsanwaltschaften Hamburg, Braunschweig und Flensburg wegen Verbreitens verfassungswidriger Propaganda, Verdachts der Freiheitsberaubung sowie räuberischer Erpressung. Das Bundeskriminalamt sieht in dem 29-jährigen eine „Führungspersönlichkeit der rechtsextremistischen Szene in der Bundesrepublik Deutschland“.



Mit der bisher größten Militärparade in Ost-Berlin feierte die „DDR“ ihren Geburtstag

FOTO: DPA

Zum 35. Geburtstag zeigte sich Honecker wieder als Musterknabe

Es sollte eine Jubelfeier werden; und Hunderttausende kamen – oder wurden geschickt –, um den 35. Geburtstag der „DDR“ zu feiern. Aber in Ost-Berlin fehlte die Prominenz aus dem sozialistischen Lager. Nur Moskau schickte mit Andrej Gromyko einen Mann der ersten Garde.

Von H. R. KARUTZ

Mit einem Meer von Fackeln zwischen Brandenburger Tor und Lustgarten, einer „Ehrenparade“ voller Panzerdärm und dem üblichen Staatsakt beging die „DDR“ am Wochenende ihren 35. Jahrestag. Außer Andrej Gromyko fehlte jede Ostblock-Prominenz. Dem Gast aus Moskau dankte Erich Honecker nach dessen Rede daher auch besonders herzlich mit einem Bruderkuß. Ost-Berlin will wieder politischer Musterknabe sein.

Die Geburtstags-Festsitzung auf dem gelben Gestrüß im „Palast der Republik“ fiel am Samstagnachmittag ähnlich aus, legt man den Rang der Gäste zugrunde: Nach Konstantin Tschernomokos Absage schickten die anderen Ostblock-Länder nur die zweite Garnitur. Weder Janos Kadar, Gustav Husak oder Nicolae Ceausescu oder Fidel Castro reisten an.

Andrej Andrejewitsch Gromyko saß mit bärtiger Miene neben Honecker, der seinen noch vor fünf Jahren anwesenden Freund Leonid Breschnew in dieser Stunde besonders vermisst haben mag.

Wie in britischen Fußballstadien gaben Vorrufen den Takt für die „Hochhochhoch“-Rufe auf Honecker, Gromyko und die anderen Staatsgäste an. Die 4000 Anwesenden hielten akustisch Schritt, und würdige Herren im dunklen Anzug und Damen im kleinen Schwarzen reckten martialisch die Fäuste in Richtung Kuppeldecke. Erich Honecker schien es besonders eilig zu haben: Bevor der Versammlungsleiter ihn überhaupt mit allen Titeln angekündigt hatte, begab sich der SED-Generalsekretär zum Rednerpodium. Was er sagte, blieb – auch in der rhetorischen Darbietung – blaß. Nur einmal spürte man seine Bewegung, als er an die Opfer des sowjetischen Volkes im Zweiten Weltkrieg erinnerte: „Ihr

Vermächtnis zu erfüllen ist und bleibt uns eine heilige Pflicht!“

Sonst entdeckte man Versatzstücke seiner Rede vom 30. Jahrestag wieder: Die Darlegung aller Wirtschaftsdaten bis zum – in einer Staatsrede wohl deplacierten – Lob über die „verdreifachte“ Zahl der Schweine und die „um 80 Prozent angewachsene Zahl der Rinder“. Auch das in immerhin 14 Jahren (1970-1984) nur um 341 Mark auf 1096 Mark gestiegene Bruttoarbeitsentkommen fand bei Honecker Erwähnung. An seine gewisse innere Distanz vor den neuen Sowjet-Atomraketen auf eigenem Boden (was ihm Moskau verbüßelt) erinnerte er mit dem Satz: „Wir waren nie Anhänger eines Gleichgewichts des Schreckens und werden es nie sein.“

Dann kam die gurgelnde Stimme von Andrej Gromyko, der schon 1945 mit am Potsdamer Konferenzsaß. Sein Auftritt wirkte wie der des Meisters, der in der sozialistischen Werkstatt nach den Rechten sieht und sich von der Zuverlässigkeit des Alt-Gesellen überzeugt. „Jalta und Potsdam“ setzte er wie Flöckchen in seine Rede. Die Verhältnisse in Europa, sie seien ebenso wie der „Sozialismus in der DDR unumkehrbar“, die Grenzen „unantastbar“. Ruhmesworte für Honecker selbst, der in seiner Rede den „DDR“-Aufschwung immer wieder mit seinem eigenen Amtsantritt 1971 verknüpfte – fielen nur einmal. Er sei ein „großer Freund“ und „hervorragender Funktionär“ und habe in seiner Ansprache „zu Recht auf die abenteuerliche Politik der USA“ hingewiesen.

Als Gromyko in der gemessenen Art eines Mannes, dem die gesamte Moskauer Machtfülle offensteht, zum Finale die „unzerstörbare Freundschaft“ zwischen der UdSSR und „DDR“ rühmte, erhob sich das Plenum. An seinem Platz in Reihe 1 zurückgekommen, zog Honecker den eher verdutzten Nachbarn zu sich heran – Bruderkuß. Während dieser Akt eher nüchtern und ohne Beiprogramm über die Bühne ging, blieb am Samstagabend mehr Zeit: Länger als drei Stunden loderten die „Linden“ zwischen dem Brandenburger Tor mit dem Ausblick nach Westen bis zum ehemaligen Lustgarten im flackernden Schein von rund 250 000 Fackeln in den Fäusten von FDJ'ern und „Jungen Pionieren“.

Wieder erhob sich auf der alten Magistrale, die schon viele Lichterzüge sah, die kollektive Emotion. Erich Honecker, der ewig Jugendbewegte, hier war er in seinem Element. Fast penunlos gab er seinem Nachbarn Gromyko Hinweise auf den nächsten Marschblock, strahlte, winkte. In den regnerischen Nachthimmel stieg das Versprechen Hunderttausender, der „DDR“ treu zu dienen: „Das geloben wir...“ Zum erstenmal – 1979 stand das Denkmal noch nicht – sah der Alte Fritz auf seine jungpreußischen Nachfolger. Über der Menge wogten die Porträts, die man wohl nicht mehr wegstellen mochte, obwohl die Abgebildeten daheim blieben: Nicolae Ceausescu, Konstantin Tschernomokos, Janos Kadar. Schalmeien-Orchester in nachgeahmten Uniformen des Rotfrontkämpferbundes intonierte das Arbeiterlied: „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“, und Honeckers Lieblingslied fehlte auch nicht – die getragene Weise vom „Kleinen Trompeter“.

Acht- bis zwölfjährige Pioniere, häufig schon stundenlang auf den Beinen, defilierten mit gelben Lampions und der roten „35“ oder blauen Laternen mit roten Sternen an der versammelten Nomenklatura vorüber. Neue Ideen gegenüber dem 30. Jahrestag fielen den Inszenatoren offenbar schwer: Wieder schlepften, wie 1979, Sowjet-Konsomolzen in den erdbräunen Uniformen und Original-Stahlhelmen der Sieger von 1945 vier- oder fünfjährige Ost-Berliner auf dem Arm an der Tribüne vorüber. Symbol dessen, was sich schon als neuer großer Aktionismus für den 40. Jahrestag am 8. Mai 1985 ankündigt – die Befreiung.

Helle Kinderstimmen skandierten „DDR, unser Vaterland“. Ältere Semester stimmten die „Nationalhymne“ deutscher Stammtische an: „Hoch soll sie leben, hoch soll sie leben, dreimal hoch...“ Gemeint war ihr Staat. Vom Fries der Schinckelschen Neuen Wache lächelten die Masken der Siegesgöttinnen auf das Spektakel herab.

Am Sonntag vormittag donnerte Mars zum 31. Mal in der „DDR“-Geschichte wieder durch die Osterlinde City. Die Volksarmee paradierte – bei Kaiserwetter und mit dem Yorkscherschen Marsch. Heute beginnt wieder der Alltag. Fleißig, fleißig, fleißig, die „DDR“ wird 36.



Am 19. März 1983 floh Michael Kühnen vor dem Zugriff der Staatsanwaltschaft in die Schweiz, später nach Paris.

FOTO: AP

Das verrückte Leben mit der Inflation

626 Prozent Inflation in den vergangenen 12 Monaten und vorausgesagte 1500 Prozent für das kommende Jahr; das sind Zahlen, die die Argentinier zu wahren Überlebenskünstlern werden läßt.

Von WERNER THOMAS

Am Wochenende, wenn die Löhne und Gehälter gezahlt werden, kaufen die Kunden die Supermärkte leer. Sie füllen den freien Raum ihrer Autos mit Bergen von Lebensmitteln. Manche Handwerker haben schon 100 Pfund Zucker oder 50 Ölfässer aus den Geschäften geschleppt.

Angst vor dem Dritten Weltkrieg? Nein, Angst vor der Inflation. In Argentinien steigen die Lebenshaltungskosten wie nirgendwo auf der Welt.

Die Inflationsrate der letzten zwölf Monate betrug 626 Prozent, und es wird schlimmer kommen, das sagen Hochrechnungen. In den letzten zehn Jahren hat es nur ein Jahr ohne einen

Preisrückgang von weniger als 100 Prozent gegeben.

Der Peso leidet an chronischer Schwundsucht. Sein Wert fällt täglich. Vor zehn Monaten ließen sich noch 19 Pesos in einen Dollar konvertieren, heute braucht man 90 Pesos – auf dem offiziellen Markt. Die Händler des Parallelmarktes entlang der San-Martin-Straße von Buenos Aires verlangen 118 Pesos.

Dennoch wirkt die Hauptstadt des Landes nicht wie ein Armenhaus. Das Leben pulsiert, die Leute scheinen gut zu leben. „Die Argentinier sind Überlebenskünstler“, sagt Oscar Serfat, ein Journalist. „Sie arbeiten mit allen Tricks gegen diese Inflation.“

Die eiserne Regel ist, einen gerade verdienten Peso, so schnell als möglich loszuwerden. Jeder Tag im Besitz der schlechten Währung bringt Verluste. Gewöhnlich tauscht der Argentinier die Noten in Dollars und deponiert sie, eine weit verbreitete Sitte, unter einer Matratze. Wenn er im Laufe der Woche wieder Pesos braucht, erfolgt ein Rücktausch. Ein Bankier in Buenos Aires meint, daß seine Landsleute mit ihren Dollarschätzen die ge-

samten Auslandsschulden decken könnten, 45 Milliarden Dollar.

Auch Kreditkarten helfen. Wer auf diese Zahlungsmöglichkeit zurückgreift, tätigt alle geplanten Einkäufe gleich nach Begleichung der alten Abrechnung. Wenn die nächste Abrechnung dann einige Wochen später kommt, sind die aufgeführten Rechnungen aufgrund der Peso-Abwertung billiger geworden.

Gewisse Inflationsstrategien bewegen das Geld ständig. Von Pesos in Dollars, von Dollars in Aktien, von Aktien in den Kreditmarkt (monatliche Zinsen zwischen 25 und 30 Prozent), von dem Kreditmarkt in den Pesos und dann gleich wieder in den Dollar. „Wer schläft, verliert“, lautet die Devise.

Da die Lebenshaltungskosten so rasant steigen, gibt es weder Hypotheken noch Abzahlungen. Für Ausländer werden Mietverträge gewöhnlich auf Dollar-Basis abgeschlossen. Bleibt es bei Pesos, verlangen die Mieter Vorauszahlungen bis zu 18 Monate.

Als der zivile Präsident Raul Alfonsin Ende des vergangenen Jahres die

Macht übernahm und eine neue demokratische Ära einleitete, wollte er den Teufelskreis der Inflation brechen. Zehn Monate nach seiner Amtübernahme befürchten die meisten Argentinier, daß er sein Ziel nicht erreichen wird. „In dieser Nation grassiert eine Inflationsmentalität“, sagt Roberto Alemann, ein früherer Wirtschaftsminister, „die sich kaum noch bekämpfen läßt. Ein hoffungsloser Fall.“

Automatisch gehen die Preise in die Höhe. An der Florida, der vornehmsten Einkaufsstraße, wechseln die Geschäftsinhaber fast täglich die Preisschilder. In den Restaurants und den Supermärkten herrschen ähnliche Verhältnisse. Seit Jahren berechnen die Taxifahrer anhand von Uhren und ständig aktualisierten Listen ihre Tarife.

Alfonsin muß die Nothbremse ziehen, sonst drohen fatale Folgen. Da die Inflationsrate lawinenartig stieg, bewegen sich die meisten Hochrechnungen für die nächsten zwölf Monate um 1500 Prozent. „Schwindelerregende Zahlen“, kommentierte die Zeitung „La Nacion“.

(SAD)



Unabhängigkeit können Sie Stück für Stück erwerben: mit dem Gold Maple Leaf aus Kanada.

Gute Gründe sprechen – besonders langfristig – dafür, einen Teil Ihrer Rücklagen in Gold anzulegen. Für den Gold Maple Leaf aus Kanada sprechen noch ein paar Gründe mehr.

Der Gold Maple Leaf enthält genau eine Unze (31,1 g) reines Gold – Feingehalt 999,9. Das heißt, keine Goldmünze ist reiner. Beim Gold Maple Leaf bekommen Sie viel Gold für Ihr Geld. Schon weil der Aufpreis

sehr gering ist. Das gilt natürlich auch für die 1/4- und 1/10-Unze-Münzen.

Der Gold Maple Leaf ist in allen unseren Geschäftsstellen leicht zu kaufen – selbstverständlich auch Mehrwertsteuerfrei in Luxemburg. Der Verkauf ist genauso einfach.

Sprechen Sie mit unserem Kundenberater über die goldrichtige Anlage: den Gold Maple Leaf aus Kanada.

Deutsche Bank



Auszüge aus der Dankesrede des Friedenspreisträgers und der Laudatio des Bundespräsidenten

Wer Frieden sagt, der muß auch Freiheit sagen

Von OCTAVIO PAZ

Für alle Schriftsteller meiner Generation – ich bin im ungeliebten Jahr 1914 geboren – war der Krieg stetige, schreckliche Gegenwart. Ich habe zu schreiben begonnen – eine höchst geräuschlose Tätigkeit – gegenüber dem Lärm der Streitereien und Kämpfe unseres Jahrhunderts – und gegen ihn. Ich habe geschrieben und ich schreibe, weil ich die Literatur als einen Dialog mit der Welt, mit dem Leser und mit mir selbst verstehe – und der Dialog ist das Gegenteil sowohl des Lärms, der uns regiert, als auch des Schweigens, das uns ignoriert. Ich bin in der Meinung gewesen, daß der Dichter nicht nur derjenige ist, der spricht, sondern auch jener, der zuhört.

Der erste wirklich historische Bericht unserer religiösen Tradition ist die Geschichte der Ermordung Abels durch Kain. Mit dieser schrecklichen Begebenheit beginnt unser irdisches Leben: was im Garten Eden geschah, geschah vor der geschichtlichen Zeit. Mit dem Sündenfall wurden die beiden Kinder der Sünde und des Todes geboren: die Arbeit und der Krieg. Es begann die Verdammnis, es begann die Geschichte. Ihr zu entziehen heißt, unserer menschlichen Natur zu entrinnen, über uns selbst hinauszugehen oder, besser gesagt, wieder zu werden, der wir vor dem Sündenfall waren.

Viele philosophische und politische Utopien haben sich von dieser religiösen Vision inspirieren lassen. Die Menschen hörten demnach auf, frei und gleich zu sein, als sie sich einem Führer unterwarfen. Wenn der Anfang der Ungleichheit, der Unterdrückung und des Krieges die Herrschaft weniger über viele war, wie sollte man in der Macht nicht den Ursprung und die Ursache der Ungerechtigkeiten der Geschichte sehen? Nicht in der Macht dieses oder jenes Führers, der eine mildere, andere tyrannisch, sondern in dem Prinzip selbst und in der Institution, die es verkörpert: im Staat. Nur dessen Abschaffung könnte der Knechtschaft der Menschen und dem Krieg zwischen den Nationen ein Ende machen. Die Revolution wäre die große Wende der Geschichte oder, in religiösen Begriffen, die Wiederkehr der ursprünglichen Zeit: die Rückkehr zur Unschuld des Anfangs, in dessen Schoß die individuellen Freiheiten sich in gesellschaftliche Eintracht auflösen.

Die Verführungskraft dieser Idee – Verbindung der lautersten Moral mit Träumen, die von edelster Gesinnung zeugen – ist überaus groß gewesen. Zwei Gründe verbieten mir jedoch, diese optimistische Hypothese zu teilen. Der erste: Wir haben es mit einer unbewiesenen und, ich fürchte, nicht beweisbaren Annahme zu tun. Der zweite: Das Entstehen des Staates bedeutete mit großer Wahrscheinlichkeit nicht den Anfang, sondern das Ende des ewigen Krieges, der die primitiven Gemeinschaften heimsuchte.

Das Schicksal der großen Imperien – eine Warnung

Wenn die Abschaffung des Staates dazu führen würde, daß wir zu ständigen Zwietracht untereinander zurückkehren, wie dann den Krieg vermeiden? Seitdem es Staaten gibt auf der Erde, bekämpfen sie sich. Es ist daher nicht verwunderlich, daß das Streben nach dem Weltfrieden bisweilen verwechselt worden ist mit dem Traum von einem weltumfassenden Staat ohne Rivalen. Dieses Ideal ist ebenso wenig zu verwirklichen wie die Abschaffung des Staates, und vielleicht noch gefährlicher. Der Friede, der dadurch entsteht, daß allen Nationen ein einziger Wille aufzuerlegen wird, und wäre dieser auch der Wille des unpersönlichen Gesetzes, würde bald zu Engherzigkeit und Wiederholung, Masken der Sterilität entarten. Während die Abschaffung des Staates uns zum ständigen Krieg zwischen den Parteien und Individuen verdammen würde, würde die Gründung eines einzigen Staates zu weltweiter Knechtschaft und zum Tod des Geistes führen.

Zum Glück hat die geschichtliche Erfahrung dieses Trugbild immer wieder verschüttet. Es gibt keine Beispiele für eine geschichtliche Gesellschaft ohne Staat; dagegen gibt es Beispiele, und deren viele, für große Imperien, die nach der Welt Herrschaft gestrebt haben. Das Schicksal aller großen Reiche lehrt uns, daß dieser Traum nicht nur nicht zu verwirklichen, sondern darüber hinaus auch unheilvoll ist. Unheilvoll ist bereits das Entstehen der Imperien: die Eroberung und die Ausplünderung; und auch ihr Ende ist es: der Zerfall, die Aufteilung. Die Imperien sind zur Zersplitterung verurteilt wie die Orthodoxen und die Ideologien zur Spaltung.

Der Staat hat eine doppelte, eine widersprüchliche Funktion: Er bewahrt den Frieden und entfesselt den Krieg. Diese Ambivalenz ist die aller Menschen, Individuen, Gruppen.

Klassen, Nationen und Regierungen, alle sind wir zur Divergenz, zur Auseinandersetzung und zum Streit verurteilt; aber wir sind auch zum Dialog und zum Verhandeln verurteilt. Es gibt jedoch einen Unterschied zwischen der zivilen Gesellschaft der Individuen und Gruppen und der internationalen Gesellschaft der Staaten. In der ersten werden die Kontroversen durch den gegenseitigen guten Willen der streitenden Parteien oder durch die Autorität des Gesetzes und der Regierung geschlichtet; in der letzteren ist das einzige, was wirklich zählt, der Wille der Regierungen.

Eben die Natur der internationalen Gesellschaft verhindert die Existenz einer effektiven überstaatlichen Gewalt. Weder die Vereinten Nationen noch die anderen internationalen Organisationen verfügen über die notwendige Macht, den Frieden zu bewahren oder die Aggressoren zu bestrafen; sie sind beratende Versammlungen, nützlich, um zu verhandeln, aber sie haben den Nachteil, daß sie leicht zur Bühne von Propagandisten und Demagogen werden.

Ein Staat darf niemals Proselytenmacher sein

Die Macht, Krieg oder Frieden zu machen, liegt im wesentlichen bei den Regierungen. Allerdings ist es keine unumschränkte Macht: Selbst Diktatoren müssen, bevor sie einen Krieg entfesseln, in höherem oder minderen Maße die Meinung und das Empfinden des Volkes in Rechnung ziehen. In den offenen, demokratischen Gesellschaften, in denen die Regierungen über ihr Handeln periodisch Rechenschaft geben müssen und in denen es eine legale Opposition gibt, ist es schwieriger, eine Kriegspolitik zu betreiben. Freilich ist die demokratische Staatsform allein noch keine Garantie für den Frieden, was unter anderem das Athen von Perikles oder das Frankreich der Revolution beweisen. Wie die anderen politischen Systeme ist auch die Demokratie dem unheilvollen Einfluß der Nationalismen und anderer militanter Ideologien ausgesetzt. Trotzdem ist die Überlegenheit der Demokratie auf diesem Gebiet, wie auf vielen anderen, für mich unüberlegbar: Krieg und Frieden sind Dinge, über die unsere Meinung zu äußern wir alle nicht nur das Recht, sondern die Pflicht haben.

Ich habe von dem widrigen Einfluß gesprochen, den die nationalistischen, intoleranten und exklusiven Ideologien auf den Frieden gehabt haben. Diese Ideologien sind noch weit schädlicher, wenn sie auf hören, die Glaubensanschauung einer Sekte oder einer Partei zu sein und zur institutionellen Doktrin einer Kirche oder eines Staates werden. Das Streben nach dem Absoluten – immer unerschöpfbar – ist eine edle Leidenschaft, doch der Glaube, wir seien im Besitz der absoluten Wahrheit, degradiert uns. In jedem Menschen, der anders denkt als wir, sehen wir ein Ungeheuer und eine Gefahr, so werden wir selber zu Ungeheuern und zu Gefahren für unserselbst.

Die Proselytenmacherei, fast immer verbunden mit militärischer Eroberung, war ein Charakteristikum der ideologischen Staaten von der Antike bis heute. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde durch die Kombination politischer und militärischer Maßnahmen die Eingliederung der Völker des (fälschlich) sogenannten Ostblocks in das totalitäre System vollzogen. Den Nationen des Westens schien das gleiche Los beschieden. Doch dem war nicht so: Sie haben standgehalten. Gleichzeitige jedoch sind sie unbeweglich geworden: Auf ihre unvergleichliche materielle Prosperität folgte weder eine geistige und kulturelle Wiedergeburt noch eine zugleich phantasievolle und energiegelade, generöse und wirksame politische Tat.

Es muß leider gesagt werden: Die großen demokratischen Nationen des Westens haben aufgehört, das Vorbild und die Inspirationsquelle der Eliten und Minderheiten der anderen Völker zu sein. Der Schaden für die ganze Welt war unermesslich, insbesondere für die Nationen Lateinamerikas: Am geschichtlichen Horizont dieses zu Ende gehenden Jahrhunderts hat nichts den fruchtbaren Einfluß ersetzen können, den die europäische Kultur seit dem 18. Jahrhundert auf das Denken, die Sensibilität und die Imagination unserer besten Schriftsteller, Künstler und gesellschaftlicher und politischer Erneuerer ausgeübt hat.

Ogleich es nicht meine Absicht ist, auf die heutigen Weltkonflikte im einzelnen einzugehen, muß ich eine Ausnahme machen und von dem Fall Zentralamerikas sprechen. Er geht mich besonders an, und er schmerzt mich; außerdem ist es dringend notwendig, die manichäischen Simplifikationen von Vertretern entgegengesetzter Meinungen zu beseitigen.

Auf der einen Seite herrscht die Neigung, das Problem als eine bloße

Episode der Rivalität zwischen den beiden Supermächten zu sehen; auf der anderen die, es auf einen lokalen Streit ohne internationale Verflechtungen zu reduzieren. Es ist klar, daß die Vereinigten Staaten bewaffnete Gruppen, die Gegner der Regierung von Managua sind, unterstützen; es ist klar, daß die Sowjetunion und Kuba den Sandinisten Waffen und Militärberater schicken; aber es ist auch klar, daß die Wurzeln des Konflikts tief in die Vergangenheit Zentralamerikas reichen.

Die Unabhängigkeit Spanisch-Amerikas (Brasilien ist ein anderer Fall) führte zur Zersplitterung des ehemals spanischen Reiches. Noch heute müssen wir für die Folgen dieser Zersplitterung bezahlen: im inneren chaotischen Demokratien, gefolgt von Diktaturen, und nach außen hin Schwäche. Diese Übel haben in Zentralamerika Schwären gebildet: mehrere kleine Länder ohne klare nationale Identität (was unterscheidet einen Salvadorianer von einem Honduraner oder einem Nicaraguaner?), ohne große wirtschaftliche Lebensfähigkeit und der Begehrlichkeit von außen ausgesetzt.

Ogleich die fünf Länder – Panama wurde erst später erfunden – die republikanische Staatsform wählten, gelang es keinem – das Musterland Costa Rica ausgenommen – eine echte und dauerhafte Demokratie einzuführen. Die Völker Zentralamerikas wurden schon bald Opfer der endemischen Krankheit unserer Länder: dem militärischen Caudillismus. Der Einfluß der Vereinigten Staaten begann Mitte des vergangenen Jahrhunderts und nahm schon bald hegemonische Formen an. Die Vereinigten Staaten haben weder die Zerstörung noch die Oligarchien noch die kommunistischen und blutigen Diktaturen erfunden, aber sie haben sich diese Situation zunutze gemacht, haben die Regime der Gewalttäter gestützt und entscheidend zur Korruption des politischen Lebens in Zentralamerika beigetragen. Ihre historische Verantwortung ist unüberlegbar, und ihre gegenwärtigen Schwierigkeiten in dieser Region sind die Folge ihrer Politik.

Im Schatten Washingtons entstand und erstarkte in Nicaragua eine erbliche Diktatur. Nach vielen Jahren führte die Verbindung verschiedener Umstände – die allgemeine Ertrübnis, das Entstehen einer neuen gebildeten Mittelklasse, der Einfluß einer erneuerten katholischen Kirche, die inneren Zwiste der Oligarchie und schließlich die Einstellung der nordamerikanischen Hilfe – zu einem Vollaufstand. Die Erhebung war national und stürzte die Diktatur. Kurz nach dem Sieg wiederholte sich der Fall Kuba: Eine Elite revolutionärer Führer nahm die Revolution für sich allein in Anspruch. Fast alle von ihnen entstammten der einheimischen Oligarchie, und die meisten sind vom Katholizismus zum Marxismus-Leninismus übergewechselt oder haben aus beiden Doktrinen einen absurden Mischmasch gemacht.

Von Anfang an haben die Führer des Sandinismus in Kuba Anregungen gesucht, und sie erhielten von der Sowjetunion und deren Verbündeten militärische und technische Hilfe. Das Handeln der sandinistischen Regierung zeigt von ihrem Willen, in Nicaragua eine militär-bürokratische Diktatur nach dem Vorbild Havanas zu errichten. Auf diese Weise wurde der ursprüngliche Sinn der revolutionären Bewegung verfälscht.

Wirklich freie Wahlen für das Volk von Nicaragua

Die Opposition ist nicht homogen. Im Innern ist sie sehr groß, aber sie verfügt über keine Medien, um sich zu äußern (in Nicaragua gibt es nur eine unabhängige Zeitung: La Prensa). Eine andere bedeutende Gruppe der Opposition lebt isoliert in unwirtlichen Regionen: die indigene Minderheit, die nicht spanisch spricht, die ihre Kultur und ihre Lebensformen bedroht sieht und unter der sandinistischen Herrschaft Beirungen und Überfälle erlebt hat.

Der Friede kann in diesem Gebiet erst dann tatsächlich wiederhergestellt werden, wenn es dem Volk von Nicaragua möglich ist, in wirklich freien Wahlen, an denen alle Parteien teilnehmen, seine Meinung zu äußern. Diese Wahlen würden es erlauben, eine nationale Regierung zu bilden. Allerdings ist es mit Wahlen, obwohl sie notwendig sind, allein nicht getan. Auch wenn sich die Rechtmäßigkeit der Regierungen in unserer Zeit auf das allgemeine, freie und geheime Wahlrecht gründet, müssen weitere Bedingungen erfüllt werden, damit eine Regierung es verdient, demokratisch genannt zu werden: Gewährleistung der individuellen und gemeinschaftlichen Freiheiten und Rechte, Pluralismus und schließlich Respektierung der einzelnen Personen und der Minderheiten. Letzteres ist unabdingbar in einem Land wie Nicaragua, das lange Perioden des Despotismus erlebt hat, und in dem mehrere rassische, religiöse, kulturelle



Octavio Paz bei der Entgegennahme des Friedenspreises. FOTO: AP

le und sprachliche Minderheiten zusammenleben.

Viele werden diesen Plan für unrealistisch halten. Er ist es nicht: El Salvador hat mitten im Bürgerkrieg Wahlen abgehalten. Trotz der terroristischen Methoden der Guerrilleros, die die Leute einschüchtern wollten, damit sie nicht zur Wahl gingen, hat der überwiegende Teil der Bevölkerung friedlich gewählt. Es ist das zweite Mal, daß El Salvador Wahlen abgehalten hat (die ersten fanden 1982 statt), und beide Male war die hohe Wahlbeteiligung ein bewundernswertes Beispiel für die Berufung dieses Volkes zur Demokratie und für seinen Bürgersinn.

Sich nicht durch Terror einschüchtern lassen!

Die Wahlen in El Salvador waren eine Verurteilung der doppelten Gewalt, die diese Nationen heimsucht: die der Rechtsextremisten und die der Guerrilleros der äußersten Linken. Man kann nicht mehr behaupten, daß dieses Land für die Demokratie nicht vorbereitet sei. Wenn die politische Freiheit für die Salvadorianer kein Luxus, sondern eine lebenswichtige Frage ist, warum dann nicht auch für das Volk von Nicaragua? Die Schriftsteller, die Manifeste zugunsten der sandinistischen Regierung veröffentlichten: Haben sie sich diese Frage gestellt? Warum billigen sie in Nicaragua die Einführung eines Systems, das sie in ihrem eigenen Land für untragbar halten würden? Warum ist das, was hier verfaßt wäre, dort bewundernswert?

Dieser Exkurs über Zentralamerika – vielleicht etwas lang, verzehle Sie mir bitte – bestätigt, daß die Verteidigung des Friedens verbunden ist mit der Bewahrung der Demokratie. Ich betone nochmals, daß ich zwischen Demokratie und Frieden keine Beziehung von Ursache und Wirkung sehe: Mehr als einmal sind Demokratien kriegerisch gewesen. Aber ich glaube, daß die demokratische Staatsform uns einen Raum erschließt, der der Diskussion der öffentlichen Angelegenheiten und mit hin der Themen Krieg und Frieden förderlich ist. Die großen gewaltfreien Bewegungen der unmittelbaren Vergangenheit – die größten Beispiele sind Gandhi und Martin Luther King – entstanden und entwickelten sich mitten in demokratischen Gesellschaften. Die pazifistischen Demonstrationen in Westeuropa und in den Vereinigten Staaten wären in den totalitären Ländern undenkbar und unmöglich. Es ist daher sowohl ein logischer und politischer Fehler als auch ein Mangel an Moral, den Frieden von der Demokratie zu trennen.

Nur wenn wir die Demokratie verteidigen, wird es uns möglich sein, den Frieden zu bewahren. Von diesem Prinzip leiten sich, meiner Meinung nach, drei weitere ab. Das erste: Unablässig den Dialog mit dem Gegner suchen. Dieser Dialog erfordert Standhaftigkeit und Nachgiebigkeit, Flexibilität und Festigkeit zugleich.

Das zweite: Weder der Versuchung des Nihilismus erliegen noch sich durch den Terror einschüchtern lassen. Die Freiheit gibt es nicht vor dem Frieden, aber auch nicht nach ihm: Frieden und Freiheit sind unaufheblich miteinander verbunden. Sie voneinander trennen heißt, der Erpressung des Totalitarismus erliegen und am Ende das eine wie das andere verlieren.

Das dritte: Erkennen, daß die Verteidigung der Demokratie in unserem eigenen Land untrennbar ist von der Solidarität mit jenen, die in den totalitären Ländern oder unter den Gewaltherrschaften und Militärdiktaturen in Lateinamerika und anderen Kontinenten für sie kämpfen. Indem die Dissidenten für die Demokratie kämpfen, kämpfen sie für den Frieden – kämpfen sie für uns.

Erzieher seines Volkes und Diener der Poesie

Von RICHARD V. WEIZSÄCKER

Niemand hat die sozialen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Probleme Lateinamerikas tiefer durchdacht als Octavio Paz. Ihnen gilt sein großes kritisches Werk, seine gewaltige geistige Produktivität.

Kritisch und undogmatisch, unabhängig und einsam bleibt er im Denken und im Verhalten. Er weiß, daß Kritik von sich aus weder Kunst noch Politik hervorbringt. Aber er glaubt daran, daß nur sie den physischen, sozialen und moralischen Raum zu schaffen vermag, in dem sich Kunst, Literatur und Politik entfalten. Paz spricht solche Gedanken für Lateinamerika aus. Aber ich glaube nicht, daß unsere Erfahrungen geeignet wären, sie zu widerlegen.

Paz ist ein Schriftsteller von außerordentlicher politischer Wirkung. Letzten Endes ist es aber weniger die Politik als die Geschichte, die ihn bewegt und die er als Geschichte der Kultur begreift. In seinen berühmten „Labyrinth der Einsamkeit“ und zahlreichen Essays macht Paz uns mit dieser Geschichte vertraut.

Seit zwei Jahrhunderten, so sagt er, ringen die besten Lateinamerikaner um eine umfassende soziale, politische und geistige Reform. Modernisierung ist ihr Ziel. Aber so lang wie der Kampf, so lang ist die Reihe der Irrtümer über die geschichtliche Wirklichkeit.

Was wir bei Paz über Lateinamerika erfahren, ist immer auch eine Auskunft über unsere eigene Geschichte. Er schildert die besondere Version christlich-abendländischer Kultur, die von der Iberischen Halbinsel nach Lateinamerika gekommen ist: die Verschmelzung des Christentums mit dem Politischen, in deren spanischen Wesenszug er Spuren des Islams entdeckt; die Identifizierung mit einem universalen, einer einzigen Auslegung zugänglichen Glauben; die Verweigerung der anbrechenden Modernität.

Neben dem abendländischen Einfluß, den Paz stets ohne Ungerechtigkeit und ohne polemischen Fanatismus beschreibt, steht das Gewicht des starken Bevölkerungsanteils der Indios. Paz schildert, wie sie die Sensibilität der Völker verfeinert und ihre Phantasie befruchtet haben. Vermischt mit den spanischen Einflüssen findet er die Merkmale ihrer Kultur in der Religion, den Märchen und Legenden, den Mythen, den Künsten, der Gesellschaftsmoral und der Küche seines Volkes.

Den Weg in die Unabhängigkeit der lateinamerikanischen Völker sieht er begleitet vom immer neuen Scheitern am wichtigsten Ziel, nämlich an der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Modernisierung.

Er beschreibt, wie nordamerikanische Vorbilder die Väter der lateinamerikanischen Unabhängigkeit und Liberalität besetzt haben. Als unsso tragischer empfindet er es, daß das selbe Nordamerika allzuoft zum Hindernis für die Modernisierung Lateinamerikas geworden ist, weil es inmitten der typischen Machtaufteilung zwischen wirtschaftlichen Oligarchen und Militärs mit falschen Verbindungen zusammengearbeitet und interveniert hat.

Auch noch so häufige Militärputsche haben aber die geschichtliche Legitimität der Demokratie im Bewußtsein der lateinamerikanischen Völker nie in Frage gestellt. „Mit ihr“, so sagt er, „sind wir geboren, und trotz der Verbrechen und Tyrannen war die Demokratie für unsere Völker so etwas wie ein geschichtlicher Taufschein.“ So oft auch die Demokratie entsetzt und verraten worden ist, so ist doch all das Gute, das seit anderthalb Jahrhunderten in Lateinamerika gewachsen ist, im Zeichen der Demokratie oder, wie in Mexiko, auf die Demokratie hin geschaffen worden.

Mit besorgter Aufmerksamkeit beobachtet Paz heute eine Revitalisierung aller politisch-religiösen Absolutheitsansprüche in neuer Form. Nimmeh wird geöffnete Wahrheit durch angebliche wissenschaftliche Wahrheit ersetzt, welche die Geschichte und Gesellschaft universal deutet und sich nicht mehr in einer Kirche, sondern in einer Partei verkörpert.

„Eine paradoxe Modernität: Die Ideen sind von heute, das Verhalten ist von gestern. Ihre Großväter beriefen sich auf den Heiligen Thomas von Aquin, sie berufen sich auf Marx, aber für die einen wie die anderen ist die Vernunft eine Waffe im Dienst einer großgeschriebenen Wahrheit... Ihr Begriff von Kultur und vom Denken impliziert Polemik und Kampf: sie sind Kreuzritzer. So besteht in unseren Ländern eine geistige Tradition fort, welche die Meinung des anderen wenig achtet, welche die Ideen der Wirklichkeit und die geistigen Systeme der Kritik der Systeme vorzieht.“

Die Meinung des anderen zu achten, bedeutet nicht, jede Position zu relativieren. Kritik der Systeme wendet sich nicht gegen die Suche nach Wahrheit. Aber wer eigene Überzeu-

gungen als Wahrheit absolut setzt und politisch instrumentalisiert, macht freies Zusammenleben von Menschen unmöglich. An Zentralamerika liest Paz das Mißgeschick der ganzen Geschichte seines Kontinents ab: Unabhängigkeit führt zur Aufspaltung, zur Vereinzelung, zur Schwäche. Die Folge davon ist wieder eine Krise der Unabhängigkeit und fremde Intervention. Unrecht und Elend dauern fort, „gleich wer der Gewinner ist, der Obrist oder der Guerillero“.

Paz analysiert und kämpft für den Weg zur Demokratie in Lateinamerika. „Demokratie und Unabhängigkeit sind komplementäre und voneinander untrennbare Wirklichkeiten. Die erste verlieren, heißt die letztere verlieren und umgekehrt.“ Erst wenn die Demokratie gewonnen ist, ist die Unabhängigkeit vollendet.

Erlauben Sie mir, aus den Schriften von Paz zur Freiheit einen Passus zu zitieren, mit dem er den Einfluß von Cervantes auf unsere Erfahrung mit Freiheit beschreibt: „Mit Cervantes beginnt die Kritik des Absoluten: Es beginnt die Freiheit. Und sie beginnt mit einem Lächeln, nicht der Freude, sondern des Wissens. Der Mensch ist ein prekäres, komplexes, doppeltes oder dreifaches Wesen, von Phantasmen heimgesucht, von Begierde getrieben, von Sehnsucht zerlegt: ein prachtvolles und klägliches Wesen, und jeder Mensch ist allen anderen ähnlich. Jeder Mensch ist einmalig, und jeder Mensch ist viele Menschen, die er nicht kennt. Das Ich ist pluralisch. Cervantes lächelt: Lernen, frei zu sein, heißt lernen zu lächeln.“

Großartig und eindrucksvoll an Paz Gedanken zu Unabhängigkeit und Demokratie, zu Freiheit und Frieden ist, daß sie uns nie als abstrakte Idealkritik begegnen. Sie sind vielmehr lebensvoll und glaubwürdig, weil sie im Leben und Denken von Octavio Paz ein natürlicher Bestandteil der ihm tief bewegenden Frage nach der nationalen Wesensart und nach Identität sind. Dieses zentrale Thema in Lateinamerika und zumal in Mexiko findet in Paz seinen großen Interpreten. „Der Mexikaner will weder Spanier noch Indio sein, ebenso wenig will er von ihnen abstammen. Er leugnet sie, und er be-

trachtet sie.“

Dieses Augenblick zu bannen, ist die Aufgabe des Gedichtes. Die Verse belagern den Augenblick, sie umzingeln ihn, da er uns unser wahres Wesen offenbaren wird. So wird das Gedicht für Paz die „Pforte zum Augenblick, wo die Wahrheit wohnt.“ Die Dichtung dient der wesensmäßigen Einheit des Augenblicks, sie macht seine ewige Gegenwart erfahrbar. Dichtung ist nicht Wahrheit. Wahrheit ist nicht Geschichte. In seinem „Nachtschiff von San Idefonso“ sagt Octavio Paz:

„Die Wahrheit ist der Grund der Zeit ohne Geschichte. Das Gewicht des Augenblicks ohne die Last der Wichtigkeit.“

Die Dichtung, wie die Geschichte, wird gemacht: die Dichtung, wie die Wahrheit, wird gesehen.

Die Dichtung, Hängebrücke zwischen Geschichte und Wahrheit, ist nicht ein Weg zu dem oder jenem: sie ist Schauen der Ruhe in der Bewegung, des Übergangs in der Ruhe.

Die Geschichte ist der Weg: er führt nirgendwohin, wir alle beschreiten ihn, die Wahrheit ist, ihn zu beschreiben. Wir gehen nicht, wir kommen nicht: Die Wahrheit uns zu wissen, von Anfang an, in der Schwebe, Brüderlichkeit über der Leere.“

Große Gedichte der Weltliteratur! Wo gibt es Vergleichbares in unserer Zeit? Wo sind Verstand und lyrische Empfindung, wo Kopf und Herz so im Lot? Wir verdanken sie Lateinamerika.

Paz geht seinen eigenen Weg. Er geht seinem eigenen Volk, den Mexikanern, voran. Er spricht für Lateinamerika. Dabei stößt er zum Kern des Lebens vor. Indem er es tut, verleiht er nicht Zeit, Geschichte, Tradition, Geographie, Hautfarbe, soziale Befindlichkeit. Und doch überschreitet er sie zugleich. Er denkt und fühlt, er spricht und dichtet auch für uns. Wie er begabt ist zum Leben und Zusammenleben, so dient er dem Frieden des Menschen mit dem Leben.

Wieder können wir bei Paz lernen. Uns begegnet bei ihm ein Verständnis von Kultur, das uns aus der deut-

haupte, weniger ein Mestizze zu sein, als dessen Abstraktion: ein Mensch. Er möchte von niemandem abstammen.“

„Mexiko hat“, so sagt Paz an anderer Stelle, „kein Bündel von universalen Ideen zur Verfügung, die unsere Situation rechtfertigen könnten. Aber auch Europa, dieses Magazin fertiger Ideen, lebt heute wie in den Tag hinein. Streng genommen, hat die ganze moderne Welt keine neuen Ideen. Deshalb ist sie, genau wie der Mexikaner, der Realität gegenüber einsam.“

Ein Mann vom Range Paz macht uns deutlich, wie fruchtlos alle bewußten oder unbewußten Versuche einer geistigen Kolonialisierung gegenüber Lateinamerika geblieben sind. Lateinamerika sucht seinen eigenen Weg. Dazu muß es seine eigene Kraft entwickeln. Von welcher universalen Großidentität sollte es auch leben? In welcher technisch-wissenschaftlichen Großkultur sich wiederfinden? Welche Grundsätze des internationalen Lebensregels als eigene kulturelle Lebensregeln verstehen?

Auch wir sind unterwegs. Es gibt keine universale Modernität oder Identität, die wir uns selbst zu verkünden oder zu exportieren hätten. Wir suchen ständig unseren eigenen Weg der Kultur. Das ist entscheidend wichtig. Er darf uns nicht in eine Frontstellung gegen das technische Zeitalter treiben. Erst recht ist er kein unpolemischer Weg. Aber er weist über Wissenschaft, Wirtschaft und Sicherheit hinaus. Es ist ein Weg, der in unseren eigenen, uns eigentümlichen geistigen Beziehungen gründet und der Politik Kontinuität gibt.

Wieder können wir bei Paz lernen. Uns begegnet bei ihm ein Verständnis von Kultur, das uns aus der deut-

haupte, weniger ein Mestizze zu sein, als dessen Abstraktion: ein Mensch. Er möchte von niemandem abstammen.“

„Mexiko hat“, so sagt Paz an anderer Stelle, „kein Bündel von universalen Ideen zur Verfügung, die unsere Situation rechtfertigen könnten. Aber auch Europa, dieses Magazin fertiger Ideen, lebt heute wie in den Tag hinein. Streng genommen, hat die ganze moderne Welt keine neuen Ideen. Deshalb ist sie, genau wie der Mexikaner, der Realität gegenüber einsam.“

Ein Mann vom Range Paz macht uns deutlich, wie fruchtlos alle bewußten oder unbewußten Versuche einer geistigen Kolonialisierung gegenüber Lateinamerika geblieben sind. Lateinamerika sucht seinen eigenen Weg. Dazu muß es seine eigene Kraft entwickeln. Von welcher universalen Großidentität sollte es auch leben? In welcher technisch-wissenschaftlichen Großkultur sich wiederfinden? Welche Grundsätze des internationalen Lebensregels als eigene kulturelle Lebensregeln verstehen?

Auch wir sind unterwegs. Es gibt keine universale Modernität oder Identität, die wir uns selbst zu verkünden oder zu exportieren hätten. Wir suchen ständig unseren eigenen Weg der Kultur. Das ist entscheidend wichtig. Er darf uns nicht in eine Frontstellung gegen das technische Zeitalter treiben. Erst recht ist er kein unpolemischer Weg. Aber er weist über Wissenschaft, Wirtschaft und Sicherheit hinaus. Es ist ein Weg, der in unseren eigenen, uns eigentümlichen geistigen Beziehungen gründet und der Politik Kontinuität gibt.

Wieder können wir bei Paz lernen. Uns begegnet bei ihm ein Verständnis von Kultur, das uns aus der deut-

haupte, weniger ein Mestizze zu sein, als dessen Abstraktion: ein Mensch. Er möchte von niemandem abstammen.“

„Mexiko hat“, so sagt Paz an anderer Stelle, „kein Bündel von universalen Ideen zur Verfügung, die unsere Situation rechtfertigen könnten. Aber auch Europa, dieses Magazin fertiger Ideen, lebt heute wie in den Tag hinein. Streng genommen, hat die ganze moderne Welt keine neuen Ideen. Deshalb ist sie, genau wie der Mexikaner, der Realität gegenüber einsam.“

Berlin: Bahner erklärt seinen Rücktritt

F. DIEDERICH, Berlin

Irritation in der Berliner CDU: Sechs Monate vor den Bundestagswahlen hat der ehemalige Bundestagsabgeordnete Dietrich Bahner (43) seinen Rücktritt als Vorsitzender des wichtigen Bezirks Wedding erklärt. Bahner, langjähriger CDU-Bundestagsabgeordneter in Bonn, zog damit den Schlussstrich unter Differenzen mit dem CDU-Landesvorstand über das Wahlkampfkongress der Partei.

Der Vorgang ist deshalb von nicht geringer Bedeutung, weil es der Berliner Union unter der Leitung Bahners gelungen war, im traditionellen Arbeiterbezirk Wedding bei den letzten Wahlen 1981 sensationelle Stimmengewinne zu buchen: die CDU erreichte dort mit 43,1 Prozent der Wahlstimmen nur tausend Zweitstimmen weniger als die SPD, die mit 44,4 Prozent ihren Spitzenplatz nur knapp behaupten konnte.

Dietrich Bahner hatte im vergangenen Monat für enormen Zündstoff gesorgt, als er angekündigt, sein Bezirk werde im kommenden Wahlkampf nicht nur auf jede Plakatwerbung verzichten, sondern auch keine Farbbroschüren verteilten und Wahlwerbung lediglich mit schwarz-weißen Werbemitteln betreiben. Die Einsparungen von rund 50 000 DM wollte der durch soziale Hilfsaktionen bekannte Bahner („Berlin hilft“) in Not geratenen älteren Bürgern zur Verfügung stellen, aber auch unbürokratisch für Übersiedler aus der DDR ausgeben. Schon damals hatte Bahner angekündigt, er werde von seinem Amt zurücktreten, falls dieses Modell von der Landesführung der Union nicht abgesegnet werde.

Daß Bahner auf Grund dieser Absage zurücktrat, wird von Parteifreunden allgemein mit Unverständnis als „Rücktritt ohne Not“ umschrieben. Als Paukenschlag im Wahlkampf dürfte sich ein bisher nur Insidern bekanntes Vorhaben Bahners entpuppen, das von Parteimitgliedern als eigentlicher Rücktrittsgrund vom Amt des CDU-Bezirkschefs angeführt wird: Bahner beabsichtigt nach sicheren Informationen der WELT, zur nächsten Parlamentswahl mit einer eigenen Partei in Berlin anzutreten.

Engelhard warnt vor Gewalttätern

hey, Bonn

Bundesjustizminister Hans Engelhard (FDP) hat die Verantwortlichen in der „Friedensbewegung“ nachdrücklich dazu aufgefordert, sich deutlich von militanten Mitläufern zu distanzieren.

Sie sollten Vorkehrungen treffen, daß bei weiteren Aktionen Gewalttäter ausgeschlossen bleiben und der teilweise bewußt betriebenen Begriffsverwirrung und Begriffsvernebelung im Zusammenhang mit den verschiedenen Protestaktionen aktiv entgegengetreten. Engelhard sagte: „Wer Gewalt toleriert, ist geistiger Brückenbauer des politischen Extremismus.“

Der Minister warnte davor, Gewalt gegen Sachen weniger ernstzunehmen als Gewalt gegen Personen.

Steckte das KGB hinter Kampagne gegen Strauß?

London: Indirektes Eingeständnis des „Spiegel“ bei Vergleich

SAD, London
Der „Spiegel“ hat indirekt eingestanden, daß das Nachrichten-Magazin in der Strauß-Kampagne von 1982 unwissentlich Propaganda-Werkzeug des KGB war. Das ist die einzige Interpretation, die der außergerichtliche Vergleich des Magazins in seiner Verleumdungsklage gegen den britischen Verleger (französisches Magazin „L'Express“) und nach britischen Schätzungen der fünfzigste Mann Englands (zwei Milliarden Mark) Sir James Goldsmith zuläßt. Die Einzelheiten der Einigung werden heute vor dem Londoner High Court bekanntgegeben, wo der „Spiegel“ die Klage angestrengt hatte.

Goldsmith betont: „Der Vorschlag zur außergerichtlichen Beilegung ging vom Kläger aus, nicht vom Beklagten. Wäre er nicht gemacht worden, hätte sich eine Einigung als unmöglich erwiesen, dann hätten wir Beweismaterial dafür vorgelegt, daß 1982 in Moskau der Beschluß gefaßt worden war, den „Spiegel“ als Teil einer Diskreditierungskampagne gegen den damaligen deutschen Verteidigungsminister zu benutzen und auf diese Weise jede Chance für Strauß für eine eventuelle Adenauer-Nachfolge zunichte zu machen.“

Wie inoffiziell verlautete, tragen beide Seiten ihre jeweiligen Prozesskosten selbst. Das Verfahren hätte, wenn es zu einer Verhandlung gekommen wäre, voraussichtlich sechs bis zehn Wochen gedauert, dem Goldsmith beabsichtigte, rund 15 Zeugen aufrufen zu lassen.

Gegenstand der Klage war ein Passus in einer später veröffentlichten Goldsmith-Rede vom Januar 1981, in dem der Unternehmer den 1988 in den Westen übergetretenen Tschoschowskischen General Jan Sejna zitierte. Der General, sagte Goldsmith, „hat zugegeben, daß die Spiegel-Kampagne gegen Franz Josef Strauß vom KGB orchestriert war.“ „Spiegel“-Anwalt John Wilmer: „Daran nahm die Klägerin Anstoß, weil ihrer Meinung nach impliziert wurde, das Nachrichtenmagazin stehe unter KGB-Kontrolle, beschäftigte wissenschaftlich kommunistische Nachrichtendienstagenten als Journalisten und sei in Wahrheit eine KGB-Tarnorganisation.“

Strauß: Kein Druck im Fall Rohr

dpa, Bonn

Der CSU-Vorsitzende und bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß hat entschieden bestritten, daß Landwirtschaftsminister Ignaz Kiechle (CSU) seinen Staatssekretär Hans-Jürgen Rohr auf Druck der CSU in den vorzeitigen Ruhestand versetzt hat. Dies sei „völlig falsch“, sagte Strauß am Sonntag in einem Interview des Deutschlandfunks.

Strauß meldete zugleich Zweifel an, ob Rohr das „beste Pferd im Stall“ gewesen sei. Mit dieser Äußerung hatte der SPD-Agrarexperte Martin Schmidt-Gellersen den parteilosen ehemaligen Staatssekretär Hans-Jürgen Rohr charakterisiert. Strauß sagte dazu, dies sei ein Urteil, das „vielleicht noch nicht das letzte, Maß an Objektivität“ aufweise.

Goldsmith-Anwalt Lord Rawlinson, ein ehemaliger Generalstaatsanwalt, „Sir James hatte nie die Absicht zu suggerieren, die Zeitschrift werde vom sowjetischen Geheimdienst gesteuert, arbeite mit diesem zusammen oder beschäftige wissenschaftliche Journalisten, die KGB-Agenten sind, die Sowjets benutzen die westlichen Medien ohne deren Wissen. Es findet ein großes und ständiges Bemühen statt, versteckte Propaganda zu platzieren – mittels Agenten in Einflußpositionen, die sich selbst ihrer Rolle vielleicht gar nicht immer bewußt sind. Die auf diese Weise benutzten Medien sollen nicht merken, daß sie sich an einer vom KGB orchestrierten Kampagne beteiligen. Nach Ansicht von Sir James kann der Spiegel mithin, im Verein mit anderen westlichen Publikationen, fairerweise als Opfer von KGB-Propagandatechniken beschrieben werden.“

In seinem Schlußwort heute wird Rudolf Augstein's Anwalt einräumen: „Die Klägerseite akzeptiert voll und ganz, daß im Prinzip der sowjetische Geheimdienst bemüht ist, in der von der Gegenseite geschilderten Weise zu operieren. Meine Mandanten sind sich im klaren über die Gefahren, die versteckte sowjetische Propaganda für die Pressefreiheit darstellt.“

James Goldsmith ist entschlossen, seinen Aufklärungsfeldzug gegen die sowjetischen Desinformationsmethoden im Westen fortzusetzen. Er kündigte eine Veröffentlichung des seit dem Klagebeginn zusammengetragenen Beweismaterials für die Manipulierung der westlichen Presse in Buchform an. „In den letzten dreihalf Jahren habe ich persönlich mit jedem bedeutenden Überläufer aus dem Ostblock gesprochen“, sagte er. „Wir haben eine Unmasse von Informationen über die Durchdringung der Medien. Wir haben Fakten, Einzelheiten, Namen – alles.“

Goldsmith, der den Vergleich als einen „rühmreichen Sieg für die Verteidigung des Westens gegen seinen Hauptfeind, den sowjetischen Imperialismus“ feiert, hatte sich bei der Bereitschaft mehrerer bedeutender Ombudsmänner versichert, als Zeugen der Verteidigung aufzutreten. So General Sejna hatte seine Zustimmung gegeben.

Ermittlungen gegen Ristock

rtf, Berlin

Die Berliner Staatsanwaltschaft hat gegen den früheren Bauernschat und vorübergehenden Spitzenkandidaten der SPD, Harry Ristock, ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Sie wird Ristock und zwei weiteren Geschäftsführern der Aluminium-Fensterfabrik „Metalur“ nach einem Bericht der „Berliner Morgenpost“ vor, rund 700 000 Mark Sozialabgaben für die Belegschaft nicht rechtzeitig an die Allgemeine Ortskrankenkasse abgeführt und sich dadurch strafbar gemacht haben. Ristock selbst lehnte gestern eine Stellungnahme ab. Der Parteisprecher Wilhelm Wiegrefe betonte, daß Ristock ein „gutes Gewissen“ habe und sich heute vor Journalisten detailliert zum Sachverhalt äußern werde.

„Frieden und Freiheit untrennbar“

Horst Niggemeier, Vorstandsmitglied der IG Bergbau, richtet warnende Worte an die SPD

WERNER KAHL, Bonn

Ein Auftreten mit Kommunisten bei Friedensmärschen in der Bundesrepublik dient nach Ansicht des nordrhein-westfälischen SPD-Politikers und führenden Mitglieds der IG Bergbau und Energie, Horst Niggemeier, weder der Friedenssicherung noch dem Schutz der Freiheit unseres Staates. Mit diesem Bekenntnis wandte sich Niggemeier am Wochenende in Bonn auf der Herbsttagung des überparteilichen „Arbeitskreises Sicherung des Friedens“ gegen zunehmende Tendenzen in seiner Partei zu Aktionsmaßnahmen mit der DKP. Bei der Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen hatte Niggemeier, der Bürgermeister von Datteln ist, in seinem bisher von der CDU gehaltenen Wahlkreis sogar 9,6 Prozentpunkte hinzugewonnen und verfügt dort über eine SPD-Mehrheit von 53 Prozent.

„Ich frage: Wo kann der Sinn darin liegen, wenn ich als Sozialdemokrat neben einem Kommunisten an einem sogenannten Friedensmarsch in der Bundesrepublik teilnehme?“, sagte Niggemeier auf der Tagung im „Haus der Evangelischen Kirche“ in Anwesenheit von Bundesverdienstmedalisten Manfred Wörner, Staatsminister Friedrich Vogel (Vorstand des Arbeitskreises) und dem ehemaligen Generalinspektor der Bundeswehr, Ulrich de Maizière. „Der eine hat in

seinem Marschgepäck den Grundwert Freiheit“, erläuterte Niggemeier seinen Vergleich, „der andere läßt seine ungebrochene Freiheitsfeindlichkeit dort erkennen, wo er sich – wie das aus dem DKP-Programm mühelos herauszulesen ist – ausdrücklich zur Politik der Sowjetunion bekennt“. Wer diese weltpolitische Realität mit der gemeinsamen Sehnsucht nach Frieden überdecke, begebe sich in Gefahr, „unsere Freiheit auf's Spiel zu setzen“. Mit der Zwangsvereinigung von KPD und SPD 1946 in der Sowjetischen Besatzungszone habe die SPD erfahren, daß es ohne Freiheit keine Demokratie und „damit auch keine Sozialdemokratie“ gebe.

Auf der Tagung des Arbeitskreises, der sich nicht als Gegenorganisation zur „Friedensbewegung“ versteht, sondern verstärkt um eine ideologische, freie überparteiliche Aufklärung bemüht sein will, wurde auch an die Haltung der SPD-Vorsitzenden Kurt Schmied und Willy Brandt in den fünfziger und sechziger Jahren erinnert. Bei dem heute so aktuellen Thema „Frieden und Freiheit“, den Schmied 1950 in Stuttgart angesprochen habe, heute die „deutliche Beschreibung des untrennbaren Zusammenhangs zwischen Frieden und Freiheit“, kritisierte Niggemeier Redner, ohne Namen zu nennen. Schmied habe aus bitterer Erfahrung

mit der politischen Strategie der sowjetkommunistischen Weltmacht davor gewarnt, „diese Art von Friedenspropaganda zu akzeptieren, die ja zu dem Zweck der Lähmung und Zersetzung der seelischen und willensmäßigen Kräfte in Westdeutschland von den Kommunisten infiltriert wird“. Parallelen zur heutigen Friedensdiskussion seien „von wachen Bürgern“ sogleich zu erkennen, fügte Niggemeier hinzu. Der SPD-Politiker beklagte es ausdrücklich, daß nicht wenige Bürger die zur Abschreckung aufgestellten Waffensysteme inzwischen als größere Bedrohung empfänden als die gegen Westeuropa gerichteten Raketen der Sowjets.

Der Staatsminister im Bundeskanzleramt, Friedrich Vogel, hob das „hohe Maß an Gemeinsamkeiten“ zwischen Sozialdemokraten, Christdemokraten, Freien Demokraten und Kirchenvertretern beider Konfessionen zum Thema Friedenssicherung in Freiheit hervor. Der Vorsitzende des Arbeitskreises, Professor Günter Brakelmann (SPD), sprach die Erwartung aus, daß pauschale Verdächtigungen politisch Andersdenkender in den Gruppen des Arbeitskreises keinen Nährboden finden und bei der Suche nach einem breiten Konsens über einen Frieden in Freiheit schon bei der Generation der 12- bis 14-jährigen begonnen werde.

Kopelew schildert den Einmarsch der Roten Armee

Nea Mainz

Zum erstenmal wird der jetzt im Westen lebende russische Dichter Lew Kopelew, vor 40 Jahren Offizier der Roten Armee, im Fernsehen aus seiner Sicht und Erinnerung den Einmarsch der sowjetischen Truppen in Ostpreußen 1944 schildern. Kopelew, der am kommenden Samstag in der neuen ZDF-Sendereihe „Damals“ auftritt, die sich in Wochenschauausschnitten und Interviews mit den Ereignissen vor 40 Jahren beschäftigt, hat sich damals aktiv gegen Übergriffe und Grausamkeiten seiner Landsleute zur Wehr gesetzt.

Hoher Orden für Schalck-Goldkowsky

brk, Berlin

Der erfolgreiche Vermittler der beiden jeweils eine Milliarde und 950 Millionen D-Mark hohen, beliebig verfügbaren Kredite an die „DDR“-Staatssekretär Alexander Schalck-Goldkowsky (SED), erhielt jetzt einen der höchsten Ostberliner Orden. Der Verhandlungspartner von Franz Josef Strauß und Kanzleramtsminister Philipp Jenninger bekam anläßlich des 35. „DDR“-Geburtstages den „Großen Stern der Völkerfreundschaft“. Wie berichtet, war der Chef der für die bankmäßige Abwicklung beider Kredite federführende „Deutsche Außenhandelsbank AG“, Werner Polze, mit der eine Stufe unter dem Schalck-Orden angesiedelten Gold-Stufe des „Sterns der Völkerfreundschaft“ dekoriert worden.

Schalck arbeitet im Außenhandelsministerium der „DDR“ und ist der wichtigste Devisenunterhändler Ost-Berlins. Bei mehreren geheimen Treffen mit Jenninger bereitete er im Verlauf des vergangenen Sommers einige einseitig von Ost-Berlin erklärte Reiseerleichterungen für „DDR“-Reisende und -besucher aus der Bundesrepublik vor.

Barzel: Kein Geld von Flick bekommen

DW, Bonn

Der parlamentarische Untersuchungsausschuß zur Flick-Partei-spendenaffäre soll sich nach einem Bericht der „WELT“ am SONNTAG auf Drängen von Abgeordneten der SPD und der Grünen mit der Frage befassen, ob Bundestagspräsident Rainer Barzel Geld von Flick erhalten hat. Akten hätten ergeben, daß Flick an eine Frankfurter Anwaltssozietät in den Jahren 1973 bis 1981 zeitweise 25 000 Mark pro Monat bezahlt habe. Barzel war seit seinem Rücktritt als CDU-Vorsitzender 1973 in der Kanzlei tätig. Insgesamt seien in dieser Zeit 1,7 bis 1,8 Millionen Mark von der Firma Flick an die Sozietät überwiesen worden.

Barzel: „Ich habe kein Geld von Flick bekommen.“

DIE WELT (ISSN 623-5970) is published daily except Sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 345,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07632 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 540 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.



R. H. J. Wabrich, AVIA-Tankstellen, Wabrich GmbH, Hamburg

„Ich bezahle im Geschäft mit der Karte von American Express, wo immer es geht. Darum seh' ich es gern, wenn meine Kunden genauso handeln.“

„Jemand hat mal gesagt: Wer viel von Geld versteht, hat wenig bei sich. Seit ich die Karte von American Express habe, kann ich das nur bestätigen. Wozu riskant viel Geld zeigen, wenn die Karte genügt? Man unterschreibt und bezahlt ganz einfach mit seinem guten Namen. Und bei American Express merkt man, daß es bei uns in Deutschland das am meisten verbreitete Karten-System ist. Das Publikum, das bei mir mit der Karte von American Express bezahlt, weiß ich darum sehr zu schätzen. Es hat Geschmack und einen gewissen Stil, der mir liegt.“

Dazu gehört, daß man wirklich nicht viel Geld bei sich tragen muß, um viel davon zu verstehen.“



Ihren persönlichen Auftrag für die Karte von American Express erhalten Sie bei unseren fast 40.000 Vertragspartnern. Oder rufen Sie uns einfach an: (069) 72 00 16.

American Express. Die Karte. Bezahlen Sie einfach mit Ihrem guten Namen.



Typenrat.

Unser guter Rat:
Elektronische Schreibmaschinen mit Typenrad.
Von Triumph-Adler.

Egal, welcher Typ Sie sind –
ob technisch anspruchsvoll,
preisbewußt oder kritisch –
Triumph-Adler hat auch für Sie das Richtige.

Schon im Jahre 1905 standen unsere Schreibmaschinen
auf der Bestseller-Liste.
Vor 80 Jahren gehörten wir zu den Ersten,
heute zu den Besten.

Mit der Entwicklung der „neuen Klasse“
wollen wir diesen Anspruch
erneut unter Beweis stellen.
Holen Sie sich doch mal
den richtigen „Typenrat“!



TA TRIUMPH-ADLER

Die deutsche Leistung –
dahinter steht der qualifizierte Fachhandel.



Wandel im Parteienverständnis: Die Jugend Amerikas gibt sich konservativ

Reagans Popularität trägt dazu bei / „Realignment“ als Merkmal der US-Geschichte

TH. KIELINGER, Washington
Die Umfrageergebnisse zum wahrscheinlichen Ausgang der Präsidentschaftswahl in den USA zeigen seit einiger Zeit eine bemerkenswerte Konstanz. Diese ist für das Lager der Demokraten, für den Herausforderer Walter Mondale, nicht sehr schmeichelhaft. Wie unverändert steht eine große Wählermehrheit hinter dem Amtsinhaber Ronald Reagan. Er führt wahlweise mit 15 oder 26 Punkten.

Der interessanteste Aspekt ist nun, was diese stabile Mehrheit für die Republikanische Partei, die Konservativen, insgesamt bedeutet. Bekanntlich sagt der Einzug ins Weiße Haus nicht unbedingt, daß der Partei des Präsidenten damit neue Machtzufuhr zufließt. Richard Nixons Erdbeben im Jahre 1972 beispielsweise brachte den Republikanern lediglich 17 neue Sitze in der Wahl für das Repräsentantenhaus – lange nicht ausreichend, die Erbhofenheit der Demokraten zu brechen. In der Tat haben die Demokraten seit mehr als 30 Jahren den Kongress erdrückend dominiert. Im Repräsentantenhaus besaßen die Republikaner zum letzten Mal in der Legislaturperiode 1954-56 die Mehrheit. Erst 1980 konnten sie im Senat die Macht zurückerobern.

Notorische Nichtwähler

Es gibt Anzeichen, daß sich etwas in den traditionellen Parteienverständnissen der amerikanischen Wähler. Das deutlichste Indiz kommt aus den Reihen der Jugend und der unter 35 Jahre alten Wählergruppen. Hier hat sich eine spürbare Verschiebung zu Reagan und zur Philosophie der Republikaner angebahnt.

Die letzte Yankelovich-Umfrage unter 18- bis 24-Jährigen ergab 63 Prozent Zustimmung für Reagan, 18 Prozent für Mondale. Die nächste Gruppe – 25- bis 34-Jährige – ergab immer noch ein günstiges 56:24-Votum für den Republikaner. Freilich muß noch abgewartet werden, ob sich diese Zustimmung in Stimmabgabe ummünzt. Die jüngeren Wählergruppen sind notorische Nichtwähler – nur 35 Prozent der 18 bis 24-Jährigen wahlberechtigten machten 1980 von ihrem Recht auch Gebrauch. Eine Wandlung macht sich auch

bemerkbar, wenn bei der Jugend nach philosophischen Trends zu den Parteien gefragt wird. Die einstmalige überwiegende Loyalität für die Liberalen bröckelt sichtlich ab. Umfragen von CBS, „New York Times“ die das ganze Jahr über diesen Trend verfolgen (und beides sind liberale Medien-Hochburgen), haben bis jetzt schon ergeben, daß der Zustimmungsvorsprung von 44:19 Prozent, den die Demokraten noch 1980 genossen, auf 38:30 gesunken ist.

Soziologisch meldet sich in dieser Zuwendung der Jungwachsenen zu Reagan und den Konservativen der Anmarsch der „Baby-boom“-Generation an, jener Gruppe der zwischen 1946 und 1964 geborenen Amerikaner, die heute 74 Millionen aller Wahlberechtigten stellen. Diese Generation hat den Zusammenbruch der alten Eliten durchlaufen, sie profitiert von dem machtpolitischen „Allegegen-alle“, das nach Vietnam und Watergate an der Tagesordnung ist, und läßt sich von der Entfesselung neuer Marktwirtschaftsprinzipien, wie sie Reagan und die Konservativen predigen, in Beruf und Karriere ziehen.

„Young upwardly mobile professionals“, kurz „Yuppies“ genannt – diese jungen, mobil hochstrebenden Berufstätigen hatte bereits der Demokrat Gary Hart im Vorwahlkampf als seine Zielgruppe erwähnt.

Aus dem Boden der Karriereorientierung dieser Wähler wird die traditionell schon dünn gewordene Parteiloyalität unter den Amerikanern weiter aufgeweicht. Gefragt wird nicht nach den alten Etiketten, sondern nach Werten, in denen sich „die neuen Amerikaner“ wiedererkennen: Patriotismus, ein starkes Amerika, Unternehmertum und ein soziales Gewissen, das nicht mehr so demonstrativ schlägt wie zu Zeiten des New Deal. Auf diesen Katalog der geistigen Zuordnung muß sich der US-Politiker anno 1984 ausrichten.

Hier ist Ronald Reagan und sein konservativer Populismus zu Hause. Er verspricht „High Tech“, nicht „high taxes“ (hohe Steuern) und spricht ständig das Selbstvertrauen an, nicht die Malaise, Leistung, nicht die Möglichkeiten des Fehlschlags. Die Jugend fühlt sich mitgerissen. Zwischen den Konservativen und den „Baby Boomers“ scheiden sich die Wege dagegen im Bereich der Sit-

ten und der gesellschaftlichen Norm. Die „Yuppies“ tendieren eher zur Permissivität, vertreten das Recht auf Abtreibung und die Einführung einer Verfassungsänderung zur Gleichberechtigung der Frau. Alles Ziele, die Ronald Reagan bekämpft. Doch hat sich bisher dieses Trennende noch nicht zwischen der Liebessaffäre von Jung und Konservativ in den USA geschoben.

Eine Koalition zerbricht

Solche „realignments“, das sind Verschiebungen der parteipolitischen Zuordnung, hat es in größeren Abständen quer durch die US-Geschichte gegeben. Die „Jacksonian Democracy“ brachte ab 1828 für Jahrzehnte die Demokraten zu ihrer ersten Dauerstellung. Lincolns Kreuzzug gegen die Sklaverei ließ 1860 das Land in republikanische Richtung gehen. Mit Roosevelts Sieg 1932 bahnte sich der New Deal seinen Weg in die Herzen der Amerikaner und verhalf den Demokraten zu ihrer längsten Herrschaftsperiode.

Aber die gewinnende Koalition des New Deal zeigt seit mindestens zwanzig Jahren Risse. Heute sind es Erbschaften – die Koalition zerbricht. 1964 fiel zuerst der Süden ab, damals zum Lager Barry Goldwaters. Weitere Überläufe kamen später aus den Reihen der ethnischen Minderheiten und der katholischen Wähler.

Schon bei der Wahl von 1968 ergab der addierte Stimmenanteil von Richard Nixon (43,4 Prozent) und George Wallace, der als unabhängiger Südstaatler in den Wahlkampf zog (13,5 Prozent), die Umrisse einer „Neuen republikanischen Mehrheit“, wie Kevin Phillips in seinem berühmten Buch von 1969 schrieb.

Der überwältigende zweite Sieg Richard Nixons im Jahre 1972 hätte diese Entwicklung gewiß fortgesetzt, wenn nicht Watergate einen Bruch aufgeworfen und die Wähler gewissermaßen in Konfusion gestürzt hätte. Das Ergebnis war die Wahl eines Demokraten, Jimmy Carters, für den auch der Süden noch einmal in den Kampf zog. Doch zum vorerst letzten Mal. Erneut ging das Land 1980 in konservative Richtung, und die hohe Popularität Ronald Reagans scheint diesen Trend festzuschreiben.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Gefährliche Mischung

„Tausend kleine Bösen“: WELT vom 29. September

Wenn man das grüne Wählerpotential analysiert, dann ergibt sich eine kuriose Mischung. Trotzdem darf man sie nicht mit den französischen oder dänischen Alternativen verwechseln, deren Protestparteien bald wieder verschwanden, denn Strategie und Taktik der Grünen sind eindeutig vom Ostblock gesteuert.

Das Wählerpotential rekrutiert sich zu 30 Prozent aus den „Schlotterern“, denen man von der Pershing 2 bis zum Formaldehyd jeden Unsinn einreden kann um sie in Angstschweiß zu versetzen. Weitere 30 Prozent bilden die Kurzschnüldenker, die ihre berechtigten Umweltorgane bei den Grünen am besten aufgehoben glauben. 40 Prozent jedoch rekrutieren sich aus den Verspielen, zumeist jungen Leuten, denen es einfach Spaß macht, es „denen da oben“ mal zu zeigen. In ihnen dokumentiert sich die jahrelang gelehrte „Ohne-mich-Mentalität“.

Sie sind, was die Freiheit und die Demokratie betrifft, mit dem silbernen Löffel im Mund geboren und vermögen deren Werte nicht einzuschätzen, weil sie ihnen selbstverständlich sind. Sie wollen sie auch nicht aufs Spiel setzen, aber da sie Deutsche sind, fehlt ihnen der politische Instinkt zu begreifen, was zu verspielen sie in der Lage sind. Sie reden zwar unabhängig von Nicaragua, Südafrika und allen Weltproblemen, von denen sie nichts verstehen, die aber möglichst weit entfernt liegen, obwohl sie den Verlust von Freiheit und Demokratie vor der Haustür, nur ein paar Kilometer hinter der Zonengrenze, studieren könnten. Aber diesen Blickwinkel haben ihnen schon während der Schulzeit ihre Lehrer und Pastoren verleiht.

Und wenn sie vom Häufung der Friedensbewegung, dem Genossen Jo Leinen hören, man wolle unseren Staat unregierbar machen, dann rufen sie „au fein“, und wählen die Grünen.

Daß wir es schon wieder einmal mit einem Millionenheer von unpolitischen Mitläufern zu tun haben, deren Votum gefährlich ist, werden wir spätestens dann merken, wenn die Strategen aus dem Ostblock die große Kampagne der „Friedenssicherung durch deutschen Neutralismus“

starten. Dann wird es ernst im Staat, denn dann wird das Potential der grünen Mitläufer noch um etliche Millionen konservativer Ignoranten verstärkt, die in der deutschen Neutralität zwischen Ost und West die letzte Chance zur Wiedervereinigung erträumen.

Mit besten Grüßen
H. W. v. Bischoffshausen,
Wentorf

Ohne Kontrolle

„Brennender“: WELT vom 29. September

Meines Erachtens kann General Jaruzelski dem Kirchenfonds zur Unterstützung der privaten Landwirtschaft nicht zustimmen.

Eine kommunistische Planwirtschaft kann es sich wohl kaum leisten, daß ein solcher Fonds ihrer Kontrolle weitestgehend entzogen ist. Die plötzliche Nachfrage jedoch, die durch das Vorhandensein der Gelder ausgelöst wird, soll von der Planwirtschaft befriedigt werden. Das halte ich für unmöglich.

Zum anderen (und das scheint mir der wichtigste Punkt) geht es den polnischen Privatbauern im allgemeinen, an der Stadtbevölkerung gemessen, gut. Sie haben nicht das geringste Interesse daran, produktiver zu arbeiten, dem eigentlichen Ziel des Agrarfonds, da für sie selbst nichts dabei herauskommen kann. Sie wurden vom Staat zu Selbstversorgern erklärt und rangieren noch hinter den Rentnern bei der Zuteilung des kontingentierten Warenangebots, einschließlich Babybekleidung und Winterkleidung. So schafft das System scheinbar einen Ausgleich innerhalb der Bevölkerung. Man kann ein selbsterlebtes Beispiel beliebig abwandeln: Bauern aus dem entlegenen Masuren sind mit dem Trecker

Wort des Tages

„Ich wundere mich am meisten, wenn ich sehe, wie niemand auf der Welt sich über seine Schwäche verwundert.“
Blaise Pascal: frz. Philosoph und Mathematiker (1623-1662)

Personalien

EHRUNG

tagelang nach Katowitz unterwegs, um Kartoffeln gegen Kohle zu tauschen.

Die Situation erinnert sehr stark an die Zeit bei uns vor der Währungsreform, und ich kann beim besten Willen nicht einsehen, was ein kirchlicher Agrarfonds daran ändern könnte. Er würde bei der geplanten einseitigen Verwendung die Kluft innerhalb der Bevölkerung nur vergrößern. Dem darf der General nicht Vorschub leisten.

Mit freundlichem Gruß
J. Niehaus,
Erbach

Mit Befremden

Sehr geehrte Damen und Herren, als Berliner bemerkt man mit Befremden, daß ein Mitglied der Hessischen Landesregierung dem Kommandeur einer amerikanischen Armee-Einheit Vorhaltungen macht.

Ich frage mich, ob im Bundesland Hessen vergessen wird, warum die amerikanischen Truppen überhaupt in Deutschland stationiert sind. Sie sind hier, weil unsere gewählte Volksvertretung diese Anwesenheit wünscht, und weil die amerikanische Regierung bis jetzt diesen Schutz zur Verfügung stellt.

Jedermann weiß, daß Westeuropa aufgrund der vielen nationalen Egoismen nicht allein die Sicherheit der Bundesrepublik und von West-Berlin garantieren kann. Dazu brauchen wir und wünschen wir uns die Amerikaner. Wenn die Amerikaner ihre Truppen abziehen, wäre Herr Börmers vermutlich nicht mehr Ministerpräsident eines freien Bundeslandes. Und Berlin würde in seinen Westsektoren auch keine freiheitliche Ordnung mehr haben.

Das öffentliche Kritizieren derjenigen, die zu unserem Schutz in Deutschland sind, wird in USA die Fraktion um Senator Nixon stärken, der die Sicherung der Freiheit Westeuropas den Europäern überlassen will, die das aber allein nicht können. Nach dem Austritt der hessischen Innenminister hätte Ministerpräsident Börmers im Interesse der Bundesrepublik und Berlins die Dinge geraderücken müssen. Warum hat er das nicht getan?

Mit freundlichem Gruß
H. U. Ahlshagen,
Berlin 38

VERANSTALTUNG

Gerhard John, Generalmajor und Kommandeur der 3. Luftwaffendivision in Kalkar, unterstrich zum Abschluß einer deutsch-amerikanischen Konferenz die Bedeutung der Begegnung von Menschen aus den USA und der Bundesrepublik zum Kennenlernen und besseren Verstehen. An der vom Jugendoffizier der Division, Hauptmann Ulrich Tillmanns, und dem Presseoffizier, Oberstleutnant Horst Jerolim, organisierten Begegnung nahmen aus dem Stabe des früheren US-Außenministers Henry Kissinger und des Senators Edward Kennedy Mitarbeiter teil und ein Berater von Präsident Ronald Reagan.

Der Chirurg Professor Paul Sunder-Plassmann, durch chirurgische Pionierleistungen bekannt geworden, starb, wie erst jetzt bekannt wurde, Ende September in Münster im Alter von 79 Jahren. Dem deutschen Arzt war 1961 zum ersten Mal in der Bundesrepublik die Einpflanzung eines Herzschrumpfmachers gelungen und 1965 die erstmalige Transplantation der Niere eines Toten bei einer Patientin mit chronischem Nierenversagen. Bis zu seiner Emeritierung im Jahr 1973 leitete Sunder-Plassmann 27 Jahre lang die Chirurgische Universitätsklinik in Münster.

Ein Buch, das neue Maßstäbe setzt. Die Chronik der Menschheit.

Zum Abschluß der großen Chronik-Trilogie ist in diesem Herbst als dritter Band erschienen: Die »Chronik der Menschheit«.

Die »Chronik der Menschheit« bietet auf 1216 Seiten einen genauen und übersichtlich geordneten Abriss der Menschheitsgeschichte.

Kalendarien bringen die historischen Daten aus fünf Kontinenten miteinander in Zusammenhang. Über 5000 in sich abgeschlossene Einzelbeiträge beschreiben alle wichtigen Ereignisse der Menschheitsgeschichte.

Mehr als 3600 Abbildungen, Karten und Schaubilder führen vor Augen, wie die Geschichte unserer Welt von den Taten und Untaten einzelner Menschen geprägt worden ist.

Zusammen mit der »Chronik des 20. Jahrhunderts« und der »Chronik der Deutschen« liegt damit eine einzigartige Dokumentation vor – von den Anfängen der Menschheit bis zu unseren Tagen.

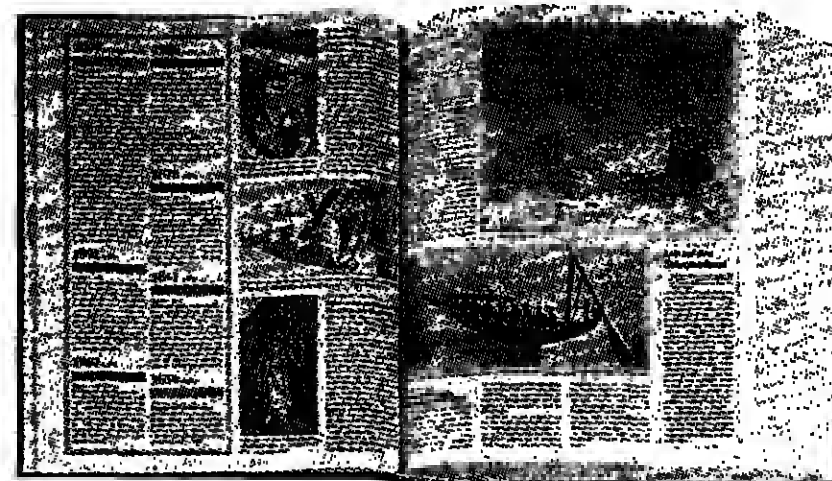
1216 Seiten, über 3600 Abbildungen. Durchgehend vierfarbig. Ganzleinen. Geschenkschuber. – Subskriptionspreis bis zum 31. 1. 1985 nur

Sparen Sie jetzt **98,50 DM** statt 30,- DM

Ab 1. 2. 1985: 128,- DM



In seinem Beitrag »Ausblick in die Zukunft« analysiert Robert Jungk die derzeitige Situation des Menschen: »Zwischen Untergang und Überlebenshoffnung.« Er nennt die hauptsächlichen Probleme der nächsten Jahre: »Fünf Herausforderungen – fünf Antworten.« Und er gibt eine Prognose für die weitere Entwicklung der Menschheit: »Signale einer anderen Zukunft.«



Die Konzeption der »Chronik der Menschheit« folgt dem Konzept der bereits erschienenen Bände der Chronik-Edition.

Der Hauptteil informiert in chronologischer Reihenfolge über alle wichtigen Ereignisse der Weltgeschichte.

Der Länderteil beschreibt die Geschichte aller rund 180 heute selbstständigen Staaten der Erde. Der Anhang bietet eine Viel-

zahl von Übersichten, z. B. über Päpste, Kaiser, Könige und Zaren, über die Staatsmänner wichtiger Länder, über alle Nobelpreisträger, über die großen Erfindungen und Entdeckungen.

Subskriptionspreis: 98,50 DM. Später kostet dieses Werk 128,- DM.

Sie sparen also fast 30,- DM, wenn Sie das Buch jetzt vor Weihnachten zum Subskriptionspreis erwerben.

Band 1 und 2 der großen »Chronik«-Edition



Fernsehpublisher Thilo Koch über die »Chronik des 20. Jahrhunderts«:

»Das Jahrhundertbuch über unser Jahrhundert.«

Die »Chronik des 20. Jahrhunderts« ist eine unvergleichliche Dokumentation über alle wichtigen Ereignisse unseres Jahrhunderts. Ein Buch, das unsere Geschichte zum persönlichen Erlebnis macht. Über 1200 Seiten, mehr als 3300 Abbildungen, durchgehend vierfarbig, Geschenkschuber. Völlig überarbeitete und ergänzte Ausgabe, aktualisiert bis zum 31. 3. 1984. 128,- DM.

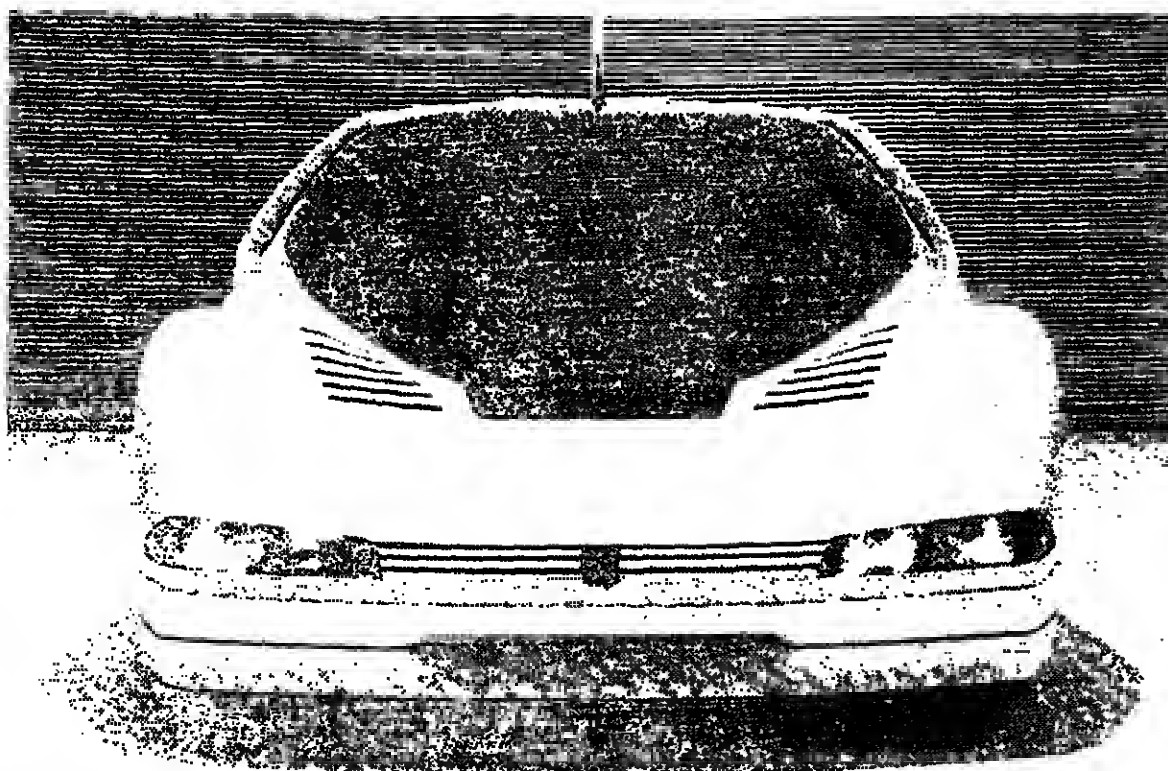


Fernsehpublisher Peter von Zahn über die »Chronik der Deutschen«:

»Dieses Buch ist objektiv, würdig und wahr.«

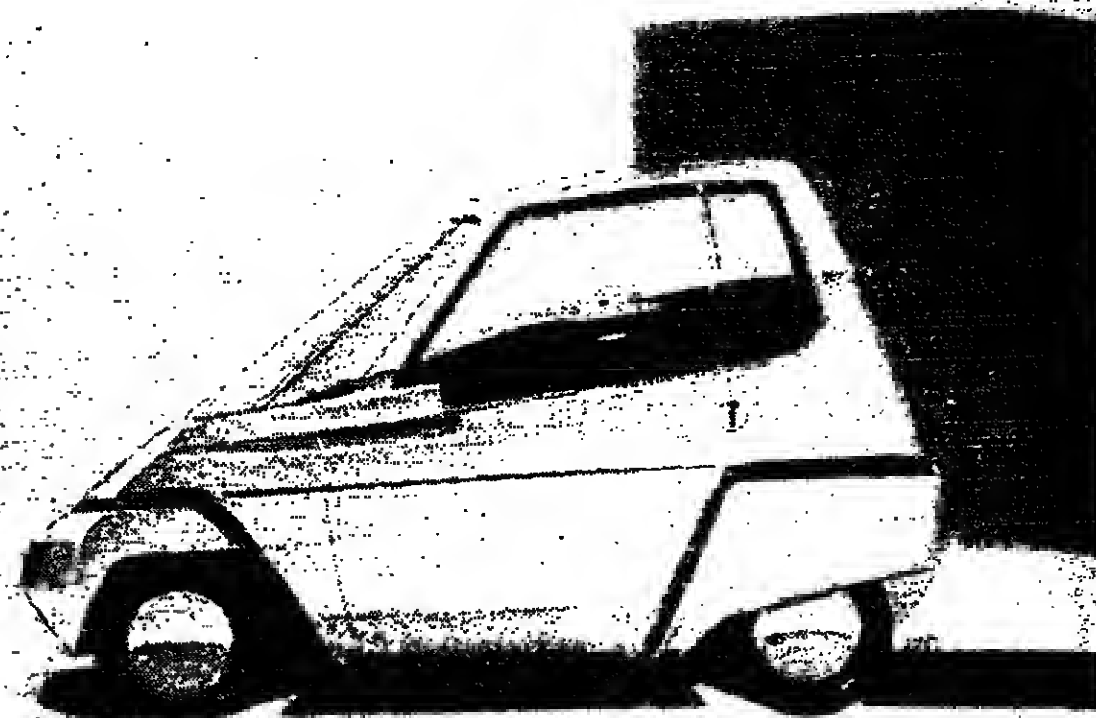
Die »Chronik der Deutschen« enthält Daten und Taten unserer Geschichte so klar, so übersichtlich und so greifbar nahe wie kein anderes Buch. Ein Handbuch für die ganze Familie. Über 1200 Seiten, mehr als 2000 Abbildungen, durchgehend vierfarbig, Geschenkschuber. 128,- DM.

Überall, wo es Bücher gibt.



Diese gewagte Studie eines zweisitzigen Sportwagens wurde im Peugeot Styling-Center La Garenne entwickelt. Auffallend an diesem Forschungsauto sind die großen Glaspartien. FOTO: DIE WELT

Sie machen manchmal Kunst für Millionen, aber oft zeichnen sie für den Papierkorb und tiefe Schubladen. Designer, Stylisten, Konstrukteure der Automobilunternehmen werden gefeiert und in den Himmel gehoben, aber ebenso oft wegen der Uniformität ihrer Entwürfe kritisiert. Dabei hätten wir die originellsten Karossen im alltäglichen Straßenbild, wären da nicht die Zwänge, Vorgaben und Notwendigkeiten, die diese Autoschöpfer berücksichtigen müssen.



Daimler-Benz-Designer entwarfen auf dem Papier auch einen Mini. Für den Serienbau kam diese pfiffige Kleinwagenform allerdings nie in Frage. Mercedes bleibt bei seinem Programm. FOTO: DIE WELT

Die originellsten Autos laufen nie vom Band

Von HEINZ HORMANN

Das gleißende Licht der aufblühenden Spots taucht die weißen Stellwände auf Rollen in gradenlose Heligkeit. Jeder Strich, jede Farbnuance auf den angehefteten Skizzen wird deutlich. Die Gruppe der Ford-Manager um Vice President Uwe Bahnsen begutachtet sorgfältig Entwürfe und Detailzeichnungen, die mit Filzstiften zu Papier gebracht wurden. In der Fachsprache „Renderings“ genannt, erste Testversuche mit künstlerischer Freiheit. Extrem flächendeckende Linien, der Vorderwagen wie ein Haifischmaul. Daneben ein Auto mit hochgezogenem Fahrerraum und rechts davon originelle El- und Trapeskarosserien. In einer Ecke der Studios schließlich ein futuristisches Modell, eine Dreiradausführung wie aus dem „Krieg der Sterne“-Futurpark. So unterschiedlich die Skizzen sind, sie haben die selbe Zielsetzung: Ein Auto der neunziger Jahre. Ideenflug ohne Grenzen. An Vorgaben gibt es lediglich die Größenordnung des zukünftigen Modells, mehr nicht. Später, wenn die entscheidenden Punkte des Lastenhefts, die Kalkulation der Kaufleute, die Umsetzbarkeit, das Diktat des Windkanals und nicht zuletzt die gesetzlichen Sicherheitsbestimmungen den Rahmen eng abstecken, nähern sich die Entwürfe automatisch dem Gewöhnlichen.

Die Noten für die oft atemberaubenden, aber kaum realistischen Schöpfungen dieser ersten Stunden werden von den Herren in Mausgrau und Managerblau durch Anerkennung, unverhohlene Skepsis oder mildes Lächeln verteilt. Dennoch: Würden auch nur einige dieser Studioarbeiten später einmal fertig vom Band rollen, wäre das automobils Bild auf unseren Straßen erheblich bunter und abwechslungsreicher. Die Uniformität, die Ähnlichkeit in den einzelnen Modellreihen der Marken, aber auch der häufige Gleichschritt der Linienführung bei konkurrierenden Unternehmen wird von Experten und Durchschnittskunden manchmal kritisiert. An den Designer-Teams der großen Firmen und der kleineren Modellschneider liegt es gewiss nicht. „Wenn wir ein so originelles, aber nicht für das Verkaufsprogramm geeignetes Fahrzeug bauen würden“, sagt der Daimler-Benz-Chefstylisten Bruno Sacco, „hätten wir nur einen einzigen Vorteil, nämlich das absolut Besondere, sonst aber nur Nachteile. Für unsere Studioarbeit gilt daher, ein Maximum an Ausgewogenheit zu erzielen und keine geschmacklichen Extreme. Aber auch mit dieser Vorgabe werden noch einige tausend sehr unterschiedliche Skizzen entworfen.“

Mercedes hat eine Erweiterung der Modellpalette nach oben und nach unten durchgespielt mit Designer-Ideen, die Schubladen füllen. Da gab es winzige Minis mit pflügenden Karosserien, Mittelklassewagen mit Abrissheck und Repräsentationsfahrzeuge in amerikanischer Größenordnung. Doch schon bei der Programmengenehmigung, dem nächsten Schritt im Werdegang eines Autos, da waren die Alternativentwürfe so ausgewählt, daß sie alle in die Gesamtphilosophie des Stuttgarter Unternehmens paßten.

Bruno Sacco glaubt, daß nicht im technischen Detail, aber in der Gesamtausführung der Modelle mit der Zeit eine Angleichung selbstverständlich war. Die gewaltigen Designsprünge in Form und Linien vor

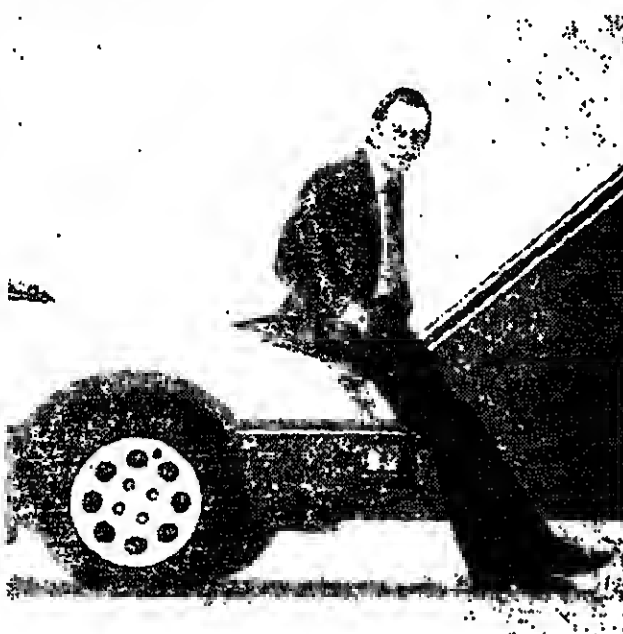
naut-Fahrzeuge spürbar. Zehn Jahre später prägen die Stylisten die Richtung durch immer längere Motorhauben. Die Kotflügel wurden zum herausragenden Merkmal. Die Einflüsse des Jugendstils fanden den Höhepunkt in den klassischen Autoformen der dreißiger Jahre. Ein Styling, das heute bereits als Kunstwerk betrachtet wird.

Demgegenüber sind die Einflüsse des Kubismus und der Forderung nach reinen klaren geometrischen Formen erst Mitte der zwanziger Jahre feststellbar. Ein typisches Beispiel das damalige Adler-Mobil. Entworfen wurde das Fahrzeug von einem der führenden Träger dieser Richtung, Walter Gropius. Später wird bei den folgenden Typen mehr und mehr die Kabinenform runder und gestreckter,

In den letzten Jahren kamen die Designer über die Slimline und Keilform immer häufiger zur Aeroform, die im Windkanal geprägt und oft mit Computerunterstützung im Detail errechnet wurde.

Trotz der zwangsläufigen Ähnlichkeit, weil die Werte sich von Firma zu Firma ja nicht ändern, wurde eine der drei wichtigsten Vorgaben für die Teams in den Studios aller Unternehmen der markentypische Wiedererkennungseffekt. Drei Design-Chefs sagen aus ihrer Sicht, was damit gemeint ist.

Bruno Sacco: „Alle Arbeiten müssen so ausgerichtet sein, daß das Fahrzeug auch ohne Kühlergrill und Stern immer als ein Modell von Mercedes erkannt wird. Dieser Leitgedanke schließt ein, daß in der Form-



Uwe Bahnsen, Design-Chef des Ford-Konzerns in Europa, leitete die Vorarbeiten für den Sierra.



Bruno Sacco, Mercedes-Benz-Chefdesigner, zeigt ein Demonstrationsmodell. FOTO: DIE WELT

dem Krieg, der ständige Wechsel zwischen Ecken und Rundungen habe sich automatisch abgeschliffen.

Das wird bei einem kurzen Abriss vom ersten Auto bis zur heutigen Karosserieform spürbar.

In den Jahren des Ford „T“-Modells (nach 1905) bestimmt die Gestaltstruktur der ersten Kabinenform die Phase der Entwicklung. In der nächsten Zeit bleiben Kunststrichungen nicht ohne Einfluß auf die Gestaltung. Der Jugendstil beispielsweise, fand schon im ersten Jahrzehnt seine Anwendung. Die fließende Formensprache kam der Dynamik des Autofahrens entgegen. Besonders ausdrucksstark wurde das in den geschwungenen Kotflügeln und Trittbrettern dargestellt und in der gesamten Gestaltung der ersten Re-

die klassische Form des Autos entsteht.

Erst 1955 kommen die Erkenntnisse der Aerodynamik hinzu. Citroën gelingt es erstmals dieses neue Wissen in eine gebrauchstaugliche Form zu bringen. Das war die Geburt des DS-Automobils. Der cW-Wert (Luftwiderstand) eines Audi oder Kadett wurde damals freilich bei weitem nicht erreicht.

Die nächsten Einflüsse in der Folge der Karosserie-Gestaltung führten zur Schalen- oder Buckelform. Das meistgebaute Auto dieser Art ist heute der Käfer. In Amerika geboren und von den Italienern zur Reife gebracht, entwickelte sich die formale Trapezlinie. Hierbei ist die auslaufende Heckkante die sich zu Überböhrungen geradezu anbot, charakteristisch.

gebung nichts riskiert werden kann, was zwar auffällig, aber dem Gesamtbild einer anderen Marke zugeordnet werden muß.“ Opel-Chefdesigner Hans Seer: „Die Umsetzung des aerodynamischen Konzepts verbunden mit markentypischen Details ist für uns ganz wichtig. Hinzu kommt, daß wir beispielsweise bei dem neuen Kadett dafür gesorgt haben, daß es dem bisherigen Käufer möglich ist, seinen alten Kadett hier und da wiederzuerkennen.“ Uwe Bahnsen: „Alle Fahrzeuglinien belegen eine Familienidentität. Allerdings haben sich die Identitätssymbole etwas verschoben. Nicht mehr bestimmte Details geben heute die Hinweise, sondern die gesamte Fahrzeugkonzeption. Der Vorder- und Mittelwagen und ein viel stärker integriertes aber ziemlich

prägnant geformtes Heck.“ Das wurde selbst beim vielleicht futuristischsten deutschen Auto, dem Sierra, spürbar. Der Abriss seiner Entwicklung macht den Aufwand der Formgebung deutlich: 1976 begann die Arbeit mit dem Zukunftsprojekt „Linda“. Die zweite Stufe war eine internationale Ausführung des Konzerns, Kennwort: „Tonit“. Neben dem Design-Studio in Köln beteiligten sich die Stylisten in Detroit und England ebenso wie das Studio Ghia in Turin. Es war dann schon ein gewagter Schritt, erstmals das Design mehr den erforderlichen Stromlinien aus dem Windkanal anzupassen als den Wünschen der Zeit und des Marktes. Nach der Entscheidung arbeiteten 2200 Designer, Ingenieure, Modellbauer und Flammingspezialisten fünf weitere Jahre an dem Projekt. Die Entwicklung verschlang 2,8 Milliarden Mark. An vielen Modellen aus Ton und Fiberglas wurde immer wieder die Formgebung überprüft. Der Sierra ist ein ganz seltener Fall, wo eines der Forschungsautos, die von den Firmen so gerne als Blickfang auf den Messeständen genutzt werden, im großen und ganzen in Serie ging. Meistens ist das nicht so. Wohl fließen häufig geübene Details und besondere Einrichtungsmerkmale in das Ideenbündel ein, doch gebaut werden diese Studien nicht, weil sie als zu ausgefallen für den breiten Kundengeschmack gelten. Ein typisches Kind dieser Situation ist der Junior von Opel.

Dieser zukunftsorientierte Mini, ein munterer Viersitzer mit einer Fülle interessanter technischer Lösungen, scheiterte, weil Opel bereits den Corsa im Programm hat und der Junior deutlich teurer würde. Ein ähnliches Schicksal erlebte der Ghia Barretta. Für diesen mit Beifall überschütteten reinrassigen Zweisitzer in klassischer Roadster-Form (voll verstellbares Dach und Seitenscheiben) errechneten Marketing-Spezialisten einen zu geringen Markt. Auch VW's Studie in gleicher Größenordnung der „Student“ hatte von vorne herein keine Zukunft. Man wolle nur Raumstudien ausprobieren und neue Materialien testen, erklärte das Unternehmen. An eine Serienfertigung für ein Auto unterhalb der Polo-Größe sei nicht zu denken.

Wo preisbewußte Autokäufer ihre reine Freude haben, lauert für die Hersteller das Risiko. Auch die originellsten Kleinwagen für wenig Geld bringen zu geringen Profit. Autos zum Träumen bleiben darum Spezialität der Designer. Ausgefallene Modelle, Gebilde mit Glaskuppel im Weltraumlook und aerodynamischer Haifischschnauze leben auch in der Zukunft nur auf dem Papier.



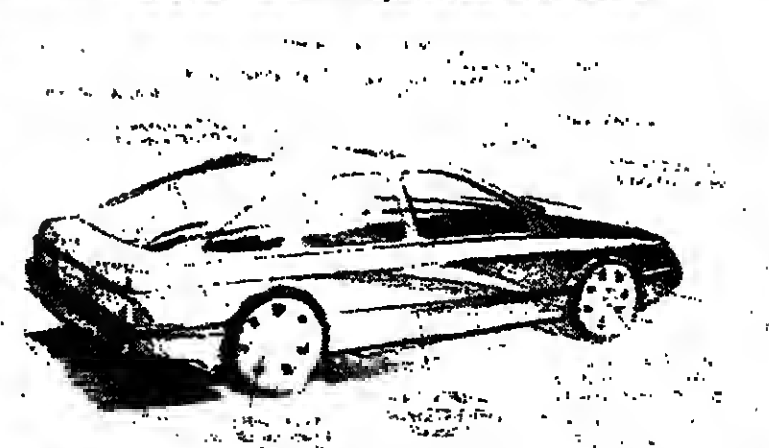
Der Ford-Ghia-Barretta wurde nie in Serie gebaut. FOTO: DIE WELT



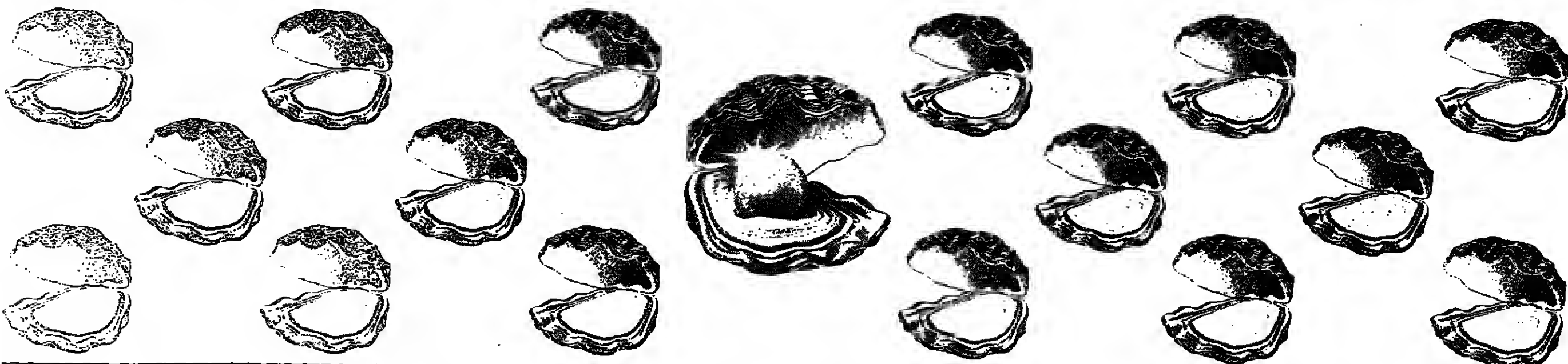
Der nächste Schritt nach den Skizzen ist das Tonmodell.



Auch der „Junior“ von Opel diente nur als Studie.



Nacharbeiten am Modell für eine sportliche Variante.



WIR BIETEN IHNEN
EINE PERLE UNTER DEN
ANLAGEWERTEN.

Wir wissen, wovon wir sprechen, wenn wir den DIFA-Fonds Nr. 1 eine Perle unter den Anlagewerten nennen.

Beim DIFA-Fonds Nr. 1 können Sie wirklich von einer Vertrauensbasis ausgehen, wie sie breiter kaum denkbar ist. Denn der DIFA-Fonds Nr. 1 kann sich auf 20.000 Bankberatungsstellen stützen.

Aber es ist nicht nur die breite Vertrauensbasis, die für den DIFA-Fonds Nr. 1 spricht, sondern auch sein Fundament – das Immobilienvermögen des Fonds steht buchstäblich auf festem Grund und

Boden. Dem einzigen, was sich auf dieser Erde nicht vermehren läßt.

Gleichzeitig bieten wir Ihnen mit dem DIFA-Fonds Nr. 1 Bequemlichkeit durch eine Fondsverwaltung, die in den besten Händen liegt. Wir kümmern uns um Kauf und Verkauf genauso wie um Vermietung und Betreuung der Immobilien.

Darum bezeichnen wir den DIFA-Fonds Nr. 1 zu Recht als Perle unter den Anlagewerten.

DIFA-Fonds Nr. 1 – keiner ist Ihnen näher.

Ich möchte alles über den DIFA-Fonds Nr. 1 wissen.

Name

Straße

PLZ/Ort

DEUTSCHE IMMOBILIENFONDS AG
Postfach 10 10 20, Adenauerallee 21, 2000 Hamburg 1



**Ulrich Buring, Betriebsleiter, sagt heute allen Betriebsleitern, warum die Firma Ernst Leitz Wetzlar
ein Unternehmen der Zukunft ist. Seine Telefonnummer ist 0 64 41/29 44 40.**

Wir sorgen für Erdgas **ruhr
gas**

Postfach 62-574-60 Essen. Dann erhalten Sie die Broschüre „Humane Arbeitswelt, humaner Arbeitsplatz“.

ZK-Sitzung schon Ende dieses Monats?

AFP, Moskau

Eine außerordentliche Sitzung des Zentralkomitees (ZK) der sowjetischen kommunistischen Partei wird nach übereinstimmenden Angaben aus westlichen und östlichen kommunistischen Kreisen jetzt für Ende dieses Monats in Moskau erwartet. Das zweimal jährlich stattfindende reguläre Treffen des ZK würde sich deshalb auf Ende November oder Dezember verschieben.

Für diese Sitzung sind als Themen der Haushalts- und Wirtschaftsplan für das kommende Jahr vorgesehen. Wie Beobachter sagen, machen weitere dringende Fragen das außerordentliche Treffen notwendig. Nach Einschätzung westlicher kommunistischer Kreise wird das Zentralkomitee über eine Reform des Parteiprogramms beraten. Der derzeit gültige Text, unter Nikita Chruschtschow beschlossen, stehe mit seinem optimistisch und triumphierend gehaltenen Ton nicht mehr in einer realistischen Beziehung zu Gegenwart.

Nach osteuropäischer Einschätzung wird auf der außerordentlichen ZK-Sitzung über die Situation in der Landwirtschaft und über Änderungen in der Führungsriege der UdSSR, wie eine „Verjüngung“ des Politbüros, beraten werden.

Peking dementiert den Tod Yes

AP, Peking

Die chinesische Regierung hat Berichte westlicher Kreise in Peking bestritten, daß das Politbüromitglied Marschall Ye Jianying gestorben sei. Die Berichte entbehren jeder Grundlage, erklärte ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums auf telefonische Anfrage. In einem der westlichen Berichte hatte es am Freitag unter Berufung auf offizielle Peking-Kreise geheißt, der 86jährige sei bereits am 27. September gestorben, doch sei die Todesnachricht wegen der Feierlichkeiten zum 35. Jahrestag der Gründung der Volksrepublik China zurückgehalten worden.

Ye hatte im Februar 1983 sein Amt als Vorsitzender des Ständigen Komitees des Nationalen Volkskongresses niedergelegt. Da das Amt des Staatspräsidenten damals noch nicht wieder eingeführt war, entsprach der Posten dem des Staatsoberhauptes.

Andreotti bestreitet Verbindungen zur Mafia

KPI-Chef Natta fordert Rücktritt der Regierung Craxi

FRIEDRICH MEICHNER, Rom

Der „Fall Andreotti“ wird für die italienische Regierung offenbar zu einer immer größeren Belastung. Am Donnerstag hatte nur die Stimmeneinheit der Kommunisten bei einer Geheimabstimmung in der Abgeordnetenkammer eine parlamentarische Rücktrittsforderung an den christdemokratischen Außenminister wegen angeblicher Verwicklung in den Skandal um Mafia-Bankier Sindona blockiert. KPI-Sekretär Alessandro Natta ließ aber durch sein Sekretariat erklären, daß diese Stimmeneinheit keineswegs als moralische Unterstützung Andreottis gedeutet werden dürfe. Er forderte den Rücktritt nicht nur des Ministers, sondern der gesamten Regierung Craxi.

Andreotti ging daraufhin zum Gegenangriff über. In einem vom römischen „Tempo“ veröffentlichten Artikel wies er alle im Zusammenhang mit der Sindona-Affäre gegen ihn erhobenen Anschuldigungen und auch die Unterstellung von Mafia-Kontakten als „Formen schriftlichen und oralen Banditentums“ zurück. Das

Maß sei „überbittelt“, erklärte er und äußerte den Verdacht, daß man mit diesen Angriffen die gesamte Demokratie Cristiana und die von ihm vertretene Außenpolitik treffen wolle. Und dies in einem Augenblick, da seine im Rahmen der UNO geführten Gespräche mit Gromyko, Shultz, Shamir und arabischen Kollegen „den Respekt und die Aufmerksamkeit für unser Land und für den Beitrag erkennen lassen, den wir für die Sache des Friedens leisten können“.

Der Minister bestritt entschieden, den in den USA wegen betrügerischen Bankrotts zu 25 Jahren Gefängnis verurteilten, kürzlich unter dem Verdacht der Anstiftung zum Mord an Italien ausgelieferten Sindona jemals begünstigt zu haben. Schließlich sei es nur dem von ihm geleiteten Außenministerium zu verdanken, daß Sindona ausgeliefert worden sei und sich jetzt vor der italienischen Justiz verantworten müsse.

Innerhalb der Regierungskoalition fand der Minister bisher nur bei seiner eigenen christdemokratischen Partei vorbehaltlose Unterstützung.

Paris zerstreut Zweifel Tschads

Mitterrand erläutert Hissen Habré den Truppenabzug / Mißtrauen gegenüber Khadhafi

A. GRAF KAGENECK, Paris

Frankreichs Präsident Mitterrand hat drei Tage gebraucht, um seinen Protegé Hissen Habré von der Aufrichtigkeit und Beistandstreue Frankreichs zu überzeugen. Der Präsident Tschads war am Samstag noch einmal programmwidrig im Elysée aufgetaucht, um sich letzte Einzelheiten des Truppenabzugs-Abkommens zwischen Frankreich und Libyen erläutern zu lassen und vor allem die Frage der neutralen Beobachter zu klären, die die Entflechtung nördlich und südlich des 15. Breitengrades überwachen sollen.

Schon an den vorhergehenden Tagen hatte er zweimal Mitterrand unter vier Augen gegenübergelesen; einmal waren auch die Präsidenten der Elfenbeinküste, Zaire und Gabuns sozusagen als Garanten der französischen Befriedungspolitik für Tschad hinzugezogen worden.

Nach seinem letzten Gespräch mit Mitterrand zeigte sich Hissen Habré, inzwischen leicht ergaunt und in seinem weißen „Boubou“ asketisch wirkend, endlich zufrieden. „Das französisch-libysche Truppenentflechtungs-Abkommen ist eine gute Sache“, ließ er in den französischen Massenmedien wissen. „Wir gehen

davon aus, daß es im Interesse aller Beteiligten liegt, wenn dieser Vertrag korrekt erfüllt wird. Der Abzug muß real, definitiv und total sein. Und da haben wir einige Zweifel hinsichtlich der konkreten Ausführung der Klauseln auf dem Terrain.“

Hissen Habré hatte schon vorher klar erkennen lassen, daß er dem libyschen Staatschef Khadhafi nicht über den Weg traut. „Es ist nicht sein erster Vertragsbruch, das weiß ja jeder“, sagte der Mann aus N'Djamena. Hissen Habré äußerte die Befürchtung, daß „schwarze Reserven“ der „islamischen Legion“, die bisher an der Seite regulärer libyscher Truppen kämpften und aus Libyen, Sudan, Maliern und Tschadern zusammengesetzt sind, an Ort und Stelle bleiben und sich als Einheiten des Oppositionsführers Goukouni Wedaie ausgeben. „Wir wissen jedenfalls, daß die Libyer sich zumindest bis zu unserer Abreise aus N'Djamena (am vorigen Donnerstag) nicht aus ihren Positionen bewegt haben“, schloß er.

Diese Befürchtungen werden von den Franzosen nicht geteilt. In Paris hält man sich an das Wort des Außenministers Chirac: „Wenn sie gehen, gehen wir, wenn sie bleiben,

bleiben wir.“ Es gebe kein Anzeichen für eine Nichterfüllung des Vertrages durch Khadhafi, heißt es offiziell.

Der französische Generalstabschef General Lacaze, der Ende September schon einmal in Tripolis war, wird sich demnächst wieder in die libysche Hauptstadt begeben, um den Gang der Dinge zu überprüfen. Außerdem gibt es eine gemischt libysch-französische Offizierskommission zur Kontrolle der Absetzbewegungen, die in Tripolis zusammenkommt. Über die neutralen Beobachter (Senegalesen und Beniner) hat man sich mit Hissen Habré ebenfalls geeinigt.

Paris hat seinen Truppenabzug inzwischen etwas gebremst und laut unbestätigten Meldungen vorsichtshalber den Flugzeugträger „Clemenceau“ in die Bucht von Bizerta beordert, dessen Super-Etendard-Jagdbomber bis weit nach Tschad hinein wirken können. Es liegt indes sicher nicht in der Absicht der französischen Regierung, irgendwelchen Druck auf Khadhafi auszuüben. Man bleibt in der französischen Hauptstadt überzeugt, daß der Libyer eine Beendigung des Tschad-Konflikts auch in eigenem Interesse wünsch-

Opfer Menges planen Kongreß in Jerusalem

dpa/DW, Jerusalem

Eine große Gruppe von überlebenden Nazi-Opfern, die unter dem Namen „Mengele-Zwillinge“ bekannt ist, will im Januar einen internationalen Kongreß in Jerusalem veranstalten. „Mengele-Zwillinge“ nannte man die jüdischen Zwillinge – meistens Kinder –, an denen der berühmte KZ-Arzt Josef Mengele in Auschwitz grausame medizinische Tests vorgenommen hatte. Die Initiative für den Kongreß hatten Anfang dieses Jahres zwei überlebende Frauen ergriffen, Miriam Zeiger aus Israel und ihre in den USA lebende Zwillingsschwester Eva Kor. Wie Frau Zeiger sagte, haben sie und ihre Schwester mit Hilfe verschiedener Organisationen und von Regierungsstellen in einigen Ländern 95 (von mehr als 150) „Mengele-Zwillingen“ entdeckt.

Der gestern in die USA gereiste israelische Ministerpräsident Shimon Peres, will sich, wie aus Jerusalem bekannt wurde, bei den amerikanischen Behörden über den möglichen Versteckort Menges erkundigen. Der Leiter der Dokumentationsstelle der Stadt Haifa, Friedmann, hatte Peres Dokumente und Fotos präsentiert, nach denen Mengele unter seinem Namen bei Miami in Florida leben soll (WELT, v. 4.10.).

Im Streit um die Schulen bleiben Kirche und Staat unnachgiebig

Von F. MEICHNER

Malteser Labour-Premier Dom Mintoff, der knapp zwei Tage lang in Rom Gespräche mit vatikanischen und italienischen Stellen führte, hat eine für vergangenen Samstag in Floriana bei La Valletta angesetzte Großkundgebung seiner Partei auf unbestimmte Zeit verschieben lassen. Mit der Kundgebung wollte Mintoff sein 35jähriges Jubiläum als Parteiführer feiern und, so wurde zumindest weithin erwartet, einen Termin für seinen bereits angekündigten Rücktritt als Regierungschef nennen.

Die Verschiebung der Veranstaltung wird in Rom und auf Malta allgemein als Anzeichen dafür gedeutet, daß die Verhandlungen mit dem Vatikan über die Beilegung des Malteser Schulstreits und die Gespräche mit Großbritannien und Italien über Hilfsmaßnahmen zur Überwindung der maltesischen Wirtschaftskrise noch zu keinen Ergebnissen geführt

haben. Offensichtlich, so wird vermutet, möchte Mintoff seinem designierten Nachfolger, dem derzeitigen Vizepremier und Erziehungsminister Carmelo Mifsud Bonnici, erst dann die Regierungsgeschäfte übergeben, wenn die beiden explosiven Probleme des Inselstaates entschärft worden sind.

Über ein Treffen zwischen Mintoff und Kardinalstaatssekretär Casaroli in der apostolischen Nuntiatur von Rom hatte das Malteser Fernsehen nach der Rückkehr des Premierministers berichtet, beide Gesprächsteilnehmer seien der Ansicht gewesen, daß ein von der Nuntiatur auf Malta ausgearbeiteter Vorschlag zur Beilegung des Schulstreits nicht als Verhandlungsgrundlage dienen könne. Vatikansprecher Panciroli trat dieser Darstellung jedoch sofort entgegen und sagte, nur Dom Mintoff habe diesen Vorschlag, der nach wie vor die Grundsatzposition des Heiligen

Stuhls reflektiere, als Diskussionsgrundlage abgelehnt. Die Gespräche sollen nach der Rückkehr Casarolis aus Argentinien am 18. Oktober fortgesetzt werden.

Im Schulstreit findet im Augenblick ein allgemeiner Konflikt zwischen Staat und Kirche seinen be-

MALTA

drohlichsten Ausdruck. Dieser Konflikt hatte sich zunächst an der Schließung katholischer Krankenhäuser durch die Regierung und an der Enteignung des Kirchenbesitzes entzündet. Jetzt verlangt Mintoff, daß die 70 katholischen Privatschulen des Inselstaates kein Schulgeld mehr erheben, und droht widrigenfalls mit der Schließung dieser Schulen oder mit deren Übernahme durch den

Staat. Auf Anweisung des Malteser Erzbischofs Joseph Mercieca blieben daraufhin alle diese Schulen seit dem 1. Oktober geschlossen und damit rund ein Drittel aller maltesischen Schüler „ausgesperrt“.

Zu dem Treffen Casaroli/Mintoff waren nach einem anfänglichen Vieraugengespräch auch der maltesische Außenminister Sciberras Trigona, Erzbischof Silvestrini als Verantwortlicher für die „Außenpolitik“ des Heiligen Stuhls und Sachbearbeiter – nicht jedoch der ebenfalls in Rom weilende Erzbischof Mercieca – hinzugezogen worden.

Angeblieh strebt Mintoff eine globale Lösung mit Konkordatscharakter an, um den von ihm auch persönlich als Gesprächspartner abgelehnten Erzbischof Mercieca, dessen Absetzung er vor zwei Jahren vom Papst gefordert hatte, ins Abseits zu manövrieren.

Mintoff traf auch mit dem sozial-

istischen italienischen Ministerpräsidenten Bettino Craxi zusammen. Offiziell ging es bei dem Gespräch ausschließlich um die Beziehungen zwischen Italien und Malta, vornehmlich um die finanziellen Aspekte des zwischen beiden Ländern bestehenden Vertrags über die maltesische Neutralität. Angeblich versuchte der Premierminister, den Preis für die vertraglich zugesicherte Neutralität seines Landes in die Höhe zu treiben.

Wie zuverlässig verlautet, wurde von Craxi aber auch das Problem des „Kulturkampfes“ angeschnitten. Er soll seinem Gast den freundschaftlichen Rat gegeben haben, sich in diesem Streit mit der Kirche flexibel zu zeigen. Mintoff und Bonnici lehnten Flexibilität bisher entschieden ab – und dies, obwohl beide einen Priester zum Bruder haben und Mifsud Bonnici sogar aus der katholischen Arbeiterbewegung kommt.

„Politik Papandreous führt zu Spaltung“

AFP, Athen

Das Gründungsmitglied der in Griechenland regierenden „Panhellenischen Sozialistischen Bewegung“ (PASOK), Assimakis Fotilas, hat wegen Meinungsverschiedenheiten mit Ministerpräsident Andreas Papandreou in der Innen- und Außenpolitik seinen Austritt aus der Partei bekanntgegeben. In einem Gespräch mit der Nachrichtenagentur AFP sagte Fotilas, die von der Regierung praktizierte Politik stehe nicht mehr in Einklang mit den Wahlversprechen. „Die jetzige Politik führt zur nationalen Spaltung“, sagte er.

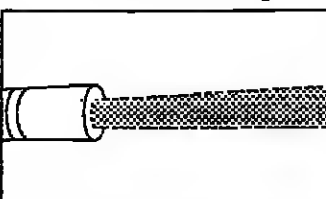
Fotilas war 1982 als Staatssekretär im Außenministerium abgelöst worden. Er hatte sich damals, entgegen der Regierungspolitik, für eine Beteiligung Athens am Boykott der EG gegen die Sowjetunion wegen der Ereignisse in Polen eingesetzt.

Mehr Geschmack?

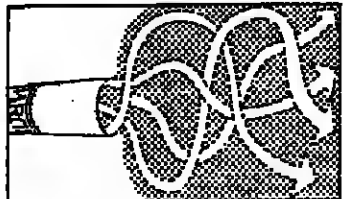
Neu. Die erstaunliche Barclays:
Kräftige American Blend – bei nur 1 mg Kondensat und 0,2 mg Nikotin (Durchschnittswerte nach DIN)

Einerseits.

Mehr Geschmack – das ist nur die halbe Neuigkeit der Barclays: Sie ist die erste Kräftige, die eine Leichte ist! Denn einerseits sorgen kräftige, hochwertige Qualitäts-Tabake und die einzigartige Actron-Technologie für wesentlich mehr Geschmacksentfaltung. Andererseits bieten die erstaunlich niedrigen Werte einen wirklich angenehm-leichten Rauchgenuß. Probieren Sie Barclays, es lohnt sich!

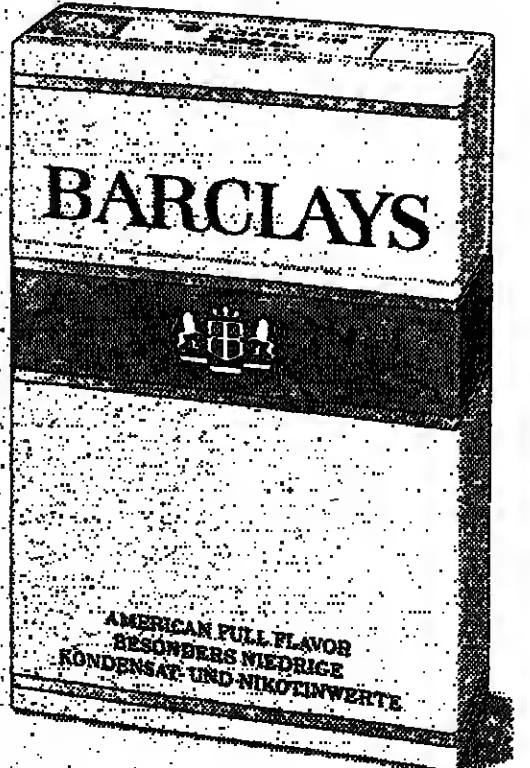


Bei herkömmlichen, ventilerten Filterzigaretten strömt das Luft/Rauch-Gemisch als Strahl an den meisten Geschmacksnerven vorbei.



Bei Barclays mit der Actron-Technologie strömt das Luft/Rauch-Gemisch bis zu fünfmal schneller als der Rauch. So wird das Luft/Rauch-Gemisch im Mundraum stark verwirbelt und spricht dort sämtliche Geschmacksnerven an. Ergebnis: Mehr Geschmack.

Barclays.
Die erste Kräftige,
die eine Leichte ist



Der Bundesgesundheitsminister: Rauchen gefährdet Ihre Gesundheit. Der Rauch einer Zigarette dieser Marke enthält 0,2 mg Nikotin und 1 mg Kondensat (Teer). (Durchschnittswerte nach DIN)

مكنا من الأصيل

Wir sind bereit.

Für das saubere Automobil arbeiten wir nicht erst seit gestern.

So haben wir von 1970 bis 1984 die Abgasschadstoffe unserer Fahrzeuge bis zu 60% und die Treibstoffverbräuche um fast 30% gesenkt.

Mit unseren neuen Personenwagen erfüllen wir schon heute die erst 1986 in Europa allgemein gültig werdende Gesetzgebung.

Sämtliche Volkswagen und Audi Pkw-Modelle (außer dem Käfer) sowie alle Transporter, die seit Herbst 1976 ge-

baut wurden, können mit unverbleitem Benzin der entsprechenden Klopfestigkeit gefahren werden.

Und alle unsere 4-Zylinder-Diesel und Turbo-Diesel entsprechen den heute geltenden strengen US-Emissionswerten für Partikel und Abgas.

Dazu gibt es Otto-Motoren mit Katalysator. Auch hier bieten Volkswagen und Audi bereits 11 verschiedene Personenwagen und Transporter-Modelle mit Abgaskatalysator an.

Und eine weitere Alternative: Sie

können bereits jetzt einen Großteil dieser Modelle mit Vorbereitung zur Abgasreinigung kaufen. Die Lambda-Sonde und der Katalysator werden einfach mitgeliefert.

Sobald genügend Bleifrei-Tankstellen vorhanden sind, können Sie den Umbau problemlos und ohne großen Kostenaufwand bei jedem V.A.G Partner vornehmen lassen.

Sie sehen: bei Volkswagen und Audi haben Sie eine Menge umweltfreundlicher Wahlmöglichkeiten.



Thema Koalition: Grüne weichen Antwort aus

Duldung Börners als begrenzter Modellfall bezeichnet

DW. Bonn

Die Grünen lehnen weiterhin eine konkrete Antwort auf die Frage ab, ob sie sich an Regierungen beteiligen werden. Ihr wirtschaftspolitischer Sprecher Eckhard Stratmann sagte im Süddeutschen Rundfunk, die Grünen verständen sich als konstruktive Opposition zu allen etablierten Parteien und seien erst in den neunziger Jahren bereit, Koalitionen einzugehen.

Bundesgeschäftsführer Eberhard Walde lehnt nicht grundsätzlich eine Regierungsverantwortung ab. Gegenwärtig seien die Grünen allerdings nicht bereit, "jene Dreckschleife zu verwirklichen", die andere Parteien gemacht hätten und noch machen, sagte Walde am Sonntag in einem Interview des Südwestfunks. Er kritisierte, daß die Union und die SPD den Grünen im Bundestag und in den Landesparlamenten "wesentliche demokratische Kontrollrechte" verweigerten. Nach Ansicht von Fraktionssprecherin Antje Vollmer haben die Grünen mit ihren 5,6 Prozent und mit Hilfe der außerparlamentarischen Kräfte auf die Regierungspolitik in Bonn

mehr Einfluß als die FPD mit ihren drei Ministern.

Die Duldung des hessischen Ministerpräsidenten Holger Börner, so Frau Vollmer, sei nur ein begrenzter Modellfall. Dennoch werde die regionale Autonomie in der Partei hochgehalten. So solle der saarländische Landesverband selbst entscheiden, ob er eine Koalition mit der SPD eingehe. Die Grünen in Baden-Württemberg sind zur Zusammenarbeit mit anderen Parteien bereit, lehnen jedoch Koalitionen ab, erklärte Landesvorstandsmitglied Christoph Oberdorf.

Zum Auftakt eines „Kommunalpolitischen Tages“ in Tübingen sagte Oberdorf in Ansprache auf Anmerkungen des saarländischen SPD-Politikers Oskar Lafontaine, „wir lassen uns nicht zur Verantwortung für eine SPD-bestimmte Politik zwingen“. Der Stuttgarter Stadtrat der Grünen, Thomas Schaller, betonte, die Partei sei „sehr wohl bereit und auch in der Lage“, politische Verantwortung zu übernehmen. Es gebe jedoch nicht um die Macht, sondern um eine neue Politik.

Ausreisegrund: Umwelt

Fortsetzung von Seite 1

Leipzig zu einem extrem hohen Prozentsatz von Erkrankungen der Atemwege, besonders bei Kleinkindern.

Ein wirksamer Umweltschutz könnte in diesen Gebieten dazu führen, die durchschnittliche Lebenserwartung um vier Jahre zu verlängern, die Zahl der Geschwulsterkrankungen um 25 Prozent und die Zahl der Herz- und Kreislauferkrankungen um zehn bis 15 Prozent zu senken.

Da die chemische Industrie der „DDR“ zu 80 Prozent im Einzugsbereich oder unmittelbar an der Elbe angesiedelt sei, führe dies zu vermehrtem Fischsterben oder zu durch Abwässer verunreinigtem Grundwasser.

Bedingt durch die vorgeschriebenen Benzin- und Dieselkontingente für die staatliche Transportwirtschaft, aber auch durch fehlende Kapazitäten an Spezialfahrzeugen gebe es eine Reihe ungeordneter Che-

miemüll-Deponien, die ebenfalls die Umwelt gefährdeten.

Die in Bonn vorhandene Unterlage spricht von einer insgesamt unzureichenden Abwasserklärung. Um hier wenigstens für die durch Ostberliner Abwässer besonders belasteten Westberliner Flüsse und Seen Abhilfe zu schaffen, baut bekanntlich die „DDR“ jetzt bis 1985/86 in mehrere Klärwerke im Ostberliner Randgebiet hochwertige westliche Filteranlagen ein. Diese Aktion wird weitgehend von der Bundesregierung bezahlt, um die traditionell in Ostberliner Klärwerken gereinigten West-Abwässer stärker als bisher zu entgiften.

Zum Waldsterben vor allem im sächsisch-böhmischen Raum heißt es in dem Papier, die „DDR“ sehe sich beispielsweise nicht in der Lage, wirksamere westliche Mittel gegen Holzschädlinge zu kaufen. Ihre eigenen, weniger erfolgreichen Chemikalien hätten zum anderen den Nachteil, neben Schädlingen zugleich auch Nutzinsekten zu vernichten.

Grüne drohen Börner mit Ende der „Tolerierung“

D. GURATZSCH, Mainhausen

Die hessischen Grünen wollen den Betrieb der sogenannten Hanauer Nuklearfabriken Alkem und Nukem zum Prüfstein für die weitere Tolerierung der SPD-Minderheitsregierung Börner machen. Auf ihrer Landesversammlung in Mainhausen verabschiedeten sie mit nur einer Gegenstimme einen Antrag, in dem es heißt: „Die Grünen verlangen die Stilllegung der Hanauer Nuklearkernkraftwerke.“

In der Debatte wurde lediglich über den Weg, auf dem das Ziel erreicht werden soll, nicht aber über dieses Ziel selbst gestritten. Dabei wurde unterschieden zwischen der Brennelementfabrik Alkem, die Plutonium für den schnellen Brüter Kalkar produziert, und der Fabrik Nukem, die Brennelemente für Forschungsreaktoren im In- und Ausland auf Uranbasis herstellt.

In dem mit überwältigender Mehrheit verabschiedeten Antrag meinen die Grünen, daß die „Plutonium-Fabrik Alkem ohne Genehmigung und damit illegal“ arbeite. „Die hessische Landesregierung wird aufgefordert, das Betreiben der nicht genehmigten Anlagen unverzüglich zu untersagen... Sollte die Landesregierung durch eine Genehmigung für Alkem versuchen, den nicht legalen Betrieb und Ausbau dieser Anlage nachträglich zu sanktionieren oder sogar den Weiterbetrieb ermöglichen, ist einer weiteren Zusammenarbeit von SPD und Grünen die Grundlage entzogen.“

Für die Brennelementefabrik Nukem fordern die Grünen zwar nicht die Stilllegung der bestehenden Fabrik, halten jedoch den Antrag der Firma zum Bau eines zweiten Werkes „für nicht genehmigungsfähig“. Dazu heißt es weiter: „Sollte der Firma Nukem eine Genehmigung zum Bau der Brennelementefabrik Nukem 2 erteilt werden, ist die Zusammenarbeit Grüne-SPD gescheitert.“

Der Bundestagsabgeordnete Joschka Fischer: „Es kann zum Bruch in dieser Frage kommen, und wir werden brechen, wir müssen brechen, wenn sich die SPD nicht bewegt in diesem Punkt – aus politischen Gründen, aus Glaubwürdigkeit und aus Überzeugung.“

Es könne geschehen, daß in Hessen ein weiteres Mal Landtagswahlen ausgeschrieben werden müßten, haben Delegierte zu bedenken.

Ost-CDU gegen „Freiraum Kirche“

„Eigenständige Friedensarbeit Instrument gegen Sozialismus“ / Kritik an Pfarrern

DW. Berlin

Die der Ost-CDU nahestehende Zeitschrift „Standpunkt“ hat sich scharf gegen Bestrebungen gewandt, in den mitteldeutschen Kirchengebieten einen „Freiraum“ gegenüber Staat und Gesellschaft zu schaffen. Das Blatt argumentiert ganz auf der Linie der SED-Führung, wenn es insbesondere vor staatsunabhängigen, eigenständigen Wegen in der Friedensdiskussion warnt.

Zum Beispiel gebe es Menschen, schreibt der „Standpunkt“, die sehr naiv glauben, daß die Kirche die besseren Möglichkeiten für Friedensarbeit hat als alle gesellschaftlichen Organisationen. Mit der eigenständigen Friedensarbeit der Kirche meinen sie eine politische Aktion, nicht zu sehr als Beitrag zum Friedensschaffen überhaupt, sondern als Instrument gegen den Sozialismus. Das komme natürlich nicht von ungefähr, denn die Kirchen in der „DDR“ seien „lange genug sehr antikommunistisch ausgerichtet“ gewesen und in vielen Gemeinden bis weit in die siebziger Jahre hinein als „letzte Klamm-

mer im geteilten Deutschland“ verstanden worden.

Und an anderer Stelle ist von Pfarrern und anderen kirchlichen Mitarbeitern die Rede, „die den Freiraum Kirche postulieren und die Menschen zum Stöhnen, Jammern und Klagen einladen, die also die Geborgenheit der Kirche als Alternative zur Gesellschaft im Betrieb, in der Schule oder in einer politischen Organisation aufstellen“. Die Kirche sei aber nicht dazu da, eine „allseitige Alternative zur Gesellschaft aufzubauen“.

Auf den jüngsten Synodaltagungen der evangelischen Kirchen in Mitteldeutschland war wiederholt über zunehmendes Mißtrauen der staatlichen Behörden gegenüber Friedensaktionen und dem kirchlichen Engagement im Umweltschutz geklagt worden. Ungeachtet aller Versuche, diese Arbeit zu diskreditieren, haben die evangelischen Christen in der „DDR“ vom 11. bis 21. November zu ihrer 5. Friedensdekade seit 1980 aufgerufen. Das Abrüstungsthema steht allerdings nicht mehr allein im Vordergrund. Umweltschutzthemen treten scharfer hervor. Während der

Bundessynode in Greifswald hatten mehrere Redner bemängelt, daß von staatlicher Seite zu wenig Informationen über Umweltschäden gegeben würden oder der Öffentlichkeit zugänglich gemacht würden. Warnend erklärten die Synodalen: „Die Verschmutzung der Umwelt, die Zerstörung von Öko-Systemen, die Vernichtung vieler Pflanzen und Tierarten hat bedrohliche Ausmaße erreicht.“

Die Umweltdiskussion, wie sie in westlichen Ländern geführt wird, hat bislang meist polemische Antworten von SED-Seite zur Folge gehabt. So meinte Ende September Karlheinz Lohs von „DDR“-Akademie der Wissenschaften, diese Debatte solle lediglich vom „Kampf für den Frieden“ ablenken. Lohs beschuldigte in der „Deutschen Zeitschrift für Philosophie“ den Westen, „die politischen Motivationen der in der Friedensbewegung vereinigten Wissenschaftler zu diskreditieren“. Zugleich würden aber „Krokodilstränen“ über die Hungernden in Afrika und Lateinamerika, über den sauren Regen in Europa oder den DDT-Gehalt im Körperfett der Pinguine vergossen.

„Die DDR ist mehr als das Regime“

DW. Bonn

Vor einer Verengung des Bildes der „DDR“ hat der Zeithistoriker Arnulf Baring gewarnt. Die Fixierung auf politische Vorgänge berge die Gefahr, daß die Wirklichkeit des anderen Teiles Deutschlands aus dem Blick gerate.

Über dem „Getöse“, mit dem die „DDR“ ihr 35jähriges Bestehen begehen, sagte Baring gestern im Deutschlandfunk, werde das, „was dahinter eigentlich geographisch und historisch an Landschaften, Städten, an Menschen lebendig ist und sich in den 35 Jahren entwickelt hat, viel zu wenig bei uns bedacht“.

So richtig und wichtig es sei, von der Mauer, dem Zwangsarbeits und anderen Unfreiheiten des Regimes zu reden, so sei es doch verfehlt, die „DDR“ auf solche Züge reduzieren zu wollen.

Wenn ihr vorgehalten werde, im Unterschied zur Bundesrepublik Deutschland kein freies Land zu sein, so dürfe dies nicht darüber hinwegtäuschen, „daß in mancher Hinsicht wir mit unserer Freiheit nichts anzu-

fangen wissen“, während die Menschen nicht auf ihre Weise „mit ihrer Unfreiheit oder trotz ihrer Unfreiheit aus ihrem Gebilde etwas machen, was auch vor unserer Geschichte Bestand hat“.

Baring ist Professor für Zeitgeschichte an der Freien Universität Berlin und wurde bekannt durch sein Buch „Machtwechsel“ über die ersten Jahre der sozialliberalen Koalition. Er sieht in der Geschichte der „DDR“ einen langsamen Prozeß des sich Abfindens mit der deutschen Teilung.

Die Bevölkerung habe diesen Zustand zwar erst mit dem Übergang von Ulbricht zu Honecker wirklich akzeptiert, aber dieser Prozeß sei weder für die Bevölkerung noch für das Regime „bis zum heutigen Tage abgeschlossen“. Weitgehend auch von unserer Entwicklung im Westen“ hängt es nach Barings Worten ab, „wie man da und wie schnell man da“ zu einem Ende komme.

In den letzten Jahren habe die Identifizierung mit dem Ost-Berliner Regime zugenommen, registriert der

Professor. Ein wesentlicher Grund sei der Umstand, daß es eine „sehr viel offener Auseinandersetzung mit Faktoren der Geschichte, die im Grunde nicht in sein eigenes Bild hineinpassen, zugelassen hat“. Solange die „DDR“-Behörden alles, was nicht Marx und Engels entsprach, ausgeblendet hätten, sei die Chance für eine solche Identifizierung sehr viel geringer gewesen.

Baring hob hervor, die Identifizierung rühre keineswegs daher, daß „man die Forderung des Regimes akzeptiert, Sozialisten zu sein – das tut man nicht, und das will man nicht“. Sie sei vielmehr die Konsequenz der „Schicksalsgemeinschaft“, zu der die Bewohner der „DDR“ geworden sind, die die Folgen des Zweiten Weltkrieges hätte hätten bezahlen müssen als die Bürger der Bundesrepublik Deutschland.

Aus dieser gemeinsamen Erfahrung sei etwas entstanden, „was das Regime gar nicht voll wahrnimmt, auch nicht anerkennt, was aber doch wesentlich zu seiner Anerkennung in der Bevölkerung beiträgt“.

CSSR verstärkt Kontrollen vor Botschaft Bonn

DW. Prag

Die tschechoslowakischen Behörden haben die Zahl der Sicherheitskräfte vor der deutschen Botschaft in Prag erhöht. In dem Botschaftsgebäude halten sich nach Informationen westlicher Diplomaten etwa 100 Menschen aus der „DDR“ auf, die mit ihrer Flucht in das Gebäude die Ausreise in den Westen erzwingen wollen. Um die am Donnerstag von Bonn geschlossene Botschaft zu patrouillieren am Samstag etwa 30 uniformierte Beamte der tschechoslowakischen Polizei und kontrollierten jeden Passanten, der sich dem Gelände der deutschen Botschaft näherte. Die Verhandlungen mit der „DDR“ über das weitere Schicksal der in die Botschaft Geflüchteten sind weiter im Gange.

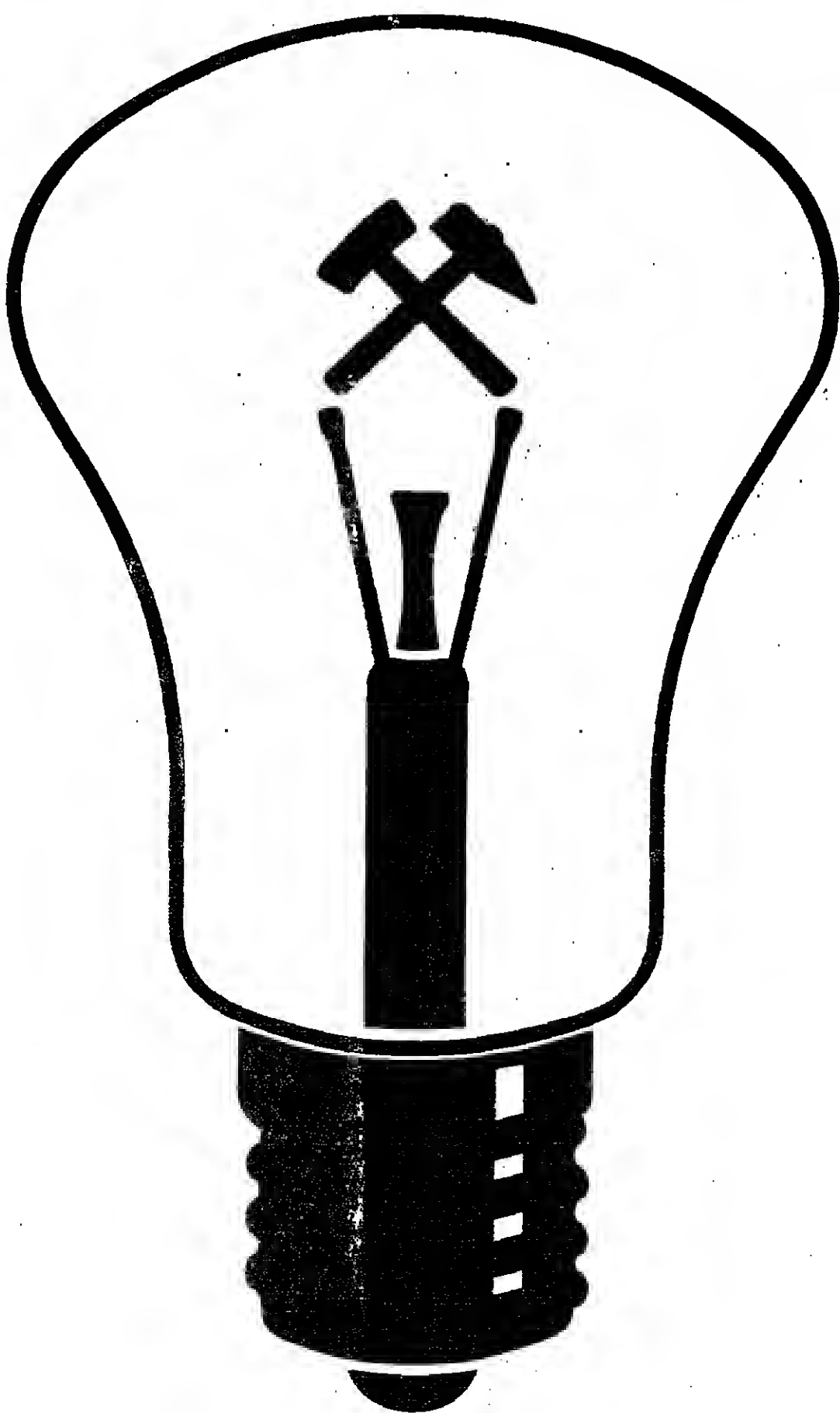
Auch am Sonntag standen die Posten nicht direkt vor dem Botschaftsgebäude, sondern in der Umgebung, so auch verstärkt vor der amerikanischen Vertretung in unmittelbarer Nähe und auf der Rückseite der Bonner Botschaft. Dort konnten Augenzeugen beobachten, wie viele der „DDR“-Flüchtlinge den sonntäglichen Sonntagvormittag zu einem Spaziergang im Garten der Vertretung nutzten.

Etwa zehn Personen waren am Freitag über einen Zaun auf das Botschaftsgelände eingedrungen, nachdem ihnen am geschlossenen Haupttor der Botschaft der Zutritt verweigert worden war. Vor ihrer spektakulären Aktion hatten sie deutlich gemacht, daß sie bei einer Rückkehr in die „DDR“ mit erheblichen Repressionen rechnen müssen. Eine Frau sagte: „Wenn wir zurückgehen, kommen die Kinder in ein Heim und wir ins Gefängnis.“ Aus Bonner Regierungskreisen hieß es dazu, die „DDR“ habe eine Ausreisegenehmigung abgelehnt, den Geflüchteten aber Straffreiheit bei Rückkehr in ihre Heimat zugesichert. Unter den „DDR“-Einwohnern in der wegen erschöpfter Aufnahme- und Betreuungskapazitäten geschlossenen Botschaft sind nach offiziellen Angaben 20 Kinder.

Gestern war es wenig wahrscheinlich, daß die Bonner Botschaft schon heute – wie zunächst geplant – ihren normalen Betrieb wiederaufnehmen wird. Beobachter gingen davon aus, daß das Problem bis dahin noch nicht gelöst ist.

Die Steinkohle zum Thema „Sichere, preiswerte Stromversorgung“.

Jede dritte Glühbirne wird bei uns durch Steinkohle erleuchtet.



1983 wurde ein Drittel unseres Stroms aus Steinkohle erzeugt. Damit hat die Steinkohle mit Abstand die größte Bedeutung für unsere Stromversorgung, vor allen anderen Energien:

Unser Strom ist zum größten Teil Kohle per Draht:

Kein Zufall, denn bei der Stromerzeugung darf es keine Risiken geben. Vor allem durch unsere Steinkohle zählt die Bundesrepublik Deutschland zu den Ländern mit der sichersten Stromversorgung der Welt.

Daran kann man sich gewöhnen. Aber nicht an den Gedanken, daß es anders sein könnte. Von der Kochplatte bis zum Kühlschrank, vom Nahverkehr bis zum Fernseher – ohne Strom wäre unser Lebensstandard nicht denkbar.

Deshalb Steinkohle. Sie ist und bleibt die große Energie, über die wir selbst verfügen. Keine importierte Krise kann dazu führen, daß bei uns die Lichter ausgehen.

Auch den Preis der Steinkohle-Energie bestimmen wir selbst: Er liegt deutlich unter dem von Erdöl und Erdgas.

Wollen Sie mehr wissen, schreiben Sie bitte an: „Die Steinkohle“, Glückauf-Haus, 4300 Essen 1.

Steinkohle. Ein Vorbild an Energie.

Montag, 8. Oktober 1984
Nr. 236

Frei-Schwimmen

J.G. - Argentinien drückt trotz der in diesem Jahr deutlichen Beschleunigung der Produktionen und der Preise die deutsche Stahlindustrie. Der Stahl von Mexiko liegt bereits auf einem halben Dutzend Anträgen für Antidumpingverfahren gegen subventionierte und preisdrückende Drittland-Stahleinfuhren auf den EG-Markt, die sie bei der Brüsseler Kommission eingereicht hat. Die Stahl-Außenhandelspolitik der Gemeinschaft läuft eher in die entgegengesetzte Richtung, hin zur Lockerung der Beschränkungen, die seit 1978 zwischen der EG und Drittland-Stahlerzeugern praktiziert werden.

Und das mit dem auf den ersten Blick einleuchtenden Argument, ab 1986, mit dem feierlich beschworenen Ende der Subventionslärmen in der EG, müßten Europas Stahlproduzenten ja sowieso wieder frei im Wettbewerb schwimmen. Gegen den freien Leistungswettbewerb hätten sie überhaupt nichts einzuwenden, sagen die Deutschen. Argentinien ist für sie nur, daß die Drittland-Einfuhren sich heute noch mehr als vor Beginn der Beschränkungen abkommen auf ihren Heimatmarkt konzentrieren und insbesondere den Erholungsprozess der Preise immer wieder deroutieren.

Ohne Subventionen, die für

Staatsunternehmen allemal leicht zu bewerkstelligen sind, käme beispielsweise kaum eine Tonne aus Lateinamerika auf den deutschen Markt. Wer da, wie etwa die Brasilianer, die Abwehr als Protektionismus brandmarken will, stellt die Dinge auf den Kopf.

Klarstellung

H.H. - Wehret den Anfängen, warnen die Handelskammern in Bremen und Hamburg. Sie fürchten, daß eine Zustimmung der Bundesregierung zur Seerechtskonvention uns auch der Einführung der Neuen Weltwirtschaftsordnung ein Stück näher brächte. Dies wäre das Ende des freien Weltmarktes. Daher kommt der Bonner Entscheidung eine Bedeutung zu, die noch weit über die in der Konvention behandelten Fragen hinausreicht. Aber es ist sicher - fröhliches - Wunschdenken, anzunehmen, man könnte mit einer „nachdrücklichen Klarstellung“ Präzedenzfälle verhindern. Je früher man Nachbesserungen geklärt wird, desto klarer und unmissverständlicher kann die Bundesregierung ihre Position markieren. Ob ihr dies besser „von draußen“ gelingt oder wenn sie „im Boot sitzt“, also die Konvention jetzt zeichnet, ist eher eine verhandlungstechnische Frage. Allerdings muß deutlich werden, daß mit einer deutschen Ratifikation für den Text in seiner heutigen Form nicht zu rechnen ist.

Auf falschem Gleis

Von HANS-JÜRGEN MAHNKE

Heute wollen die Verkehrsminister der Länder in Berlin die Deutsche Bundesbahn ins Fadenkreuz nehmen. Grundlage ist ein umfangreicher Bericht der zuständigen Abteilungsleiter der Länderverwaltungen, in dem mit viel juristischer Raffinesse nachgewiesen wird, daß eigentlich der Bund für die Bahn mehr zahlen sollte, auf keinen Fall jedoch finanzielle Lasten auf die Länder abgewälzt werden dürfen.

Aber schon dieser Ansatz, selbst wenn er rechtlich noch so gut untermauert sein sollte - eine ganz andere Meinung gibt es natürlich auch - , hilft nicht weiter. Das, was mit der Bahn geschehen soll, kann keine Rechtsfrage sein, sondern doch wohl in erster Linie eine gesamtwirtschaftliche, und zwar unter Abwägung von Kosten und Nutzen. Außer im Fernverkehr sollte dabei möglichst viel vor Ort, also auf der Ebene der Kreise, Städte und Gemeinden entschieden werden, wozu auch die finanzielle Verantwortung gehört.

Von dem Grundsatz, daß derjenige, der die Musik bestellt, auch bezahlen soll, der auch von der Bundesregierung nur halbherzig und wenig couragiert verfolgt wird, halten die Länder nun gar nichts. Die Einbeziehung der Länder und Kommunen in die Finanzierung der Bahn würde einen neuen Mischfinanzierungsstatus schaffen, sagen sie.

Zwingend ist dies nicht. Beim öffentlichen Personennahverkehr der Bahn, einem Kernproblem, wäre es sinnvoll, und zwar unabhängig vom Streit der Juristen, ihn vom Bund weg, zu den Kreisen und Kommunen hinzuverlagern. Hier kann noch eher als in der Hauptverwaltung der Bahn in Frankfurt beurteilt werden, ob der Verkehr besser auf der Schiene oder auf der Straße rollen, wie häufig ein bestimmter Platz angefahren werden und vor allem wieviel Geld dafür ausgegeben werden sollte.

Dies wäre nicht nur sachgerechter, sondern auch bürgernäher. Die Verantwortlichen müßten sich mit dem, was sie machen, bei jeder Wahl den Bürgern stellen. Niemand könnte sich länger hinter der anonymen Bahn verstecken, die bei vielen Bürgermeistern doch nur deshalb so hoch im Kurs steht, weil sie nichts kostet, da der Bund dafür aufkommt.

Ähnlich sieht es auch bei der

Streckenstilllegung aus. Auch dort können die Umstände, ob eine kaum genutzte Nebenstrecke trotzdem eine regionale Bedeutung hat, vor Ort am besten gewürdigt werden. Es spricht doch nichts dagegen, daß ein Schienenstrang, den die Bahn nicht mehr nutzen will, von anderen übernommen wird. Die Länder, Kreise und Gemeinden könnten doch einen Betrieb, der sich ansiedeln will, die Sicherheit eines Bahnanschlusses bieten.

Die Länder wollen etwas anderes. Sie verlangen vom Bund schon jetzt festzulegen, wie das künftige Bahnnetz aussehen soll, wo Stilllegung und Umstellung erfolgen sollen. Wohlweisend, daß die Abkehrung der Betroffenen, wie in der Vergangenheit alles verhindern wird.

Wenn Länder und Kommunen diese Aufgaben übernehmen würden, und dort, wo sie es für sinnvoll halten, die Bahn mit der Durchführung natürlich gegen Entgelt beauftragen würden, dann gebe es auch klare finanzielle Zuständigkeiten. Da es letztlich doch auch hier um Geld geht, könnten die Länder dies alles in den Verhandlungen mit dem Bund über den Finanzausgleich einbringen.

Leider läuft die Entwicklung in eine ganz andere Richtung. In dieser Woche soll auch noch der Verwaltungsrat der Bahn dazu gebracht werden, seinen eigenen Beschluß über die Stilllegung von Ausbesserungsstrecken wieder einzukassieren. In diesem Fall würde nämlich, da der Verkehrsminister bereits angekündigt hat, er würde der Aufgabe von drei Werken nicht zustimmen, kein Anspruch der Bahn gegen den Bund zum Ausgleich der steigenden Verluste entstehen. Regionale Rücksichtnahmen haben auch hier das wirtschaftliche Sinnvolle verhindert.

Die Gewerkschaften holen jetzt unpolitische Argumente hervor, damit bei der Bahn nichts Einzelnes, sondern alles zusammengefaßt, und das, obwohl ein leeres Zug auch für die Umwelt nichts bringt.

Auf die Dauer wird die Bahn nur vorankommen, wenn sie ihre Vorteile ausspielen kann. Und die liegen nun einmal in einem verhältnismäßig großen Aufkommen auf längeren Strecken. Leider grassiert immer noch das Anspruchsdenken.

EG-REGIONALFÖRDERUNG

Mittel nehmen stärker zu als der Gesamthaushalt

WILHELM HADLER, Brüssel
Der Europäische Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE) hat in den vergangenen Jahren einen beträchtlichen Beitrag zur Minderung des wirtschaftlichen Gefälles in der EG geleistet. Dies geht aus einem Bericht der Kommission hervor. Zwar erreichte sein Jahresbudget 1983 mit rund 2 Mrd. Ecu (4,4 Mrd. DM) nur 0,6 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP) der EG. In einigen Regionen machten die Beteiligungen des Fonds 20 Prozent und mehr der öffentlichen und privaten Investitionen aus.

Seit seiner Gründung im Jahre 1975 hat der EFRE an der Finanzierung von 21 500 Investitionsvorhaben mitgewirkt. Die Summe der Zuschüsse belief sich bis Ende 1983 auf über 9 Mrd. Ecu (20,2 Mrd. DM). Die Mittel für die Regionalförderung steigen erheblich stärker als der Gesamthaus-

halt der EG. Die Ausstattung des Fonds hat sich innerhalb von neun Jahren auf das Achtfache erhöht.

Schon vor der 4. Reform des EFRE war eine weitgehende Konzentration der Zuschüsse auf die wirklich bedürftigen Länder gelungen. So entfielen 1983 über 95 Prozent der Finanzierungen auf fünf Länder (Italien, Großbritannien, Griechenland, Frankreich und Irland), 39 Prozent aller Zuschüsse flossen seit Gründung des Fonds nach Italien.

Der Schwerpunkt der Regionalförderung betraf Infrastrukturvorhaben. 1983 wurden nahezu 90 Prozent aller Beihilfen dafür verwendet. Die Zuschüsse für Investitionen in Industrie, Handwerk und Dienstleistungsbetrieben führten immerhin allein 1983 nach Schätzungen der Mitgliedstaaten zur Schaffung und Erhaltung von 62 000 Arbeitsplätzen.

PHOTOKINA 84 / Amateurmarkt bereitet Sorgen, nur Filme und Zubehör laufen gut

Hoffnung auf Geschäftsbelebung, auch wenn große Neuerungen fehlen

WERNER NETZEL, Stuttgart
Die Fotobranche richtet ihren Blick mit verhaltenem Optimismus auf die vom 10. bis 16. Oktober in der Kölner Messehallen stattfindende „Photokina 84“ - Weltmesse der Fotografie, obwohl große oder gar sensationelle Neuerungen offensichtlich nicht offeriert werden. Von dieser fotografischen Superschau, in der außerdem die Bereiche Film, Video und Audiovision integriert sind, erhofft sich die Fotobranche positive Ausstrahlungen für ihr Geschäft.

Diese hat sie auch nötig, denn seit geraumer Zeit hat es zumindest im Amateurfotomarkt, von einigen Teilbereichen abgesehen, bei Industrie und Handel eher lange Gesichter gegeben.

Es sehe so aus, als habe sich der Markt wieder gefangen, beschreibt man beim Verband der Deutschen Photographischen Industrie die derzeitige Branchensituation. Nach ersten Trendmeldungen sei eine leichte Stabilisierung des Inlandsmarktes zu erkennen, was insbesondere auf den guten Verkauf von Filmen und das zügige Bildergeschäft zurückzuführen wird. Auch bei manchen Zubehörspezialitäten zeigten sich positive Ansätze. Nach wie vor geht freilich der Hardware-Bereich, also der Absatz von Kameras, zurück.

Mehr Freude bereitet den auf je nach speziellen Felder tätigen Unternehmen der große Sektor der Fachfotografie, zu dem u.a. die Sparten Röntgen, Reprografie, Fotohandwerk, Kino- und Mikrofilm sowie das Biokopieren zählen. Ein Blick zurück auf das vergangene Jahr (neuer Daten liegen noch nicht vor): In 1983 war der bundesdeutsche Fotomarkt

ausgehen. Längst sind auch hier die Firmen freilich davon abgegangen, die Markteinführung nach den Messeterminen auszurichten. Somit wird in Köln vieles präsentiert, was anderweitig schon vorgezeigt wurde.

Einige Stichworte zu den Trends, wie sie auf der „Photokina 84“ erkennbar sein werden: Die neuen Kameras sind noch leichter, kompakter und einfacher zu bedienen. Eine Vielzahl von Automatik-Varianten drängt auf den Markt. Einer der wesentlichsten Fortschritte dürfte der neu eingeführte codierte Kleinbildfilm („DX-Code“) sein. Die für ihn präparierte Kamera liest die Filmpfändlichkeit ab und stellt sie automatisch ein. Wie schnell die Kamerabauer diese neue Möglichkeit aufgreifen, hängt nicht zuletzt davon ab, ob man alsbald von den insbesondere bei den großen japanischen Herstellern aufgetauchten Kamerahorden herunterkommt.

Einmal mehr wird auch demonstriert, daß zumindest für das Stehbild die herkömmliche fotochemische Filmentwicklung immer wieder neue Vorzüge bietet. Das Erfolgsrezept ist Steigerung der Filmpfändlichkeit (bis 1600 ASA) und noch bessere Farbqualität. Die Philosophie der Disc-Kamera, die vor allem das Einstellen in die Fotografie attraktiv machen soll, wird neu belebt werden. Kodak wartet mit verbesserten Filmscheiben auf und positioniert sich als Disc-Program in die „Geschenkspreisklasse“.

WIRTSCHAFTSSTRUKTUR

Die Zahl der Selbständigen hat sich kaum verändert

HEINZ STÜWE, Bonn
Die Zahl der Selbständigen ist in den letzten Jahren im wesentlichen gleich geblieben, ebenso ihr Anteil von knapp acht Prozent (ohne Landwirtschaft) an allen Erwerbstätigen. Der Rückgang der selbstständigen Existenzen im Einzelhandel und im produzierenden Gewerbe wurde durch eine gleichmäßige Expansion im Dienstleistungsbereich ausgeglichen. Hier nahm die Zahl der Selbständigen seit 1975 von 619 000 auf 686 000 im vergangenen Jahr zu. Der Schrumpfungstrend in den anderen Sektoren habe sich allerdings verlangsamt und sei im Fachhandel seit 1980 sogar ins Gegenteil umgeschlagen, heißt es in der Antwort der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage der SPD-Fraktion.

Die Abgeordneten hatten gefragt, wie sich die Tatsache erkläre, daß die

Zahl der Unternehmen im Krisenjahr 1982 um 17 000 auf 2,353 Mill. gestiegen sei, im folgenden Jahr des Aufschwungs dann aber stagnierte. Die Bundesregierung sieht darin nur „kurzfristige Fluktuationen“ und weist auf die Angaben des Statistischen Bundesamtes, demnach ist die Zahl der Selbständigen außerhalb der Landwirtschaft in den letzten acht Jahren mit gut 1,8 Millionen wach angestiegen noch gesunken, während sie im Agrarsektor kontinuierlich von 623 000 auf 495 000 zurückgegangen ist.

Die hohen Insolvenzen (1983: 11 845) seien zwar ein bedrückendes Symptom der wirtschaftlichen Situation, heißt es in der Antwort, andererseits liege die Zahl der Neugründungen nach Schätzungen des Ministeriums darüber, so daß der Gründungssaldo positiv sei.

VEREINIGTE STAATEN

Günstige Beschäftigungslage hebt Reagans Wahlchancen

H.A. SIEBERT, Washington
Im Weißen Haus ist das Bängen um möglichst günstige Wirtschaftsdaten vorüber; vom Konjunkturverlauf her ist Präsident Reagans zweite Amtszeit praktisch garantiert, nachdem das Arbeitsministerium in Washington für September einen Rückgang der Arbeitslosenquote von 7,5 auf 7,4 Prozent ermittelt hat. Dies macht bei den Wählern einen positiven Eindruck, wenn auch der lange Aufwärtstrend durch die abgeschwächte Konjunktur erheblich gebremst worden ist. So ist zum ersten Mal seit November 1982 die Zahl der Beschäftigten in der verarbeitenden Industrie um 125 000 geschrumpft. Neue Jobs wurden ausschließlich im Dienstleistungsbereich geschaffen.

Gegenüber August stieg die Zahl der erwerbstätigen Amerikaner nur noch um 270 000, während das durch-

schnittliche Monatsplus in den ersten Jahreshälfte mehr als 300 000 ausmachte. Legt man die genaueren Lohnlisten zugrunde, dann verringerte sich die Zahl um 122 000 auf 139 000. Ohne Militär wären im September 105,2 Mill. US-Bürger beschäftigt, verglichen mit 99,95 Mill. bei Reagans Amtsantritt im Januar 1981. In den letzten 21 Monaten, also seit Reagans Amtsantritt, fanden mehr als sechs Millionen einen Job. Die Zahl der arbeitswilligen Amerikaner erhöhte sich im September um 213 000 auf 115,4 Millionen.

In den USA stagniert seit vielen Monaten die Zahl der Arbeitslosen bei 8,5 Mill. Bei Reagans Amtsantritt im Januar 1981 waren es 8,1 Millionen, die Arbeitslosenquote betrug damals 7,5 Prozent. Von 185 Industriezweigen stellten im September nur 40 Prozent zusätzliche Mitarbeiter ein.

US-AKTIENMÄRKTE

Eine starke Unsicherheit dämpft das Anlageklima

H.A. SIEBERT, Washington
An den US-Aktienmärkten sind die wichtigsten Kursbarometer auf den niedrigsten Stand seit zwei Monaten zurückgefallen. Das Klima ist viel gedämpfter als erwartet, und die Broker an der Wall Street sinnen über die Gründe nach. Der Rutsch stößt vor allem deshalb auf Unverständnis, weil die erhoffte Entwicklung eingetreten ist: In den Umfragen liegt Präsident Reagan so weit vorn, daß seine Wiederwahl am 6. November als sicher gelten muß; die Verlangsamung des Konjunkturtempo hat bereits zu einem Nachlassen des Zinsdrucks geführt, wobei die Zentralbank Hilfestellung leistete.

Neue Unruhe hat zweifellos der Wirbel um die First National Bank of Chicago ausgelöst, die 279 Mill. Dollar an faulen Krediten auf Drängen der Aufsichtsbehörde abschreiben mußte und für das dritte Quartal einen Verlust bis zu 74 Mill. Dollar ausweisen wird. Das Institut ist auf keinen Fall gefährdet, aber plötzlich in Frage gestellt wird wieder die Stabilität des amerikanischen Bankensystems. Hinzu kommt, daß eine Kettenreaktion droht, da es sich in der Hauptsache um Konsortialkredite handelt.

Überdies halten inzwischen viele Wall-Street-Analysten eine Reduzierung der wirtschaftlichen Wachstumsrate im vierten Quartal 1984 auf zwei bis 2,5 (1. Halbjahr: 8,8) Prozent real für möglich. Entsprechend groß wären die Rückschläge bei den Unternehmensgewinnen, die im kom-

menden Jahr ohnehin nur noch um rund neun (1984: 26) Prozent steigen sollen. Ein derart scharfes Abknicken ist vielleicht verfrüht, aber Warnsignale sendet auch die Conference Board in New York aus, dem 4000 Unternehmen angehören. Deutlich rückläufig sind jetzt die Auftragseingänge ohne Rüstungsgüter und die Verkäufe von Einfamilienhäusern.

Nicht unterschätzt werden darf auch die Inflationssucht. Henry C. Wallich, Gouverneur des Federal Reserve Board, drückte sie in der August-Sitzung des Offen-Markt-Komitees aus, als er gegen eine Lockerung der Geldmengen stimmte. Man müsse schon jetzt an die späteren Folgen denken, meinte er. Wallich unterlag der Mehrheit, die den Satz für Notenbanktagelänge unter fünf Prozent halten will. Am Freitag betrug er 10,35 (Vorwoche: 11) Prozent; 30jährige Treasury Bonds fielen auf 12,16 (12,25) Prozent. Der Durchschnitt dieser und 10jähriger Papiere machte im September 12,29 und 12,52 Prozent aus.

Zur Unsicherheit beigetragen hat zudem die Ankündigung von US-Finanzminister Regan, er werde dem Präsidenten vermutlich eine Vereinfachung des Steuersystems durch Einheitsätze („flat rates“) vorschlagen. Gestrichen würden die meisten Steuersenken. Die Entscheidung fällt im Dezember. Über die Woche sackte der Dow-Jones-Industrie-Index um 24,18 (Freitag: minus 4,86) auf 1182,53, der breitere Nyse-Index um 1,88 (minus 0,06) auf 93,89 Punkte.

AUF EIN WORT



Ihren Mut zur Vorwärtstrategie wird die deutsche Automobilindustrie auch bei der Lösung der Abgasfrage unter Beweis stellen. Sie wird verantwortungsbewußt und offensiv an der Lösung der uns bedrängenden Umweltprobleme mitarbeiten.

Dr. Achim Diekmann, Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Automobilindustrie (VDA), Frankfurt. FOTO: DIE WELT

„Mehr Spielraum für Investitionen“

dpa/VWD, Bonn/Nürnberg
Bundesbauminister Oscar Schneider (CSU) will in Zusammenarbeit mit den Ländern und den Kommunen den mittelfristigen Bedarf an öffentlichen Bauleistungen neu ermitteln. Auf der Bauwirtschaft verlässliche Perspektiven aufzuzeigen zu können. Auf einer Tagung der kommunalpolitischen Vereinigung der CSU in Nürnberg sagte Schneider, bei der Stadterneuerung, der Wohnumfeldverbesserung und vor allem im Straßenbau gebe es eine Fülle von Maßnahmen, die aufgrund der notwendigen Haushaltskonsolidierung zurückgehalten werden seien. Die Festigung der öffentlichen Haushalte ermögliche aber wieder mehr Spielraum für kommunale Investitionen.

SEERECHTSKONVENTION / Handelskammern Bremen und Hamburg äußern Bedenken

Regelung des Meeresbergbaus strittig

HEINZ HECK, Bonn
Kurz vor Ablauf der Zeichnungsfrist für die neue Seerechtskonvention Anfang Dezember haben die Handelskammern Bremen und Hamburg in gleichlautenden Schreiben an Wirtschaftsminister Martin Bangemann und Außenminister Hans-Dietrich Genscher erneut ihre Bedenken gegen wichtige Bestimmungen (vor allem im Meeresbergbau) vorgetragen. Nach Auffassung der beiden, von Seerechtsfragen besonders betroffenen Handelskammern lassen sich die Bedenken gegen eine deutsche Zeichnung der Konvention nur dann zurückstellen, wenn diese mit dem unmissverständlichen Vorbehalt verbunden werde, daß eine spätere völkerrechtliche Anerkennung von deutlichen Nachbesserungen abhängig gemacht werde.

Gleichzeitig sollte die Bundesregierung - so die Forderung aus Hamburg und Bremen - „nachdrücklich klarstellen, daß ihre Zeichnung der Seerechtskonvention nicht als stillschweigendes Einverständnis für ähnliche Regelungen in anderen internationalen Abkommen interpretiert werden darf“.

Die Kammern räumen zwar ein, daß sich vor allem Schifffahrts- und Schiffbauunternehmen, aber auch die Off-shore-Industrie und die Fischerei von der Konvention ein höheres Maß an Rechtssicherheit versprechen und auch die Regelungen für eine obligatorische Streitschlichtung sowie die Bestimmungen zum Schutz der Meeresumwelt „insgesamt positiv“ bewertet werden. Hamburg gilt als ein Anwärter für den Sitz des Seerechtsgerichtshofs.

Jedoch sehen sie in den Bestimmungen über einen künftigen Tiefseebau „eine schwere Hypothek für die weitere weltwirtschaftliche Entwicklung“. Die „besonderen Bedenken“ der Kammern richten sich

gegen die vielfach erdörte Absicht, mit der Einführung protektionistischer Maßnahmen (wie obligatorischer Technologietransfer, Produktionsbeschränkungen und überhöhten Abgaben) und der sogenannten Revisionskonferenz, die 15 Jahre nach Beginn des Tiefseebaus über eine mögliche Reform entscheiden soll, „weitreichende Vorentscheidungen für eine sogenannte Neue Weltwirtschaftsordnung zu fällen“.

Unverkennbar orientiere sich eine solche Tiefsee-„Ordnung“ mehr an Dirigismus und Protektionismus als am Markt. Daraus ergibt sich nach Meinung der Kammern „eine unzumutbare Belastung deutscher Unternehmen“. Denn neben der Gefährdung des deutschen Meeresbergbaupotentials wären angesichts der hohen Rohstoff- und Exportabhängigkeit der deutschen Wirtschaft erhebliche Nachteile zu befürchten.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Krögerwerft stellt Konkursantrag

Rendsburg/Kiel (dpa/VWD) - Die Rendsburger Krögerwerft hat beim Amtsgericht in Rendsburg Konkurs angemeldet. Des bestätigte ein Sprecher des Wirtschaftsministeriums in Kiel. Nach Angaben des Betriebsratsvorsitzenden Günter Mahne sind zur Zeit 347 Arbeitnehmer in dem Unternehmen beschäftigt. Als Ursache für den Schritt zum Konkursrichter nannte der Sprecher des Ministeriums „Schwierigkeiten im Handels-schiffneubau“. Die Werft sei „ausgelöst durch Probleme bei der Erstellung der Gesamtfinanzierung zehnjähriger Aufträge geworden“. Alle Beteiligten arbeiten nach Darstellung des Sprechers zur Zeit an einer Aufklärung, durch die die Werft auf die ertragreiche Fertigung im Marinebereich konzentriert werden solle.

Know-how für Albanien

Köln (AFP) - Albanien baut am Drin ein neues Großkraftwerk mit Maschinen und Know-how aus verschiedenen westeuropäischen Ländern, wie die österreichische Nachrichtenagentur APA meldete. Nachdem das erste Kraftwerk am Drin ganz und das zweite zum Großteil mit chinesischer Hilfe entstanden war, setzt Albanien nun auf Unterstützung aus Westeuropa.

Am Airbus interessiert

Berlin (dpa/VWD) - Die Fluggesellschaft British Airways (BA) wird voraussichtlich Flugzeuge vom Typ Airbus einsetzen. Seine Gesellschaft sei „sehr interessiert“ an der Maschine, sagte der BA-Aufsichtsratsvorsitzende, Lord King of Wartonby, nach einer Aufsichtsratssitzung in Berlin. Er habe keinen Zweifel, daß British Airways Kunde der europäischen Airbus-Industrie werde. Wartonby sagte, seine Gesellschaft werde als Ersatz für die 1985 aus Umweltgründen aus dem Verkehr zu ziehenden Maschinen vom britischen Typ Trident

zunächst aber amerikanische Boeing 737 lassen.

Neue Vorstandsmitglieder

Hannover (dos) - Die Mitgliederversammlung des Verbandes öffentlicher Banken hat Helmut Geiger, Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Friedel Neuber, Vorstandsvorsitzender der Westdeutschen Landesbank, und Rolf Schoeck, Vorstandsvorsitzender der Landeskreditbank Baden-Württemberg, neu in den achtköpfigen Vorstand des Verbandes gewählt.

Sorgen um den Wein

Trier (dpa) - Der Weinjahrgang 1984 wird für die elf deutschen Anbaugebiete wahrscheinlich zum Sorgenkind und auch für den Verbraucher kein ungetrübter Genuss. Experten des Deutschen Weininstituts erwarten erhebliche Mengenverluste, weniger Qualitätsweine und schließlich höhere Preise für den 84er nicht aus. Ein Sprecher des Instituts sagt in Trier, als Folge des miserablen Wetters sei ein Vegetationsrückstand von etwa drei Wochen eingetreten.

Weitere Verhandlungen

Genf (dpa/VWD) - Zu weiteren Verhandlungen über ein neues Internationales Kakao-Abkommen tritt heute die Uno-Organisation für Handel und Entwicklung (UNCTAD) in Genf zusammen. Strittig ist vor allem der Mechanismus zur Preisstabilisierung und seine Finanzierung. Die Konferenz soll bis 26. Oktober dauern.

Weg der Kurse

	5.10.	28.9.
Boeing	53,25	53,75
Chrysler	29,50	30,50
Citicorp	34	30,625
Coca-Cola	62	62,625
Exxon	44,875	44,75
Ford Motors	44,375	45,375
IBM	121,575	124
PanAm	4,875	5
US Steel	23,75	25
Woolworth	34,25	35,75

Anzeige

B&L

Steuerbegünstigter Neubau Alstertal Wellingsbüttler Weg 35

Auf dem über 6000 m² großen parkartigen Grundstück direkt am Oberlauf der Alster entsteht eine elegante, luxuriös ausgestattete Wohnanlage mit 2- bis 4-Zimmer-Wohnungen.

Fertigstellung noch in 1984 - d.h. 11 % MwSt.-Rückstattung möglich sowie ca. 20 % Werbungskosten für 1984 bezogen auf den Gesamtaufwand.

Nur noch 6 Wohnungen frei.

Besichtigen Sie das Grundstück und rufen Sie uns an!

B & L Treuhand- und Beratungsgesellschaft mbH
Wagnerstr. 2, 2 Hamburg 76, Tel. 0 40 / 2 98 00 70

Unternehmensgruppe Büll & Dr. Liedtke

US-HANDELSGESETZ

Restriktionen entschärft

Sbt, dpa/VWD, Washington
Der Vermittlungsausschuss von Senat und Repräsentantenhaus beschloß ein Handelsgesetz, das deutlich weniger restriktive Maßnahmen als ursprünglich geplant enthält, den Forderungen der Europäischen Gemeinschaft aber nicht voll entgegenkommt. Außerdem verlängert das Gesetz die Zollpräferenzen für 140 Entwicklungsländer um achtzehn Jahre und gibt den Weg frei für eine Freihandelszone mit Israel.
Die EG hatte vor neuen Handelsbeschränkungen bei Wein und Stahl gewarnt. Bei Stahl war sie erfolgreich, bei Wein nur in begrenztem Maße. Bei Wein ist folgende Regelung vorgesehen: Die US-Regierung soll andere Länder zur Öffnung ihrer Märkte für amerikanischen Wein bewegen, der hauptsächlich aus Kalifornien kommt. Wenn das nicht gelingt, soll sie Importquoten und anderen Maßnahmen greifen dürfen.
Nur die Anbauer von Trauben zur Weinerzeugung erhalten für zwei Jahre das Recht, bei der Internationalen Handelskommission der Regierung (ITC) Klagen gegen angeblich ungerechte Importe einzureichen.
Bei Stahl wurde die Forderung

EINKOMMENSTEUER / Die Diskussion über die Tarifkorrektur vernachlässigt die Belastung der Unternehmen

Spitzensatz entscheidet Wettbewerbsfähigkeit

Von HANS FLICK

In der Diskussion um die deutsche Einkommensteuer-Tarifkorrektur darf aus Gründen des internationalen Wettbewerbs die Entwicklung in den konkurrierenden Industriestaaten nicht unberücksichtigt bleiben. Die jetzt von der Bundesregierung vorgesehene Tarifkorrektur konzentriert sich auf die - vom bisherigen Tarifverlauf her gerechtfertigte - Begründung der Tarifzone zwischen 60 000 und 80 000 DM; diese wirkt sich - wenn auch geringfügig - in der darunter und darüber liegenden Tarifzone aus. Während man daneben noch die Notwendigkeit sieht, mit unverhältnismäßig hohen Kosten auch den unteren Tarifbereich durch Senkung des Grundfreibetrags zu bedenken, soll der Spitzensatz von 56 Prozent unverändert bleiben. Es gilt als politisch inopportun, durch eine Senkung dieses Spitzensatzes die Steuerlast der „Reichen“ zu vermindern.
Bei dieser Betrachtung wird übersehen, daß der Spitzensatz, der zugleich der Körperschaftsteuersatz für nichtausgeschüttete Gewinne ist, im internationalen Wettbewerb ein Eckdatum ist. Für Investitionen aus dem thesaurierten Gewinn von Kör-

perschaften steht in der Bundesrepublik schon nach der Körperschaftsteuerbelastung nur noch weit weniger als die Hälfte zur Verfügung. Auch unsere großen, international tätigen Personengesellschaften sind entsprechend mit 56 Prozent Einkommensteuer belastet. Zusätzlich müssen noch die in anderen Staaten weitgehend unbekannte Gewerbesteuer und Vermögenssteuer getragen werden.
Bei international tätigen Unternehmen werden jedoch neue erfolgversprechende Vorhaben dort angesiedelt, wo der verbleibende Gewinn nach Steuern am höchsten ist. Aus diesem Grunde kommt in vielen derartigen Überlegungen die Bundesrepublik als Standort für neue Investitionen nicht in Frage.
In anderen Industriestaaten ist zudem seit einiger Zeit eine Tendenz erkennbar, die wettbewerbsrelevanten Spitzensätze bei der Einkommensteuer und Körperschaftsteuer zu senken.
Der amerikanische Präsident Reagan hat zu Beginn seiner ersten Amtszeit den Spitzensatz der Einkommensteuer von 70 auf 50 Prozent vermindert. Der Körperschaftsteuersatz wurde 1978 von 48 auf 46 Prozent herabgesetzt. Daneben hat Reagan er-

hebliche Abschreibungsvereinfachungen und -vereinfachungen durchgesetzt. Für die zweite Wahlperiode hat er weitere Steuersenkungen angekündigt und wird diese - trotz aller europäischer Zweifel - auch durchführen.
Die britische Regierung Thatcher, die zu Beginn ihrer Regierungszeit schon den Spitzensatz der Einkommensteuer von 83 auf 60 Prozent gesenkt hatte, hat zu Anfang dieses Jahres den ersten Schritt zu einer vierstufigen Senkung des Körperschaftsteuersatzes von 52 auf 35 Prozent getan. Es ist damit zu rechnen, daß im nächsten Jahr eine weitere Senkung des Höchstsatzes bei der englischen Einkommensteuer erfolgt.
In den Niederlanden ist der Körperschaftsteuersatz in den letzten Jahren von 48 auf 46 Prozent gesenkt worden und eine weitere Senkung auf 43 Prozent ist vorgesehen.
Der neue kanadische Premier hat erhebliche Steuersenkungen zur Ankurbelung der Wirtschaft angekündigt: Er wird sich bei der Durchführung wahrscheinlich an die für einen Wirtschaftsaufschwung und eine Wiederwahl erfolgreichen amerikanischen und britischen Beispiele halten.
Der französische Staatspräsident

Mitterrand und sein neuer Ministerpräsident planen Einkommensteuersenkungen sowie Gewerbesteuerreduzierungen. Dabei soll der Einkommensteuersatz von 58 auf 50 Prozent gesenkt werden.
Angesichts dieser ausländischen Pläne bedürfen die deutschen Tarifreformüberlegungen dringend einer Erweiterung in den unternehmerischen Bereich. Dabei ist der Zeitpunkt weniger wichtig als die verlässliche Zielschätzung. So könnte man die vom DIET vorgeschlagene durchgängige Tarifsenkung beim Spitzensatz z. B. auch in der Weise durchführen, daß diese Senkung vorübergehend durch eine degressiv in vier Jahren abzubauen Ergänzungsgabe storniert werden könnte. Auch ist im Rahmen einer marktwirtschaftlichen Steuerpolitik durchaus daran zu denken, die erforderliche Masse für diese Steuersenkung durch einen parallelen Abbau von Subventionen zu gewinnen; wenn es nicht anders geht, pauschal über alle Subventionen, ein Vorschlag, den auch die CDU/CSU in der Opposition vertrat.
Der Verfasser ist Leiter der Abteilung Finanzen und Steuern im Deutschen Industrie- und Handelsstag (DIET).

SPANIEN / Gewerkschaft und Arbeitgeber einig

Sozialabkommen ist perfekt

ROLF GÖRTZ, Madrid

Nach monatelangen Ringen einigten sich in Madrid Regierung, Arbeitgeberverband CCOE und die Gewerkschaft der regierenden Sozialistischen Partei UGT über ein neues Wirtschafts- und Sozialabkommen. Regierung und UGT gaben ihre Zustimmung bereits bekannt, der Arbeitgeberverband wird sein Placet heute nach einer Sitzung des erweiterten Vorstandes formulieren. Die an den Verhandlungen ursprünglich mitbeteiligte kommunistische Gewerkschaft Comisiones Obreras weist das Abkommen zurück und rief für den 30. Oktober zu einem Generalstreik gegen das Regierungsprogramm zur Reduzierung der Werkkapazitäten auf.
Zielpunkte des neuen Abkommens sind: Senkung der Arbeitslosenquote (Spanien liegt mit einer Arbeitslosenquote von über 18 Prozent an der Spitze der OECD-Länder) und die Schaffung neuer Arbeitsplätze, zweitens Stützungsmaßnahmen zur Behebung der zur Zeit völlig brachliegenden Investitionen.
Dem neuen Abkommen, das am Dienstag unterzeichnet werden soll, liegen die Pläne für die Haushalts- 1985/86 zugrunde, ausgehend von einer Wachstumsrate von drei

Prozent für das erste und 3,5 Prozent für das zweite Jahr. Die ursprünglich geplante Steigerung des Steueraufkommens von einem Prozent wurde auf Drängen der Arbeitgeber auf 0,8 Prozent gesenkt. Das Mehraufkommen will die Regierung in wesentlichen durch eine effektivere Steuerverwaltung und ein wirksames Bekämpfung der Steuerhinterziehung erreichen.
Die Regierung geht davon aus, daß die Inflationsrate 1985 von derzeit über neun auf sieben Prozent und im Jahr darauf auf sechs Prozent gesenkt werden kann. Entsprechend wird die Einkommenssteigerung für Beamte und Angestellte sowie die Arbeiter der öffentlichen Hand auf eine Marge zwischen 5,5 Prozent und 7,5 Prozent begrenzt. Außerdem verpflichtet sich die Regierung, 25 000 neue Staatsbedienstete einzustellen und über die Vergabe öffentlicher Arbeiten im Rahmen der Infrastruktur 160 000 bis 190 000 Arbeitslosen zu mindestens eine vorübergehende Beschäftigung zu geben. Hierfür sind etwa 900 Mill. DM vorgesehen. Das Arbeitslosengeld soll 1985 auf 43 Prozent und ein Jahr später auf 48 Prozent des Grundlohles angehoben werden, die Altersrente wird um sieben Prozent erhöht.

GOLD / Krugerrand-Sparpläne immer beliebter

Angebot für Kleinanleger

D. G. Hamburg

Eine neue Form der Kapitalanlage, die sich speziell an Sparern mit durchschnittlichem Einkommen wendet, haben in Hamburg die Züricher Gold-Treuhand AG (GTZ) und die Gold Corporation München/Gemf vorgestellt. Mit einer Laufzeit von 15 Jahren und monatlichen Mindestbeträgen von 100 DM baut sich der Sparer bei der GTZ in Zürich ein Depot von Krugerrand-Goldmünzen auf. Die GTZ verwahrt das Gold, das im zollfreien Bereich des Züricher Flughafens gelagert und von der Schweizer Grenztruppe bewacht wird. Dieser Weg wird gewählt, um die in der Schweiz auf Goldmünzen erhobene Mehrwertsteuer von 6,2 Prozent zu umgehen. In der Bundesrepublik sind Goldmünzen mit 14 Prozent Mehrwertsteuer belegt, lediglich in Österreich und Luxemburg ist der Erwerb von Goldmünzen mehrwertsteuerfrei.
Im ersten Jahr seit Bestehen des Krugerrandsparplans haben sich

nach Mitteilung von GTZ-Geschäftsführer Dieter Klein (sein Unternehmen gehört dem US-Versicherungskonzern American International Group) in der Bundesrepublik 2000 Kunden mit einem Sparvolumen von 20 Millionen DM für dieses Programm entschieden. Die GTZ rechnet pro Jahr etwa mit jeweils 2000 neuen Sparern aus der Bundesrepublik.
Der Krugerrandsparplan basiert auf einem bereits vor sieben Jahren aufgelegten Konzept der GTZ, das Geschäftsführer Klein als sehr erfolgreich bezeichnet. Der Betrag der monatlichen Mindesteinzahlung 500 DM. Nach Feststellung der Züricher Gesellschaft beträgt bei dem neuen Programm der durchschnittliche monatliche Sparbetrag 200 DM.
Nach Auskunft von Klein ist der Krugerrand als Basis für dieses Sparprogramm gewählt worden, weil er die bekannteste im Umlauf befindliche Goldmünze und zahlenmäßig unbegrenzt verfügbar ist.

RENTENMARKT / Ausländerrun auf deutsche Titel

Deutlicher Zinsrückgang

Die angekündigte Abschaffung der Kuponsteuer hat dem Markt neuen Auftrieb gegeben. Das zeigt sich nicht nur in der stürmischen Auslandsnachfrage nach der in weniger Stunden ausverkauften 7 1/2 Prozentigen Bundesanleihe; sie war besonders begehrt, weil Ausländer hier mit erheblich größeren Posten bei einem Einzelzettel zum Zuge kommen können als beim Erwerb umlaufender Bundesanleihen. Auch börsennotierte Papiere des Bundes und anderer öffentlicher Stellen profitierten vom Weg-

fall der 25prozentigen Quellensteuer für Ausländer. Ihre Renditen ermöglichten sich erheblich stärker als die von Titeln anderer Emittenten, die im Ausland nicht so stark bekannt und daher auch nicht so stark begehrt sind. Größere Kursgewinne erzielten auch ausländische D-Mark-Anleihen, obwohl sie für Ausländer nun keine steuerlichen Vorteile mehr bieten. Sie bleiben aber weiterhin interessant, weil sie als meist effektiv lieferbare Stücke ein Höchstmaß an Anonymität gewährleisten. (cd.)

Emissionsart	5.10.84	23.9.84	29.12.83	30.12.83	30.12.81
Anleihen von Bund, Bahn und Post	6,98	7,14	7,08	7,45	10,05
Anleihen der Städte, Länder und Kommunalverbände	7,08	7,21	7,72	7,04	10,55
Schuldverschreibungen von Sonderinstituten	7,13	7,15	7,83	7,81	10,26
Schuldverschreibungen der Industrie	7,51	7,56	8,29	8,24	11,52
Kreditanstalten u. Körperschaften	7,17	7,21	7,90	7,85	10,12
Titel bis 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	6,88	6,91	7,64	7,43	10,50
Titel über 4 Jahre rechnerische bzw. Restlaufzeit	7,70	7,76	8,30	7,94	9,75
Inländische Emittenten insgesamt	7,16	7,21	7,89	7,63	10,19
DM-Auslandsanleihen	7,55	7,08	8,08	8,45	10,32

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Münchener Vertragshandbuch - C. H. Beck Verlag: Band 3, Wirtschaftsrecht, 524 S., (Ln.), 178 Mark, bei Abnahme aller Bände 162 Mark, München 1984; Band 4, Bürgerliches Recht, 1338 S., (Ln.), 265 Mark, bei Abnahme aller Bände 225 Mark, München 1983.

Mit dem frisch erschienenen wirtschaftlichen Band 3 des Münchener Vertragshandbuchs findet das insgesamt vierbändige Werk seinen Abschluß. Der bisherige Konzeption der Vertragshandbücher entsprechend, führt auch dieser und der bereits im Herbst 1983 herausgekommene Band 4 zum Bürgerlichen Recht über allgemein gehaltene Formulare zu solchen mit komplizierten und komplexen Fallgestaltungen. Bei dem zuletzt erschienenen Band 3 wurde besonderes Gewicht auf die Erörterung rechtlicher Fragen gelegt, die außerhalb des Routinegeschäftes liegen. Im Abschnitt über das Verlags- und Urheberrecht, der betriebe die Hälfte von Band 3 einnimmt, werden in 65 Formularen

die Bereiche Buch, Musik, Film, Rundfunk, Video, Bühne und Bildende Kunst abgedeckt. Zu den Schwerpunkten des vierten Bandes des Werkes gehören die klassischen zivilrechtlichen Gebiete, die in der anwaltlichen Praxis vorherrschend sind. Dieses vierbändige Handbuch zum Vertragsrecht verschafft durch die Formulare zum einen und die ausführlichen Anmerkungen zum anderen einen schnell erreichbaren Kenntnisstand zu den rechtlich wichtigen Vertragsgestaltungen. Gerade in dieser Gesamtheit kann das Werk als Kompendium dienen, um sich schneller und leichter in der immer vielfältiger werdenden Materie unterschiedlichster Rechtsgebiete zurechtfinden zu können.

Christa Bruhn-Jade: Chrestomathie durch die qualifizierte Sekretärin, WEKA-Verlag, Kissing 1984, 3500 S., 198 Mark.

Wer perfekt sein Metier beherrscht, sollte auch bereit sein, sich per Fachliteratur auf dem laufenden zu halten. Das voluminöse Handbuch, ein

Kompendium in drei Kinstlederordnern, ist ein aus der Praxis entstandenes Nachschlagewerk. Ein speziell geschaffener Aktualisierungsdienst sorgt dafür, daß der Benutzer stets weitergebildet wird und sich gleichzeitig über aktuelle Trends informieren kann. Das übersichtlich gegliederte Loseblattwerk, umfassendes deutsches Standardwerk für Vorzimmer und Vorgesetzte, ist auch in Frankreich (Übersetzung) und in der Schweiz (eigenständige Ausgabe) verbreitet. Ein „Informationspeicher“ also, der nicht nur der Sekretärin dient, auch Chefs, Assistenten, Abteilungsleiter oder Auszubildende finden Fakten, die für den Berufsalltag oder das persönliche Arbeitsgebiet Relevanz haben.

Glanbrecht/Wagner/Zander: Arbeitszeit im Wandel, Rudolf Haufe Verlag, Freiburg 1984, 227 S., 39,80 Mark.

Die kürzlich erzielten Tarifabschlüsse im Metall- und Druckgewerbe mit ihrem flexiblen Einstieg in die 38,5-Stunden-Woche belegen die

Notwendigkeit für mehr Freiheit zur individuellen Arbeitszeitgestaltung. Der Titel „Arbeitszeit im Wandel“ steht daher nicht als Plädoyer für Arbeitszeitverkürzung um jeden Preis, sondern für die bestmögliche Verteilung der vorhandenen Arbeitskraft auf alle arbeitsuchenden Erwerbstätigen. Neue Wege in der Arbeitszeitgestaltung müssen sowohl den Bedürfnissen der Arbeitnehmer als auch den Erfordernissen der modernen Industriegesellschaft der kommenden Jahre gerecht werden. Zahlreiche Aspekte der aktuellen Arbeitszeitdiskussion wie Rationalisierung und Technisierung, Arbeitsmarkt und Tarifpolitik, Dauer der Arbeitszeit im internationalen Vergleich, Verkürzung der Wochenarbeitszeit oder der Lebensarbeitszeit, Teilzeitarbeit oder Job-sharing werden ausführlich dargestellt. Ein sehr aktueller Beitrag, der sich an diejenigen wendet, die konkret über Arbeitszeitgestaltung zu verhandeln haben, aber auch an alle Arbeitnehmer, die sich über neue Formen der Arbeitszeitgestaltung informieren.

NORWEGEN / Wahlen werfen ihre Schatten voraus: Der Haushaltsplan für 1985 sieht großzügigere Ausgaben vor

Erträge aus Ölförderung sichern Etatüberschuß

REINER GÄRTMANN, Oslo

Nach drei Jahren mit einer straffen staatlichen Haushaltspolitik ist die Mitte-Rechts-Koalition in Oslo unter dem konservativen Kaare Willoch nun für 1985 bereit, etwas großzügiger mit den Ausgaben zu verfahren. Darüber hinaus die Steuern zu senken, Gebühren und Abgaben nur minimal anzuheben und - wenn auch nur geringfügig - die Telefongebühren zu senken. Laut Staatsbudgetentwurf für 1985 werden die Ausgaben gegenüber 1984 um 10 Prozent auf umgerechnet 64,7 Mrd. DM steigen. Dennoch wird auch im kommenden Jahr wieder ein Einnahmenüberschuß (2,6 Mrd. DM) zu verbuchen sein, dies dank der Erträge aus der Erdöl- und Naturgasproduktion. An Entwicklungshilfe stellt Norwegen im kommenden Jahr 1,9 Mrd. DM bereit. Dies entspricht knapp 1,2 Prozent des Bruttoinlandsprodukts, womit sich Norwegen an der Weltspitze platziert.
Nach Darstellung der Regierung trägt die ausgabenreduktive Wirtschaft- und Finanzpolitik der vergangenen drei Jahre jetzt Früchte. Sowohl der Staatshaushalt als auch

die Industrie seien saniert, weswegen jetzt die Zügel etwas gelockert werden können. Die Tatsache, daß für September 1985 Parlamentswahlen anstehen und die drei Koalitionspartner auch im eigenen Lager vor allem aus den Provinzen und Gemeinden heftige Kritik für ihre drastischen Streichungen in den Gesundheits- und Sozialsektoren einstecken mußten, dürfte allerdings auch nicht ganz bedeutungslos für die Umstellung gewesen sein. Jetzt werden einige Härten abgebaut. Mehr als eine Milliarde DM für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit bereitgestellt. Das Kindergeld aufgestockt und zudem die Einkommensteuer erneut gesenkt. Real vermindert der Staat hier auf Einnahmen in Höhe von rund 280 Mill. DM. In dieser Legislaturperiode hat die Regierung allerdings nur knapp die Hälfte ihres 1981 gegebenen Wahlversprechens eingelöst, wonach Steuererleichterungen von insgesamt 2,42 Mrd. DM gewährt werden sollten. Der Verteidigungsetat wird 1985 um real 3,5 Prozent aufgestockt, womit Norwegen innerhalb der NATO hinter den USA an zweiter Stelle liegt.

Auch wenn die Regierung davon ausgeht, daß der Konjunkturaufschwung erst in der ersten Hälfte 1985 seinen Gipfel erreicht, wird das Wirtschaftswachstum nicht an das Ausmaß dieses Jahres herankommen. Das Bruttoinlandsprodukt wird voraussichtlich nur um 0,9 Prozent wachsen, was an der leicht nachgebende Off-shore-Förderung von rund 60 auf 57,5 Mill. t Öläquivalente liegt. Bleiben Öl, Gas und Schifffahrt ausgerechnet, lautet die Prognose auf einen Zuwachs von 2,3 Prozent. Finanzminister Rolf Presthus hält an der norwegischen Tradition fest, die Schätzung der Off-shore-Produktion und -Erträge verhältnismäßig pessimistisch anzusetzen. Neben dem schrumpfenden Ausstoß geht es von einem Preis von 80 Dollar pro Barrel und einem Dollarkurs von 8 Norwegischen Kronen aus, derzeit 8,80.

Die Triebkraft des Wirtschaftsaufschwungs verlagert sich immer mehr vom Export auf den Binnenmarkt. Nach vielen Jahren der Stagnation erwartet die Regierung für 1985 einen 2,5prozentigen Anstieg der Industrieproduktion. Angesichts der fallenden

Öl- und Gasausfuhr geht man beim Export real von einem Rückgang um 1,5 Prozent aus. Die sogenannte Festlandindustrie soll dagegen um 4 Prozent besser als 1984 abschneiden. Beim Import wird mit einer Zunahme um 2,3 Prozent gerechnet. Der für dieses Jahr erwartete Rekord-Leistungsbilanzüberschuß von 9,5 Mrd. DM wird 1985 nicht übertroffen. Er hält mit den prognostizierten 7,1 Mrd. DM jedoch immer noch eine beachtliche Höhe.

Zu den kritischen Punkten des Osloer Wirtschaftsplanes zählt die Inflationsrate. Nicht alle Experten stimmen mit der Auffassung des Finanzministers überein, 1985 die Teuerungsrate auf unter sechs Prozent drücken zu können. Unsicherheit bringt vor allem das Verhalten der privaten Haushalte. Die Regierung geht von einem Konsumzuwachs von zwei Prozent aus. Dies setzt jedoch voraus, daß sich die Lohn- und Gehaltssteigerungen tatsächlich an die empfohlenen fünf Prozent halten und die Sparquote der privaten Haushalte auf dem hohen Niveau verharrt.

UNIRENTA - eine intelligente Alternative bei internationalen Geldanlagen

Hoher Wertzuwachs.

UNIRENTA, der internationale Rentenfonds, beteiligt Sie kostengünstig an Dollar-Anlagen. Sie sichern sich die hohen US-Zinsen und profitieren von den Kursgewinnen, wenn die Zinsen fallen.

Durch professionelle Auswahl.

Aus Hunderten von festverzinslichen Wertpapieren findet der UNIRENTA-Fondsmanager die erfolgversprechendsten heraus. Die optimale Auswahl erfordert weltweite Marktkennntnisse, jahrelange Erfahrung, ein sicheres Gespür und den Instinkt des Profis.

Durch mehr Sicherheit.

Mehr denn je kommt es darauf an, Geldanlagen breit zu streuen, das gilt auch für festverzinsliche Wertpapiere. Der UNIRENTA tut dies für Sie. Sein Fondsvermögen ist auf eine Vielzahl von Rentenpapieren erstklassiger Aussteller verteilt.

Durch Internationalität.

Wenn in anderen Ländern die Zinsen und die Marktbedingungen günstiger sind als in Deutschland, investiert UNIRENTA schwerpunktmäßig im Ausland. Zur Zeit liegt über die Hälfte des Fondsvermögens in Amerika.

Damit aus Ihrem Geld Vermögen wird, fragen Sie Ihre Volksbank, Raiffeisenbank, Ihre Privat- und Regionalbank oder fragen Sie uns nach UNIRENTA.

HILTON INTERNATIONAL / Neues Hotel in Tokio

Expansion im Fernen Osten

HANNA G. TOKIO. Wir haben in Japan einen einzigartigen Weg beschritten. Hilton International Co., New York, hält das Joint Venture, das sein Unternehmen mit zwölf japanischen Banken und Versicherungen eingegangen ist, für den Schlüssel zum erfolgreichen Engagement in diesem Land. Soeben hat Nippon Hilton, an der die US-Gesellschaft mit 40 Prozent beteiligt ist, ihr erstes Haus in Tokio eröffnet. Mit Unterstützung der japanischen Anteilseigner glaubt Strand, daß wir in einigen Monaten die Gewinnsschwelle erreichen können.

Einziger war auch die Eröffnungszereemonie: Der Bruder des Kaisers durchschneidet höchstselbst das Band, bevor sich weit über 1000 Gäste im Ballsaal der 130-Millionen-Dollar-Herberge drängen. Der österreichische Hausbau-Experte Richard E. Handl präsidiert die Eröffnung der japanischen Mit-Gesellschaft, die schon jetzt riesige Bankette in Auftrag gegeben haben. Er weiß, daß sein 642-Zimmer-Haus im ersten Jahr zu 75 Prozent ausgelastet sein wird, und er rechnet für diese Zeit mit einem Umsatz von rund 44 Mill. Dollar.

Nächster Schritt wird die Eröffnung eines Hilton International in Osaka sein, das im Bau ist. Auch dieses Hotel wird direkt von Hilton betrieben werden und nicht über die für ausländische Hoteliers allgemein üblichen Franchise-Verträge. Damit steht eine weitere Expansion in Japan nichts mehr im Weg, meint Strand, für den nahezu der gesamte Fern-Osten ein riesiger Wachstumsmarkt ist. Dies gelte gleichermaßen für China, wo Hilton International, dort allerdings im Alleingang, ein 42-Stöckiges-Hotel plant.

Sorgen macht dem Präsidenten lediglich die Stärke des Dollar, die uns

1983 Währungsverluste von 3,3 Millionen eingetragen hat. Die Holding Trans World Corporation, unter deren Dach Hilton International operiert, wird dies indes weniger schmerzen, nachdem sie sich im Februar 1984 von der Fluggesellschaft Trans World Airlines getrennt hat. Ihre übrigen Aktivitäten sind auf den heimischen US-Markt gerichtet, und sie sind allesamt profitabel.

Vor Hilton International repräsentiert Canteen Corporation die gewichtigste Sparte unter dem Dach von Trans World: Sie liefert Massenverpflegung unter anderem an Krankenhäuser, Verwaltungen und Erholungszentren und verdiente 1983 vor Steuern 27,6 Mill. Dollar. Die nur geringfügig kleinere Hilton International - Umsatz 1983: rund 1,1 Mrd. Dollar - verdiente 43,1 Mill. Dollar, aufgrund von Währungsverlusten weniger als im Jahr zuvor. Es folgt Spartan Food Systems, der die Restaurantkette Quincy's gehört und die als Franchise-Nehmer eine weitere Restaurant-Kette (Hardee's) betreibt. Schließlich gehört dazu Century 21, das laut Geschäftsbericht „größte Immobilienunternehmen der Welt“. Sein Marktanteil liegt derzeit bei elf Prozent - das entspricht einem Volumen von 30 Mrd. Dollar - und soll bis 1987 auf 15 Prozent steigen. Der Gewinn dieser wachstumsstärkenden Sparte erreichte 1983 vor Steuern 20 Mill. Dollar, nach nur 5,9 Mill. im Jahr zuvor.

Nicht zur Trans World Corporation gehören die Hilton Hotels in den USA; sie werden von der Hilton Hotel Corporation betrieben, deren internationale Tochter sich bereits 1984 selbstständig gemacht hatte und heute in den Vereinigten Staaten Hotels unter dem Namen „Vista International“ führt. Einschließlich des jetzt eröffneten Hauses in Tokio betreibt Hilton International weltweit 92 Hotels.

NAMEN

Jesko von Stényits wird Sprecher der Geschäftsführung der Dura Tuffing GmbH, Fulda. Weitere Geschäftsführer sind Hans Gahler und Rainer Llenhart.

Horst Heilmann, wurde zum Vorsitzenden des Vorstandes der Vedec eG, Nürnberg, ernannt. Horst Neumaier, Herbert Schielein und Detlef Witt wurden gleichzeitig zu stellver-

tretenden Vorstandsmitgliedern bestellt. Dr. Kießling scheidet zum 31. Oktober aus dem Vorstand aus.

Generaldirektor Dr. Manfred Schiffer, Vorstandsvorsitzender der Landesbank Saar, tritt am 31. Oktober in den Ruhestand. Herbert Weber wird sein Nachfolger, und Ernst Leus wird stellvertretender Vorstandsvorsitzender.

KAFFEE / Widersprüchliche Aussagen zur Preisentwicklung - Weltmarkt-Notierungen könnten sich stabilisieren

Drei deutsche Hersteller erhöhen Mitte Oktober

HERWARD SCHMIDT, Bremen. „Kaffeepreise bleiben stabil“, hieß es, als sich die Kaffee-Erzeugerländer auf ein größeres Angebot einigten. Einen Tag später aber ließ ein Hersteller verlauten: „Kaffeepreise werden erhöht“. Den Verbraucher mußten diese widersprüchlichen Aussagen verwirren. Beim genauen Lesen konnte er aber feststellen, daß sich die erste Meldung auf den Rohkaffeepreis und die zweite auf den Abgabepreis der Röstereien bezog.

Die rund 50 Erzeuger- und 25 Verbraucherländer von Kaffee sind in der Internationalen Kaffee-Organisation (ICO) zusammengeschlossen. Der Kaffeerat, die Vollversammlung des ICO, handelt aufgrund des internationalen Kaffeeabkommens die Angebotsmengen für Rohkaffee auf dem Weltmarkt aus. Diese Quotierung soll die Erzeugerländer vor einem Preisverfall schützen, aber auch für den Konsumenten in den Ver-

braucherländern nicht preistreibend sein. Die deutsche Kaffeewirtschaft forderte zur jüngsten Sitzung des Kaffeerates am 1. Oktober in London eine völlige Freigabe der Angebotsmengen. Doch sie konnte sich damit nicht durchsetzen, denn schon in der EG sind die Ansichten der Verbraucherländer geteilt.

So einigten sich die Vertreter der Erzeuger- und der Verbraucherländer auf 61 Millionen Sack (zu 60 Kilo) als Angebotsmenge für das Kaffeejahr vom Oktober 1984 bis September 1985. Das sind 800 000 Sack mehr als die im letzten Kaffeejahr auf 60,2 Millionen Sack aufgestockte Quote.

Doch nicht nur die Angebotsmenge ist für den Rohkaffee wichtig, sondern auch der Kurs des US-Dollar, denn die bundesdeutschen Röstereien handeln mit fast allen der rund 45 Importländer auf Dollarbasis.

Der Einkaufspreis der Rohware ist aber auch abhängig von der Ernte im

Erzeugerland. Die deutschen Kaffeetrinker bevorzugen Arabica-Kaffees, die Franzosen beispielsweise die Robusta-Sorten. So schlug sich für unsere Nachbarn eine langanhaltende Dürreperiode an der Elfenbeinküste direkt, für die Deutschen über den Börseneinfluß nur indirekt auf den Gestehungspreis nieder. Der Frost in Paraná (Brasilien) Ende August brachte kurzfristig einen Preisanstieg an der Börse.

Die Börsennotierungen sind für die Kaffeeröstereien nur ein „theoretischer Wert“. Ernteergebnisse und Dollarkurs führen zu einem täglich schwankenden Effektivpreis für die Rohware. Der Vorrat der bundesdeutschen Firmen wird von Fachleuten auf einen Verbrauch von sieben bis 14 Wochen eingeschätzt. Doch wird nicht aus allen Herkunftsländern Kaffee in den entsprechenden Mengen gelagert, so daß auch zu Tagespreisen eingekauft wird.

RASTAL / Jedes zweite Bierglas aus dem Westerwald

Wieder hohes Umsatzplus

HANS RAUMANN, Höhr-Glas, Keramik und Zinn, das ist der Aufgabenbereich der Rastal GmbH & Co. KG, Höhr-Grenzhausen im Westerwald. Jedes zweite Bierglas in der Bundesrepublik stammt von ihr. Im Geschäftsjahr 1982/83 (30.9.) setzte das Unternehmen 100 Mill. DM um, das waren 3,5 Prozent mehr als im Jahr zuvor. 1984 werden es 113 Mill. DM sein, also ein Plus von 13 Prozent.

Inhaber des Hauses sind Werner und Günter Sahn-Rastal. Den Schweizer Markt betreut die Schwesterfirma Rastal Sahn & Co. OHG, Chur. Eine hundertprozentige Tochter ist die Keramikfabrik für Feinkeramik GmbH & Co., ebenfalls in Höhr-Grenzhausen. Die Produktionsstätten von Rastal liegen in Höhr-Grenzhausen, Montabaur, Chur und in Kilps-Oberranten. Geschäftsführer ist Gerhard Friedrich. Beschäftigt werden rund 550 Mitarbeiter. Zwei Drittel des Umsatzes stammen aus dem Bereich der Getränke-Industrie. Gegründet wurde das Haus 1919. Sein Geschäftszweck ist die Produktion und Dienstleistung im Bereich der Tisch- und Trinkkultur, sowie die Verkaufsförderung. Kunden sind in der Getränke-Industrie Brauereien, Spirituosenfirmen, Hersteller alko-

holfreier Getränke, Sekt- und Weinhersteller. Zwei Ateliers mit 15 Mitarbeitern und namhaften Designern aus dem In- und Ausland sorgen für ständige Kreativität. Die erfolgreiche Produktentwicklung dokumentieren rund 100 national und international ausgezeichnete neue Glasformen.

Großen Wert legt das nach dem Harzburger Modell geführte Unternehmen auf die Weiterbildung seiner Mitarbeiter. Dafür wurde ein eigenes Trainingszentrum eingerichtet. Finanzell unterstützt Rastal die Gründung einer „Privaten Hochschule für Unternehmensführung“, eine Initiative der IHK Koblenz. Das Haus besitzt eine Ausbildung, der jedem Lehrling ebenso wie dem Management zur Verfügung steht, um in der Freizeit die Anwendung von Computern zu üben. Traditioneller Hintergrund des Hauses Rastal ist eine Sammlung historischer Trinkgefäße, die bedeutendste Europas. Nicht zuletzt aus dieser Sammlung stammen Ideen für Produkte, die als Geschenkartikel über C & C-Großmärkte, SB-Warenhäuser, Kaufhäuser, den Fachhandel und über den spezialisierten Werbegeschäftsgroßhandel vertrieben werden.

SB-EINZELHANDEL / Knapp 60 000 Geschäfte

Auf Großflächen konzentriert

HARALD POSNY, Düsseldorf. Die Unternehmen im Selbstbedienungs-Einzelhandel stellen sich vom quantitativen auf qualitatives Wachstum um. Das macht eine Erhebung des Instituts für Selbstbedienung (ISB) deutlich, die für 1983 einen Rückgang der SB-Geschäfte um 2096 auf 59 836 ausmachte, was bei real nicht sinkendem Umsatz zugleich einen von Jahr zu Jahr erhöhten Abschmelzungsprozess darstellt. Dagegen ist die Flächenexpansion mit einer Gesamtverkaufsfläche von 15,7 Mill. qm zum Stillstand gekommen.

Diese gegenläufigen Entwicklungen lassen zudem erkennen, daß die durchschnittliche Verkaufsfläche je SB-Geschäft um 3,5 Prozent auf 263 (254) qm gestiegen ist. Daraus schließt das ISB, daß - wie schon im Vorjahr - überwiegend kleinere Laden-einheiten geschlossen wurden und entstandene Flächenverluste durch Neueröffnungen und Erweiterungen ausgeglichen worden sind.

Wie in früheren Jahren ging auch 1983 der stärkste Wachstumsimpuls von den Supermärkten (mindestens 400 qm Verkaufsfläche) aus. Ihre Zahl wuchs auf 6495 (6275) mit annähernd 4,5 (4,3) Mill. qm Verkaufsfläche. Zugewonnen haben sowohl der

Die gestiegenen Einkaufspreise des Rohkaffees werden aus Konkurrenzgründen nicht oder - je nach Lagermenge bei Rösterei und Handel - verspätet an den Verbraucher weitergegeben. Der zuerst von Jacobs angekündigte um 50 Pfennig je Pfund erhöhte Abgabepreis „für alle Röstkaffeesorten“ läßt die Preise in den Ladenregalen nicht automatisch steigen. Die Einzelhändler werden sich bis zum 15. Oktober noch zum alten Preis eindecken. Sie entscheiden darüber, ob sie dann die Erhöhung schlucken oder weitergeben.

Der Marktführer unter den Versandröstereien, Tchibo, will erst abwarten, ob die neuen Preise von Jacobs, HAG und Melitta durchgesetzt werden. Der Käufer, der auf den „Kaffeekrieg“ um Röstverfahren und Packungsgrößen empfindlich reagiert, wird über sein Kaufverhalten den Preis mitbestimmen.

(dpa/VWD)

VOLKSWAGENWERK

Belegschaft wird weiter aufgestockt

DOMINIK SCHMIDT, Wolfsburg. Mit einiger Zuversicht betrachtet die Volkswagenwerk AG die weitere wirtschaftliche Entwicklung. Vorstandsmittglied Karl-Heinz Briam erklärte auf der Betriebsversammlung im Wolfsburg Stammwerk, die derzeitige Auftragslage gewährte eine gesicherte Beschäftigung „mindestens bis zum Sommer 1985“. Aus diesem Grunde habe VW auch die restriktive Beschäftigungspolitik gelockert. Bereits im Juli seien wieder Neueinstellungen vorgenommen worden. Bis Ende Oktober rechnet Briam insgesamt mit 3000 neuen Mitarbeitern. Eine weitere Aufstockung der Belegschaft zeichne sich ab; derzeit ermittle VW den zusätzlichen Personalbedarf aufgrund des neuen Tarifvertrags.

Kritik übte Briam an der „monatlangen Diskussion um abgasarme Fahrzeuge und die Einführung von Katalysatoren. Die Verunsicherung potentieller Autokunden habe das Konjunkturma nicht gerade gefördert. Ähnliches gelte für die wieder aufgedammte Diskussion um die Geschwindigkeitsbegrenzung.“ Briam sieht Gefahren dafür, daß die Debatte unschmeßbar geführt werde und für Unruhe Sorge. Vor einer Entscheidung sollten alle in Frage kommenden Faktoren vorurteilsfrei und fachlich gesichert beurteilt werden.

Siegfried Ehlers, Vorsitzender des VW-Gesamtbetriebsrats, setzte sich dafür ein, in der Frage der Arbeitszeitverkürzung keinen Stillstand eintreten zu lassen. Spätestens in zwei Jahren, wenn der jüngst abgeschlossene Tarifvertrag ausläuft, würden auf diesem Gebiet „die Karten neu gemischt“. Ehlers verwies auf Berechnungen, wonach bis zum Jahre 2000 noch bis zu 40 Prozent der heutigen Arbeitsplätze in der Autoindustrie weltweit überflüssig würden.

Die günstige Beschäftigungssituation führt Ehlers vor allem auf die gute Nachfrage nach den Modellen Golf und Jetta zurück. Aber auch die ab 1985 wirksam werdende Arbeitszeitverkürzung habe schon jetzt positive Auswirkungen. Die bei VW verbauten neun Freischichten, so Ehlers, dürften nicht mit frei verfügbarem Urlaub gleichgesetzt werden. Vielmehr gelte es, eine über das ganze Jahr gleichmäßig verteilte zusätzliche Arbeitskraft zu erreichen, damit neue Arbeitsplätze geschaffen werden.

Drecam - unser Cash-Management-Angebot.

Jedes große Unternehmen - ob es national oder international tätig ist - muß heute mehr denn je daran interessiert sein, Geldbewegungen schnell zu erkennen. Denn nur so können liquide Mittel effizient gesteuert werden - auch über Grenzen hinweg.

Voraussetzung ist die unmittelbare Information über Kontostände, Kontoumsätze und andere Daten. Früher unmöglich. Heute durch Elektronik machbar. Über Telefon, Telex, Terminal oder Computer.

Drecam - das Dresdner Bank-Cash-Management-System.

Es kommt aus der Verbindung modernster Elektronik mit unseren internationalen Erfahrungen. Drecam ist kein technisches System allein, sondern eine Idee, oder besser: ein höchst flexibles Konzept, das mit den verschiedensten Techniken realisiert werden kann. Darunter auch mit Btx - oft ausreichend, um nationale Konten zu managen.

Im internationalen Einsatz: balance reporting.

Damit haben Sie als Finanzmanager die Möglichkeit, sich Salden und Umsätze Ihrer weltweiten Bankkonten auf den Tisch zu holen. Und zwar über ein rechnergestütztes Nachrichtennetz. Der Vorteil liegt auf der Hand: Große Entfernungen werden durch kurze Kommunikationszeiten überbrückt. Zeit ist hier wirklich Geld. Selbstverständlich behandelt das „balance reporting“ die für Sie bestimmten

Informationen streng vertraulich. Nur Sie und der Kreis der von Ihnen ermächtigten Disponenten hat Zugang zu den Einzelinformationen. Unsere mehrjährigen Erfahrungen im „balance reporting“ können Ihr Startvorsprung sein.

Drecam bietet Ihnen mehr als Informationen: money transfer.

Drecam ist keine Einbahnstraße. Das internationale „reporting-System“ läßt sich auch für direkte Zahlungsaufträge - money transfers - nutzen. Passwörter und Prüfroutinen sorgen dafür, daß Ihr Auftrag sicher und schnell ausgeführt wird. Sie ersparen sich so den Telex- oder Telefonauftrag.

Für das internationale Konzern-Clearing: Drecam-netting.

Ihr internationales Konzern-Clearing ist eben-

falls elektronisch durchführbar. Unser Drecam-netting bietet Ihnen hierfür alle Voraussetzungen.

Neben den für Sie wichtigen offenen Währungspositionen ermittelt Drecam die Daten für Ihre Konzern-Buchhaltung - ohne manuelle Folgearbeiten.

Die intelligente Ausbaustufe unseres Cash-Management-Angebots: treasury management.

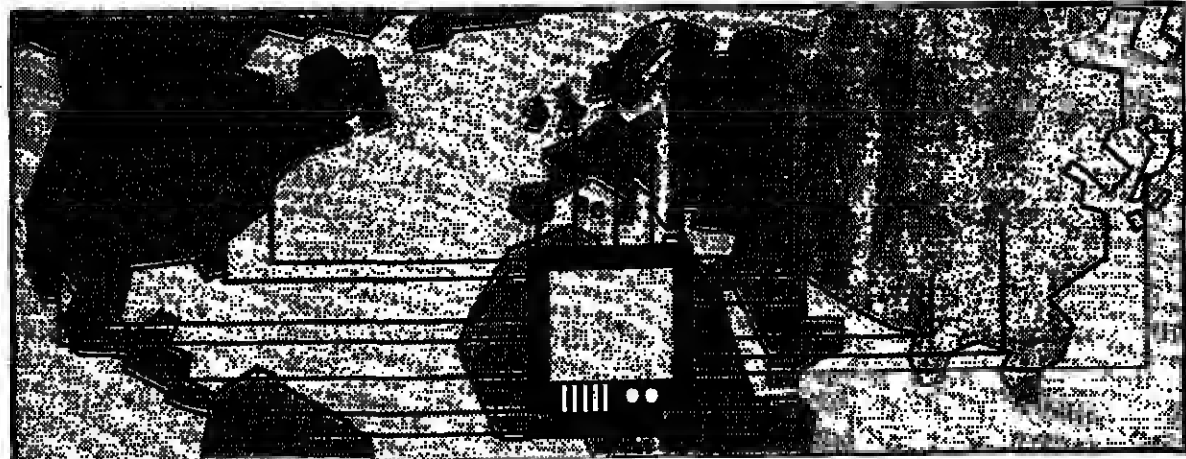
Die fortschreitende Computertechnik und unsere Erfahrung aus dem Dialog mit unseren Kunden hat zu „treasury management“ geführt. Damit werden alle Informationen aus dem beschriebenen „balance reporting“ in einem Mikrocomputer auf dem Tisch des Finanz-Managers gebündelt und mit Ihren Daten verknüpft. Die gesammelten Daten können jetzt mit dem

Mikrocomputer auch zu Planungsdaten für Dispositionen weiter verarbeitet werden. Kontosalen und Kontoumsätze, der valuten-berichtigte Kontostand und Avisposten für erwartete Ein- bzw. Auszahlungen bieten die wesentlichen Ausgangsdaten für eine Vielzahl individueller Planungsvarianten.

Das „treasury management“ kann sowohl mit internationalen als auch regionalen Daten-Netzwerken verbunden werden. Dazu bietet innerhalb der Bundesrepublik Bildschirmtext (Btx) eine wesentliche Ergänzung. Die Auswahl der Datenquellen liegt in Ihrer Entscheidung. Und selbstverständlich ist Ihr „intelligenter elektronischer Gehilfe“ auch in der Lage, für Sie Informationen von internationalen Geld- und Devisenmärkten zu beschaffen. Darüber hinaus hat er noch genügend Kapazität für Aufgaben, die Sie sich ganz speziell für ihn ausgedacht haben.

„Treasury management“ ist Ihr individuelles und flexibles System - so unabhängig, wie Sie möchten.

Wir meinen, keine Anforderung ist der anderen gleich. Aber alle Anforderungen haben Gemeinsamkeiten. Unser Angebot für Sie besteht aus unserer Erfahrung und der Technik, die in Drecam steckt. Dabei sind wir offen für Ihre Wünsche. Sprechen Sie mit Ihrem Firmenkundenbetreuer.



drecam

Dresdner Bank

In Berlin: BHI

FORMEL 1 / 60 000 Zuschauer sahen die Premiere auf dem neuen Nürburgring. Franzose gewann Preis von Europa mit deutschem Motor

Stefan Bellof bei Brabham-BMW, Manfred Winkelhock bei RAM-Hart, Christian Danner bei Ligier-Renault. So etwa könnte aus der Sicht der deutschen Spitzenfahrer die Formel-1-Saison 1985 aussehen. Am Rande der Premiere auf dem neuen Nürburgring wucherten die Spekulationen und Gerüchte. Drei suchen Arbeit, die besten Karten hat wohl Bellof durch die Sprache von BMW, die schlechtesten Danner, der zwar mit der Führungsspitze der Deutschen Renault zu Abend dinierte, danach aber sagte: „Am besten fliege ich Montag nach England und suche nach einem Platz in der Formel 3000.“

Stefan Bellof verhandelt mit Bernie Ecclestone

KLAAUS BLUME, Adenau
Grand-Prix-Premiere auf dem neuen Nürburgring – ohne einen einzigen deutschen Fahrer. Dennoch drehte sich beim vorletzten Lauf zur Formel-1-Weltmeisterschaft 1984 vieles um Manfred Winkelhock (bisher ATS) und Stefan Bellof (noch Tyrrell). Beide, der Waiblinger Winkelhock und der in Monaco ansässige Gießener Bellof, sorgen nämlich auch neben der Rennstrecke für gehörige Aufregung. Winkelhock, weil er versucht hatte, wegen angeblich noch ausstehender Gagen-Zahlungen von rund 251 000 Mark die Rennwagen seines ehemaligen Arbeitgebers ATS per Gerichtsbeschluss pfänden zu lassen. Bellof, weil er sich nach der Sperre seines Teams Tyrrell um einen anderen Arbeitsplatz in der Formel 1 bemüht.

Und Bellof, den der große schottische Rennfahrer Jackie Stewart geradezu mit Komplimenten überschüttete, dem das Männermagazin „Playboy“ bereits in der ersten Grand-Prix-Saison ein seitenlanges Interview einräumte, hat die reelle Chance, künftig für eines der beiden Top-Teams der Formel 1 zu starten. Am Samstagmittag fanden erneute Gespräche zwischen Bellof, dessen Manager Willy Maurer und Brabham-Chef Bernie Ecclestone statt. Es ging darum, Bellof anstelle des bisher verpflichteten Italieners Teo Fabi neben Nelson Piquet, dem brasilianischen Weltmeister von 1983, für den Rennstall Brabham-BMW fahren zu lassen. Bellof zur Welt: „Ich weiß, daß ich im Gegensatz zu Tyrrell bei Brabham nur die Nummer zwei hinter Piquet im Team sein werde. Aber Nummer zwei bei Brabham-BMW ist immer noch sehr viel besser, als Nummer eins bei Tyrrell zu sein.“

Wie ernst um eine Verpflichtung des Senkrechters Bellof gerangelt wird, zeigt folgendes: Eberhard von Kuenheim, der BMW-Vorstandsvorsitzende, BMW-Vertriebschef von Körper, Brabham-Boß Bernie Ecclestone und Paul Rosche, der Turbo-Fachmann von BMW, verhandelten über ein mögliches Engagement mit Bellof. BMW-Rennchef Dieter Stappert zur Welt: „Die italienische Firma Parmalat zahlt dem Brabham-Team die Summe X für die Verpflichtung eines italienischen Fahrers. Diese Summe X ist größer als die Summe Y, die zusätzlich für ein Engagement aufgebracht werden muß. Will Brabham einen nicht-italienischen Fahrer verpflichten, zahlt Parmalat ebenfalls dafür die Summe X, doch dann ist diese Summe kleiner als die noch aufzubringende Summe Y.“ Und wo käme im Falle einer Verpflichtung Bellofs dieses Geld her? Stappert: „Wo Geld eben so herkommt: Aus dem Geldschrank einer Bank.“ Geschäftliche Formel-1-Mathematik.

Nach diesen Gesprächen gab es er-

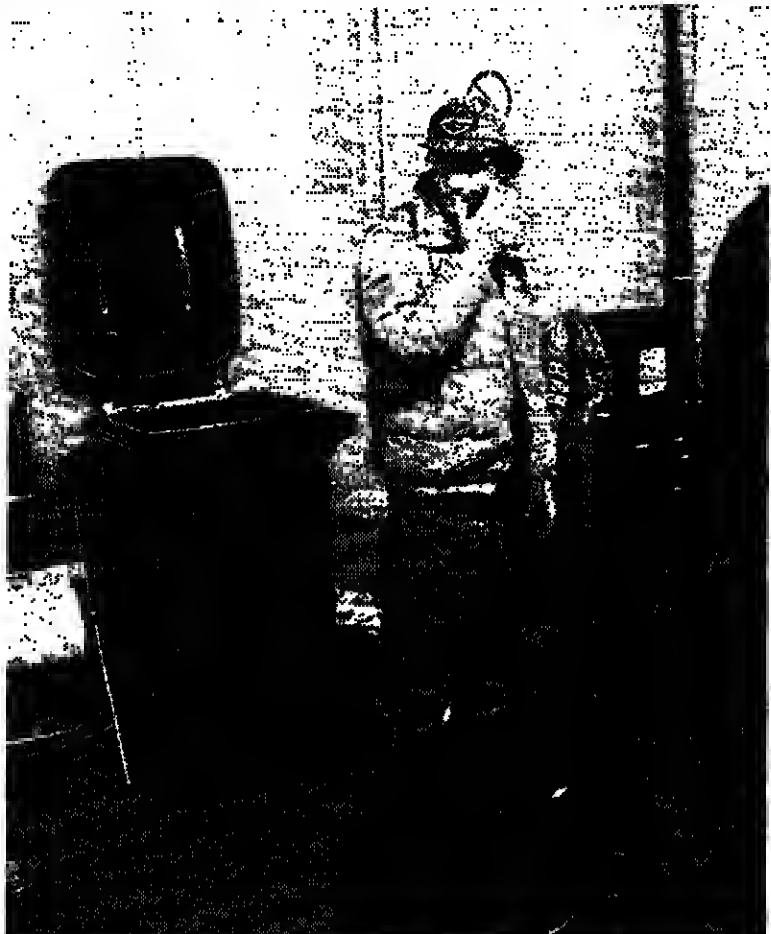
neut Verhandlungen zwischen Bernie Ecclestone, Bellof und Willy Maurer. Maurer: „Man kann sagen, es waren vorentscheidende Gespräche.“ So kann man wohl davon ausgehen, daß nach Jochen Mass (ehedem McLaren) zum erstenmal wieder ein deutscher Rennfahrer in einem führenden Formel-1-Team starten darf.

Käme Bellof bei Brabham-BMW unter, muß er freilich seinen Werksfahrer-Vertrag bei Porsche lösen. Für die Zuffenhausener führt Bellof nämlich derzeit die Langstrecken-Weltmeisterschaft an. Porsche-Sprecher Manfred Jantke: „Wenn Bellof bei Brabham-BMW unterkommt, ist das eine sehr gute Sache, zu der wir rückhaltlos gratulieren würden. Daß er dann bei Porsche nicht mehr fahren kann, ist klar. Aber er weiß auch, daß die Tür bei Porsche für ihn nicht zugeschlagen ist.“

Keinesfalls so gute Karten bei der Suche nach einem neuen Arbeitgeber hat Manfred Winkelhock. Nachdem sich Winkelhock und sein ehemaliges Team ATS aus Bad Dürkheim getrennt haben, versuchte der Waiblinger an rund 250 000 Mark noch ausstehender Fahrer-Gagen heranzukommen, indem er vor 14 Tagen an ATS-Chef Günter Schmid zwei Rechnungen schickte, dann am Nürburgring wegen der Nicht-Begleichung die ATS-Rennwagen pfänden lassen wollte. Nur durch die Hinterlegung von 251 000 Mark beim Landgericht Mannheim konnte Schmid den Nicht-Start seines Teams auf dem Nürburgring verhindern.

Über den Streit mit Winkelhock sagt Schmid im Gespräch mit der Welt: „Es gab bisher zwischen Winkelhock und uns kein schriftliches Abkommen über diese Zahlungen. Winkelhock wollte nämlich mit Hilfe seines Steuerberaters eine steuerungsfähige Konstruktion in der Schweiz schaffen. Erst dann sollte das Geld überwiesen werden. Deshalb handelt es sich zum Teil auch noch um Restbestände aus dem Jahre 1983. Ich habe Winkelhock immer gesagt, ohne schriftliche Belege kann ich kein Geld zahlen, das schließlich in der Firma verbucht werden muß. Wenn er jetzt mit einer falschen eidesstattlichen Erklärung eine Pfändung versucht hat, wird das von unserer Seite aus ein gerichtliches Nachspiel haben.“ Und wie immer dieses ausgeht, wird die Verhandlungsbasis für Winkelhock wird danach bei anderen Teams nicht allzu groß sein.

Es scheint wohl so, als würde Winkelhock bei dem kleinen, unbedeutenden englischen Team RAM ab 1985 sein Geld verdienen müssen, ein Team, das noch einige Klassen unterhalb von ATS angesiedelt ist. Denn die Möglichkeit, beim deutschen Rennstall Zackspeed aus Niederrissen zu fahren, wies Winkelhock weit von sich.



Stoppel vor dem Rennen: Niki Lauda.

FOTO: SIMON



Ungeliebte Zukunft: Günter Schmid von ATS.

FOTO: SIMON

60 000 Zuschauer sahen bei der Formel-1-Premiere auf dem neuen Nürburgring einen überlegenen Sieg des Franzosen Alain Prost. Für Prost war es der sechste Erfolg in dieser Saison. Hinter ihm lagen der Italiener Alboreto, Titelverteidiger Nelson Piquet aus Brasilien und Niki Lauda.

„Zufrieden bin ich nicht, aber so geht es auch“, sagte Niki Lauda direkt nach der Zieldurchfahrt. Bei einem Sieg hätte der Österreicher bereits Weltmeister sein können. Aber er drehte sich in der 22. Runde mit seinem McLaren-Porsche und verlor eine halbe Minute auf den führenden Prost.

Vor dem letzten WM-Lauf am 21. Oktober in Portugal führt Niki Lauda weiter mit 66 Punkten in der Gesamtwertung vor Team-Geführte Alain Prost (61,5 Punkte). Piquet folgt weit zurück. Lauda wird also auf alle Fälle zum dritten Mal Weltmeister, wenn er im letzten Rennen vor Prost landet.

Vor dem Start fuhr Alain Prost auf die Wiese, dann zum klaren Erfolg

KLAAUS BLUME, Nürburgring

Die Entscheidung wurde vertagt. Erst der letzte Lauf zur Formel-1-Weltmeisterschaft in zwei Wochen in Portugal bringt die Entscheidung, wer Titelträger 1984 wird: der Österreicher Niki Lauda oder dessen französischer Teamkollege Alain Prost, der in überlegener Manier die Grand-Prix-Premiere auf dem neuen Nürburgring gewann. Zweiter wurde von rund 60 000 Zuschauern der Italiener Michele Alboreto (Ferrari) vor dem brasilianischen Titelverteidiger Nelson Piquet (Brabham-BMW). Niki Lauda, der in der Weltmeisterschaftswertung weiterhin führt, belegte Platz vier. Er hatte beim Freitagstraining technische Probleme gehabt und war bei kühlem, aber sonnigem Wetter erst vom 15. Startplatz aus auf seinem McLaren-Porsche ins Rennen gegangen, dann nach einem Dreher in der zweiten Hälfte des Rennens mit Rundenbestzeiten verblieben um den Titel gekämpft. Lauda: „Den Sekt hatte ich eh noch nicht kalt gestellt. In der Formel 1 geht es nicht immer so einfach zu, wie es manchmal von außen aussieht.“

Die Nervosität stieg vor dem Start und hatte auch die erfährte, die in diesem Jahr nicht mehr Weltmeister werden können. Zwanzig Minuten vor dem Start zum Großen Preis von Europa verwechselte Nelson Piquet die Toilettenür – und verschwand aufgeregt hinter dem Schild „Für Damen“. Die schnellste Trainingszeit hatte der Brasilianer zuvor erreicht, und deshalb stand er auf dem ersten Startplatz. Doch Piquet, der auf seinem Brabham-BMW solche Situa-

tionen bisher stets hervorragend zu nutzen verstand, kam nicht als erster vom Start weg. Paul Rosche, bei BMW als Turbo-Fachmann zuständig, hatte eine halbe Stunde zuvor bereits trübennig vor einem Glas Weißwein gegessen – nach bisher zehn Ausfällen Piquets in dieser Saison sicher kein Wunder. „Wer weiß“, sagte er, „was heute wieder alles passiert. Meistens passieren uns ja Dinge, an die man zuvor überhaupt nicht denkt. Ich bin sehr pessimistisch geworden.“ Was diesmal bei Brabham-BMW passierte, das war der verpatzte Start des Weltmeisters.

Einen Blitzstart hatte hingegen der Franzose Alain Prost, der die zweit-schnellste Runde im Training zurückgelegt hatte. Prost übernahm vom Start weg die Führung und heute diese gegenüber seinem McLaren-Teamkollegen Niki Lauda nach 20 Runden bereits auf 20 Sekunden aus, und das sind Ewigkeiten in der Formel 1.

Prost fuhr mit dem Ersatzwagen von McLaren-Porsche geradezu wie entseelt, schließlich wußte er, daß er nur mit zwei Siegen in den beiden Weltmeisterschaftsläufen der Formel 1 (Nürburgring und Portugal) den Titel noch gewinnen kann.

Die Fahrt des Alain Prost war um so imponierender, als der 29-jährige das Rennen mit jenem Ersatzwagen bestreiten mußte, den sein härtester Rivale um die Weltmeisterschaft, Niki Lauda, für den Fall eines Regenrennens für sich abgestimmt hatte. Stunden zuvor hatte Prost beim Aufwärmtraining am Vormittag

sein Auto nach einem Dreher in die Wiese gesetzt und fast total beschädigt – ja, die Nerven. Im Rennen saß Prost zum erstenmal überhaupt im Cockpit jenes Wagens, den er dann für einen Start-Ziel-Sieg steuerte.

Und Niki Lauda? Der hatte zuvor gesagt: „Das richtige Maß an Risiko zu finden wird diesmal das Hauptproblem werden. Denn ich muß und ich will angreifen. Nur auf diese Weise kann ich zum dritten Mal Weltmeister werden.“ Lauda griff an, vom 15. Startplatz aus, schob sich bereits nach der ersten Runde auf den neunten Platz vor, um dann eine begelsternde Aufholjagd zu beginnen. In der fünften Runde befand sich Lauda bereits auf dem sechsten Platz, also in der Punkterwertung. Gemeinsam mit dem Engländer Warwick (Renault) und dem Italiener Alboreto (Ferrari) bildete er mit Alain Prost eine Dreiergruppe, hinter die er aber mit elf Sekunden Rückstand zuzückte, als er sich bei einem Überholungsmanöver drehte. Vielleicht hat dieser Dreher Lauda nun sogar die Weltmeisterschaft gekostet.

Fest steht aber auf jeden Fall, daß es für Porsche in diesem Jahr in den beiden höchsten Automobilsportklassen zwei Weltmeister geben wird: In der Formel 1 entweder durch Prost oder Lauda, in der Langstrecken-Weltmeisterschaft durch Mass oder durch Bellof. Porsche-Sprecher Manfred Jantke: „Wir müssen uns überlegen, wie wir 1985 dieses optimale Jahr für unser Haus überhaupt noch steigern können.“

Was Niki Lauda vor dem Rennen in Gedanken durchspielte

Er hat mal gesagt: „Wenn du Erfolg hast, wenn du gewinnst, stehe halt im Mittelpunkt, dann drängen sich die Leute um dich.“ Als ob es nur das wäre! Denn das ist eine geradezu Lauda-typische Unterbreitung der wirklichen Sachlage. Niki Lauda, der bereits zweimal Weltmeister der Formel 1 war, dessen Jahre bei Ferrari, dem erfolgreichsten Grand-Prix-Team aller Zeiten, schon gravierend für die Zukunft gewesen sind, dessen schwerer Unfall vor acht Jahren auf dem alten Nürburgring, dessen Rücktritt und dessen glänzendes Comeback bei McLaren schon heute ein ganz wesentliches Stück Formel-1-Geschichte beinhalten, dieser Niki Lauda ist schließlich unumstritten zur zentralen Figur der Branche geworden.

Und so hoffen sie alle in seinem Team, trotz der Verbeugungen vor

den Fahrkünsten des schnellen französischen Lauda-Kollegen Alain Prost, auf den Titelgewinn durch den Österreicher. Denn kaum ein anderer Fahrer wurde ausserhalb der Branche in der Öffentlichkeit so sehr zum Synonym für diesen Sport wie jener Mann, der davon wie kaum ein anderer gezeichnet wurde, der aber auch wie kaum ein anderer die Wege der Formel 1 in den letzten zehn Jahren vor- und ausgezeichnet hat.

Es ist Laudas ungeheure Konzentration auf diesen Job, die Möglichkeit, überdurchschnittliche Intelligenz auf urplötzlich anstehende Aufgaben geradezu kanalisieren zu können. Einer wie er macht sich kaum Gedanken darüber, was mit ihm passiert, wenn nicht er, sondern Alain Prost den Titel gewinnen würde. Das sind Probleme und Fra-

gen, die er dann bereinigen und für sich beantworten muß, wenn die Situation da ist.

Niki Lauda, mit 35 Jahren der dienstälteste Formel-1-Pilot, war auf den neuen Nürburgring gekommen, um Grand-Prix-Weltmeister 1984 zu werden. Was ihn dabei neben den peniblen Abstimmungsarbeiten mit seinem McLaren-Porsche beschäftigte, waren in Gedanken durchgespielte Situationen, die ihn gewissermaßen auf glückliche Weise den Titel beschert hätten und die Fragen offenlassen würden: Was wäre gewesen, wenn?

Lauda erklärt es: „Wenn es zum Beispiel regnet und das Rennen, wie in Monte Carlo, abgebrochen würde, Prost aber schon raus ist, ich wiederum so günstig liege, daß es für den Titel reicht.“ Oder: „Wenn mir wirklich ein Fahrfehler passiert und ich dabei Prost ungewollt behindere.“

Vorstellungen, bei denen es Lauda graut.

Vielleicht ist es diese Sensibilität, vielleicht auch die Landessart, eigene, aber auch Probleme der Formel 1 überaus diplomatisch, nämlich direkt, an- und auszusprechen, die ihn auch zur zentralen Figur der Zeit gemacht haben. Was oft als Arroganz oder fast nicht mehr nachvollziehbare Cleverness ausgelegt wird, ist letztlich Artikulation ungeschminkter Offenheit. Als Lauda vor Jahren einmal in Holland an dem brennenden Auto eines verunglückten Kollegen vorbeifuhr, ohne ihm zu helfen, sagte er hinterher: „Ich werde nicht fürs Parken bezahlt.“ Als er 1976 auf dem alten Nürburgring verunglückte, korrigierte er diese Einstellung in seinem Buch „Protokoll“. Lauda schrieb über diese Rettungsaktion: „Am großartigsten

ist die Tat von Arturo Merzario, der wie der liebe Gott durch die Flammen geht und es schafft, meinen Sicherheitsgurt zu lösen. Seine Tat hat seine Beziehung zu mir nicht verändert: Der konnte mich vorher nicht leiden und hat mich in der italienischen Presse beschimpft und attackiert, er hat nachher das gleiche getan. Er war also wirklich ein selbstloser Retter. Er hat einen Kerl rausgezogen, den er nicht ausstehen konnte.“

Er ist aus diesem Geschäft einmal kurzzeitig ausgestiegen, weil er eigenen Worten zufolge nicht dauernd im Kreise herumfahren wollte. Und er ist zurückgekommen, als ihm das seine Frau Marlene als eine besondere Form später Pupertät auslegte, als das Turbo-Zeitalter angebrochen war, als sich die Autos extrem verändert hatten. KLAUS BLUME

DER SPIEGEL

In dieser Woche:

■ Biedenkopf im SPIEGEL-Gespräch: „Die Grünen sind noch nicht korumpiert“ ■ Ein Mafia-Boß packt aus: Jetzt zittern die politischen Paten ■ Das Ende des 30jährigen Immobilien-Booms: Leere Wohnungen, sinkende Preise ■ Bayern München-Chef Hoffmann fordert: Nur eine Liga aus 14 Profiklubs, keiner steigt ab, kein anderer auf ■ Nato-General Mack: Kein Erstschatz mit taktischen Atomwaffen.



Statistik der siebten Runde

Leverkusen - Karlsruhe (--)
Schalke - Bremen (--)
Donnerstag, 11. Oktober (20.00 Uhr):
M'gladbach - Braunschweig (6:2)
Das Spiel Mannheim - Köln wurde
verschoben, in Klammern die Ergeb-
nisse vom letzten Jahr.

● Mit insgesamt 192 750 Zuschauern (Schnitt 21 417) gab es fast die gleiche Besucherzahl wie in der sechsten Runde der Bundesliga (193 000). Die meisten Fans (46 000) sahen die erste Saison-Niederlage des FC Bayern in den Münchner Olympiastadion, die weitesten waren (14 900) in Regensburg, stehen nach sieben Spieltagen, der (13 750) in der Saison 1 375 750 Zuschauer zu Buche. Im Vergleich zum Vorjahr nach wie vor ein kleines Plus von 64 000. Mit nur 11 750 Besuchern im Durchschnitt bleibt der 1. FC Köln Letzter in einer Tabelle nach Zuschauerzahlen; es führt Bayern München (41 250) klar vor dem deutschen Meister VfV Stuttgart (38 333). ● Nach sieben Runden der 22. Saison sind vier Spieler mit drei gelben Karten belastet und von einer automatischen Sperre bedroht: Dietmar Kling (Uerdingen), Gerd Bold (Kaiserslautern), Frank Neubarth (Bremen) und Franz-Josef Tenhagen (Böckum). Gegen Spieler von Bayer Uerdingen wurden schon 14 Verwarnungen ausgesprochen. Mit lediglich drei gelben Karten stellt Fortuna Düsseldorf bisher die fairste Mannschaft. ● Borussia Dortmund ist zum 16. Mal während seiner Zugehörigkeit zur Bundesliga Letzter. Zuletzt war das nach dem vierten Spieltag der Saison 83/84 der Fall, als sich gleichzeitig der heutige Dortmunder Trainer Konietzka mit Uerdingen an der Spitze setzte.

Beine, damit Ihr Lkw wieder schnell zum Laufen kommt.
In Betreuung so gut wie in Technik:
Das heißt für Mercedes-Benz auch:
1. Strengste Qualitätskontrollen. 2. Mobiler Transeuropa-Service. 3. Kurze Wege zum Kundendienst. 4. Bestens geschultes Werkstattpersonal.

In Betreuung so gut wie in Technik. Mercedes-Benz.
Ihr guter Stern auf allen Straßen.

Beckenbauers Assistent Köppel: Klaus Allofs soll für Rudi Völler gegen die Schweden stürmen . . .

Von ULRICH DOST

In der Bundesliga hat Rudi Völler (24), Mittelstürmer der Nationalmannschaft und bei Werder Bremen, seit 402 Minuten nicht mehr das Tor getroffen. Irgendwann platzt der Knoten, und dann treffe ich wieder, meinte der Bremer. Wenn es für die Nationalmannschaft im ersten Weltmeisterschafts-Qualifikationsspiel am 17. Oktober in Köln gegen Schweden ernst wird, dann wird Rudi Völler wohl zunächst einmal auf der Reservebank Platz nehmen müssen. Wie es derzeit aussieht, wird sich Assistent Horst Köppel (36) bei Teamchef Franz Beckenbauer (39) für den Kölner Klaus Allofs (26) stark machen. Köppel: „Der Klaus Allofs hat einfach mehr Substanz. Ich habe ihn jetzt mehrfach beobachtet, ich kann ihn Beckenbauer nur empfehlen. Es spricht für den Rudi Völler, daß er so ehrlich ist, seine Formkrise zuzugeben.“ Diese Ehrlichkeit wird ihm den Weg auf die Bank zeigen.

Am Wochenende hat Franz Beckenbauer seinen 30 Spieler umfassenden Kader für das wichtige Spiel gegen die Schweden bekanntgegeben. Wenn sich am Freitag die Nationalmannschaft zur Vorbereitung in der Sportschule in Hennef trifft, werden wahrscheinlich vier Spieler aus dem Aufgebot gestrichen sein. Überhaupt nicht berücksichtigt hat Beckenbauer den Star von Real Madrid, Uli Stielike (28). Wie erwartet taucht der Name Hans-Peter Briegel (28) auf, der auch von Beginn an spielen soll. Der Münchengladbacher Michael Frontzeck (22) sitzt dafür auf der Bank. Im Sturm neben Allofs noch Karl-Heinz Rummenigge (28) spielen. Das vorläufige Aufgebot: Tor: Schumacher, Stein. Abwehr: Brehme, Briegel, Bruns, K.H. Förster, Frontzeck, Hergel, Jakobs. Mittelfeld: Bommer, Falkenmayer, Magath, Mathäus, Rahn, Roloff, Angriff: Allofs, Müll, Rummenigge, Schreier, Völler.

Unlängst hatte Franz Beckenbauer noch bemängelt, die Nationalspieler seien im Spiel viel zu brav und zu anständig. Wer aber Klaus Allofs vom 1. FC Köln und den Stuttgarter Karl-Heinz Förster (25) am Samstag beobachtete, der hatte

gar nicht den Eindruck, daß da friedfertige Chorknaben gegeneinander spielten. Über Catchergriffe, vom Halten am Trikot bis hin zu der Tatsache, daß beide zuweilen den Ball mit den Beinen und Füßen des anderen verwechselten, ließen sie nichts aus, was in die Sparte Kampfsportart hätte passen können. Fast ein Wunder, daß sie beide aufrechten Ganges das Stadion verlassen konnten. „Hinterher ist das alles vergessen“, meinte der Stuttgarter später.

Was sicherlich stimmen mag, doch ganz so ohne weiteres wollte Klaus Allofs die Sache nicht auf sich beruhen lassen. „Warum trittst du mich immer so?“ hatte Allofs seinen Nationalmannschafts-Kollegen noch während des Spiels gefragt und sich dabei vorgenommen, ihm nach dem Spiel nicht die Hand zu schütteln. Allofs: „Erst als er sagte, er würde mich doch

Meniskus-Schaden aus. Am schwersten erwischte es aber den für Hochstatter eingewechselten Armin Veh (23). Gladbachs Arzt Jürgen Seimann (58), der Veh noch in der Nacht zum Sonntag zwei Stunden lang operierte, stellte die Diagnose: „Knöchelbruch und Bänderriß am linken Fuß.“ Drei bis vier Monate wird Veh wohl pausieren müssen.

Die Miene von Trainer Jupp Heynckes (38) verfinsterte sich immer mehr: „Wenn ich unsere Ausfälle summiere, wird mir für die Zukunft bange.“ Daß wird erst recht deutlich, wenn man bedenkt, daß Heynckes in Kaiserslautern ohnehin schon auf vier Stammspieler verzichten mußte: Frank Müll (26), Kai-Erik Herjovsen (25), Norbert Ringels (28) und Winfried Schäfer (34). Nach seinem Armbruch bestritt Nationalspieler Wilfried Hannes (27) mit einer Manschette wieder sein erstes Bundesligaspiel. Nach seiner Auswechslung mußte sich Hannes hinter der Gladbacher Auswechselbank erst einmal übergeben: „So kaputt war ich. Wenn mich ein Ball getroffen hätte, wäre ich umgefallen.“

Ebenfalls mit einer Manschette wird der Libero Bruns wohl am Donnerstag gegen Braunschweig spielen. Ansonsten sieht es noch sehr übel für Heynckes aus. Mit Thomas Krisp (23), kein Bundesligaspieler, und Hans-Georg Drehsen (19), vier Bundesligaspieler, hat Heynckes nur noch zwei Reservespieler. Neue Spieler werden die Gladbacher auch nicht verpflichten. Noch in Kaiserslautern sagte Manager Helmut Grashoff (54): „Dafür haben wir einfach kein Geld.“

Mit seinen zwei Toren besiegte Thomas Allofs (24) die Gladbacher fast alleine. Mit seinen insgesamt sieben Treffern wird der Kaiserslauterer in der Bundesliga nur von einem übertroffen, nämlich von seinem Bruder Klaus, der bislang acht Tore erzielt. Für den jüngeren Allofs sind die Tore derzeit besonders wichtig, denn um ihn gab es in der beschaulichen Pfalz vor der Saison dicke Schlagzeilen. Es war an die Öffentlichkeit gekommen, daß Allofs einen Super-Vertrag ausgehandelt hatte, der ihm ein Einkommen von jährlich



LSC/REUTERS

400 000 Mark sicherte. Thomas Allofs: „Mein Gehalt wurde nur um 40 000 Mark aufgebessert. Und für 100 000 Mark kommt eine Schweizer Werbeagentur auf. Das belastet den Klub nicht. Ganz im Gegenteil: Von dem, was über dieser Summe liegt, bekommt der Klub noch 50 Prozent.“

Die Kollegen haben ihn nicht mißgünstig von der Seite angesehen. Allofs: „Die sind doch selber Profi. Jeder handelt seinen Vertrag aus, so gut es geht.“ Dennoch ist es für ihn angenehm, daß er derzeit regelmäßig ins Tor trifft. Er sagt: „Ich kann nicht sagen, daß mich das ganze Theater unberührt ließ. Nun brauche ich aber keine Worte mehr zu verlieren. Die Tore sprechen für sich.“ Allofs gehört beim 1. FC Kaiserslautern nicht zu den Spielern, die sich freuen, daß Hans-Peter Briegel nach Italien gegangen ist. Briegel sei immer ein wichtiger Spieler gewesen, dessen Weggang bestimmt ein Verlust ist. Allofs: „Die Bayern haben gegen Mannheim auch schon gemerkt, wie wich-

tig Karl-Heinz Rummenigge war. Mit ihm hätten sie nicht verloren.“

Es ist unwahrscheinlich, daß die Allofs-Brüder demnächst wieder in einem Verein spielen werden. Thomas Allofs: „Nur in der Nationalmannschaft würde mich das reizen.“ Mit 24 Jahren ist er noch nicht zu alt, um von diesem Ziel nicht mehr träumen zu dürfen.

Genau 96 Tage war der frühere Nationalspieler Ronald Borchers (27) arbeitslos, nachdem ihn sein Klub Eintracht Frankfurt nicht mehr haben wollte. Am Samstag hat Borchers wieder in der Bundesliga gespielt. Er gab für Arminia Bielefeld zwar ein durchschnittliches Debüt, holte aber immerhin den Freistoß heraus, der zum 2:1-Siegtreffer über Schalke 04 führte.

Den Blick zurück nach Frankfurt wirft Borchers nur im Zorn. Überhaupt nicht gut zu sprechen ist er auf Trainer Dietrich Weise (49). Bor-



Vorsicht, harte Karate-Kämpfer

Vorsicht, Karate-Kämpfer kommen. Der Japaner Oszaki (oben) spielte wegen eines Nasenbruchs mit Gesichtsmaske – und so wild, wie er aussah, trat er auch gegen Optiz zu. Ein Revanchefoul, das ihm als drittem Spieler der Saison einen Platzverweis einbrachte. Mit den Füßen an den Kopf ging es auch im Zweikampf zwischen Bernd Förster und Klaus Allofs (links). Förster sah dafür die gelbe Karte. FOTOS: KRAEMER/REUTERS

2. Liga „Made in Solingen“

Die Fußballfans in Solingen müssen sich an ein ganz neues Gefühl gewöhnen: Acht Jahre lang lebten sie mit der Angst vor dem Abstieg und dem wirtschaftlichen Kollaps ihres Klubs. Jetzt gehört Union Solingen zur Spitze der zweiten Liga. Trainer Eckhard Krautzun nennt dafür nur einen Grund: „Das ist der Lohn harter Arbeit.“ Der Klub war mit 1,7 Millionen Schulden belastet. Unter anderem mit dem Verkaufserlös für Törjäger Wolfgang Schäfer (21 Saisonstreffer), der zu Uerdingen wechselte, konnten die Schulden um 500 000 Mark abgebaut werden. Die Gehälter wurden auf ein Fixum von 1500 Mark gedrückt, die Erfolgsprämien dagegen erhöht. Und, ein Novum im bezahlten Fußball, der Klub wirbt mit der Trikotschrift „Made in Solingen“ für die gesamte Region.

DIE ERGEBNISSE

Aachen - Darmstadt	2:0 (1:0)
St. Pauli - Hertha BSC	1:2 (1:1)
Stuttgart - Freiburg	0:1 (0:0)
Ulm - Solingen	0:1 (0:1)
Büdingen - Köln	2:1 (1:1)
BW Berlin - Hannover	1:3 (0:2)
Saarbrücken - Duisburg	4:1 (1:0)
Wattenscheid - Homburg	2:1 (0:1)
Offenbach - Nürnberg	2:3 (2:0)
Oberhausen - Kassel	2:1 (1:0)

DIE TABELLE

1. Solingen	9	6	1	2	20:14	13:5
2. Hannover	9	6	1	2	20:15	12:5
3. Saarbrücken	9	5	2	2	19:11	12:6
4. Aachen	9	5	2	2	20:13	12:6
5. Hertha BSC	9	5	2	2	16:13	12:6
6. Wattenscheid	9	5	2	2	12:11	12:6
7. Kassel	9	4	3	2	19:17	11:7
8. Büdingen	10	5	1	4	20:15	11:9
9. Nürnberg	10	5	1	4	19:15	11:9
10. Ulm	10	5	1	4	20:17	11:9
11. Offenbach	10	4	2	4	15:14	10:10
12. Stuttgart	9	3	1	5	13:14	7:11
13. Oberhausen	9	3	1	5	15:18	7:11
14. Homburg	9	3	1	5	14:17	7:11
15. Freiburg	9	3	1	5	10:13	7:11
16. Köln	9	2	3	4	13:17	7:11
17. Darmstadt	9	2	3	4	12:16	7:11
18. BW Berlin	9	2	1	6	14:22	5:13
19. St. Pauli	9	2	1	6	13:21	5:13
20. Duisburg	9	1	2	6	12:23	4:14

DIE VORSCHAU

Freitag, 12. Oktober, 20 Uhr: Nürnberg - BW Berlin. Samstag, 13. Oktober, 15 Uhr: Freiburg - Saarbrücken, Kassel - Aachen, Homburg - Ulm. 15.30 Uhr: Hertha BSC - Oberhausen, Darmstadt - Wattenscheid, Duisburg - Offenbach, Solingen - Büdingen. Sonntag, 14. Oktober, 15 Uhr: Köln - Stuttgart, Hannover - St. Pauli.



WM-Stand vor dem letzten Lauf:

1. Niki Lauda auf Michelin.
2. Alain Prost auf Michelin.

„Wer ist Weltmeister, Niki?“ „Michelin.“

Die Fahrer-Weltmeisterschaft in der Formel 1 bleibt spannend bis zum letzten Rennen. Auf welchen Reifen sie gewonnen wird, steht dagegen schon längst fest. Nach den Siegen von Rio, Kyalami, Imola, Dijon, Monaco, Montreal, Detroit, Brands Hatch, Hockenheim, Zeltweg, Zandvoort, Monza und dem jüngsten Triumph am Nürburgring heißt der Weltmeister schon jetzt Michelin.

Was haben Sie davon?

Das gute Gefühl, im Prinzip die gleichen Reifen fahren zu können, die in der Formel 1 allen anderen so souverän davongefahren sind. Denn Michelin hat ja im Grunde nichts anderes getan, als seine Gürtelreifen von der Straße auf die Piste zu übertragen.

Besonders deutlich wird diese gemeinsame Basis im neuen Super-Breitreifen Michelin MXV. Im Urteil der Fachwelt das Stärkste und Sportlichste, was Michelin bisher auf die Straße gebracht hat.



Keine Kompromisse.

MICHELIN

مكة امنه للأصل

"WE'RE THE YOUNG EUROPEANS"

Pankraz, Ernst Udet und die Verwegenheit

Ein Gast aus Amerika wunderte sich. „Bei euch geht es ja nur noch darum, wer was kriegt“, meinte er. Man möchte die Probe auf ein Exempel, die abendlichen Fernsehberichte. Tatsächlich, die ersten fünf „Tages“ drehen sich um die Zuteilung oder Umverteilung, Kindergeldregelung, Forderungen der ÖTV, Luftkassensubvention, nachträgliche Streikgelder oder nicht, Bauernsubvention. Am Abend darauf die gleichen Bilder. Im Mittelpunkt des Weltgeschehens einheimische, zänkische Lobbyisten, die „mehr“ haben wollen und wilde Drohungen aussprechen für den Fall, daß man sich ihnen verweigern würde. Diese Stimmung, die man sich in den Händen zu greifen war, Pommes befeuchtete Leberwurst, die so saßen, als sollte im nächsten Augenblick die Oma aus ihrem kleinen Häuschen gefegt werden.

Wir selbst nehmen das gar nicht mehr wahr. Aber zufällig vorbeikommende Ausländer sind erstaunt, weil sie im allgemeinen ein anderes Bild von der Bundesrepublik mitgebracht haben, ein viel dynamischeres und zufriedeneres. Und zunächst scheint das mit der Weltgeschichte übereinstimmen, die ersten Eindrücke auf dem Flughafen oder auf dem Flugplatz und während der Taxifahrt sind positiv. Das Land ist reich, gut ausgerüstet und blitzblank gewaschen. Um so größer die Überraschung, sobald der Fremde mit den Deutschen ins intensive Gespräch kommt oder das Fernsehen einschaltet. Da enthält sich ihm plötzlich ein Panorama raunender Spießer, die sich zwar einerseits alle unterbehalten fühlen und alles mögliche „verändern“ wollen, andererseits aber von einem schon licherlichen Sicherheitsbedürfnis getrieben werden. Von Dynamik keine Spur.

Es fehlt völlig der Mut zu persönlichem Risiko. Man will wohl verändern, doch die Veränderung soll um Himmels willen kein herzhafte Vorgang in neues, unbekanntes Gelände sein, auf dem man eventuell auch sich selber neu definieren müßte. Es geht immer nur darum, noch mehr Freiheit, noch mehr Reue und noch mehr persönliche Sicherheit aus dem bereits Vorhandenen herauszuschlagen, wobei sich übrigens faktisch sämtliche „politisch relevanten“ Kräfte, von der CDU bis zu den Grünen, einig sind. Gerade bei den letzteren ist die Renten- und Rentnermentalität überproportional entwickelt.

Wie sehr sich hier das Bewußtsein verändert hat, das wurde Pankraz wieder einmal klar, als er in den alten Ulfstein-Reprints blätterte, die Christian Ferber herausgegeben hat und weiter herausgibt. „Uhu“, „Der Querschnitt“, „Die Dame“, demnach soll die „Grüne Post“ des weiland Richard Katz förmlich die Zeitstrahlen wandern. Alle diese Zeitschriften wandten sich an ein jeweils sehr verschiedenes Publikum, wer den „Uhu“ las, griff wahrscheinlich nie zur „Dame“, und die Klientel des „Querschnitts“ wollte bestimmt nichts zu tun haben mit den Abonnenten der „Grünen Post“. Und dennoch: Ein synoptisches Blättern und Vergleichen ergibt erstaunliche Ähnlichkeiten zwischen allen Organen, eine Einheitlichkeit des Zeit-

bewußtseins, das streckenweise fast uniform wirkt und das sich ungeheuer scharf abhebt gegen den heutigen Zeitgeist.

Die äußeren Verhältnisse waren damals – im Gegensatz zu heute – wirklich schlecht, man brauchte kein Egon Erwin Kisch zu sein, um Reportagen mit haarsträubenden Details über die sozialen Zustände etwa am Wedding und rund um die Schönhauser Allee zu schreiben. Aber bezeichnenderweise fehlte nicht nur in den Reportagen des „Querschnitts“, sondern auch bei Kisch selbst jede Weierlichkeit, waltete statt dessen allerorten ein waches, gespanntes Lauern auf die Chance, die es beim Schöpf von Fakten galt, ein brennendes Interesse für neue Entwicklungen in Wissenschaft und Technik, Sport und Militärwesen.

Wenn man sich all die kecken Schieberritzen im „Querschnitt“ oder auch in der „Roten Arbeiterillustration“ ansieht, die abenteuerlich zusammengeklammerten, grob verzeichneten Remonten und Doppeldeckerkonstruktionen, mit denen Caracola oder Udet die tollsten Kapriolen vollführten, die rasanten Moden in der „Dame“, die begeisterten Wissenschaftsfeuilletons von Koester im „Uhu“, die amüsierten Reiseberichte von Katz in der „Grünen Post“, dann fällt es nicht schwer, ein Codewort für die ganze damalige Epoche zu finden: „Verwegenheit“. Ja, die Epoche war bis in die kleinsten Accessoirs hinein geprägt von Verwegenheit, und daran konnten weder Wirtschaftskrisen noch Diktatur und Krieg etwas ändern.

Heute ist uns diese Verwegenheit, dieses kecke Ausgreifen und Sich-selbst-zur-Disposition-Stellen gründlich verlorengegangen. Das liegt bestimmt nicht nur daran, daß die Technik reif und womöglich überreife geworden ist, denn in den USA beispielsweise wird auch noch mit der reifen Technik verwehrt gespielt (man denke nur an die frühen Computer, Hackereien), und immer mehr Leute entscheiden sich dort, den überkommenen Job lassen und noch einmal etwas völlig Neues zu versuchen, auch wenn es sich nicht sofort auszahlt. Bei uns wäre Derartiges zur Zeit völlig undenkbar.

Mit dem oben genannten amerikanischen Gast sah Pankraz auch am vergangenen Samstag vor dem Fernseher, um sich wochenlang zu entspannen. Was boten die beiden öffentlich-rechtlichen Kanäle? Auf dem ersten eine Spieserstory um einen Bausparrer („Klein, aber mein“), auf dem zweiten eine ganz ähnliche Spieserstory um den „Mensch Bachmann“. Anschließend wurden im ersten die Lottozahlen in epischer Breite ausgelost, und im zweiten setzte es eine träge Revue über die fünfziger Jahre. Der Amerikaner wunderte sich abends, Pankraz aber legte den verwegenen alten deutschen Spielfilm „Wasser für Cantiga“ (mit Hans Albers) in den Video-Rekorder ein.

Pankraz

Berlin: Wagners „Walküre“ unter Götz Friedrich Ritt in den Zeitentunnel

Spat kam er, doch er kam, der Premierkranz, und diesmal selbst für das buhrenden Berlin phantastisch wie selten und vergleichsweise einhellig noch dazu. Bevor der Vorhang zum dritten Akt von Richard Wagners „Die Walküre“, Teil 2 der Neuzinszenierung des „Rings“ von Götz Friedrich in der Deutschen Oper Berlin, auch nur hochging, bekamen Jesus Lopez Cobos, der Dirigent, und sein massiv aufspielendes Orchester schon die ersten Widerspruchsalven ab.

Doch es sollte weit schlimmer kommen. Der Walkürritt fand sonnen im Saale statt. Das Publikum wollte Friedrichs Eingebung, die Wunschmaiden Wotans auf einer Walküren-Planke im „Zeitentunnel“ ankern zu lassen wie ein mythologisches Soldatenbündel, nicht demütig akzeptieren. Es ging lautstark auf die Barrikaden. Es gelang ihm zeitweilig heisse Wagners berühmte Sturm- und Wettermusik zu machen. Selten wurde Brunnhilde unter vergleichbaren Turbulenzen zur Ruhe gebracht.

Götz Friedrich hat sich mit seiner Inszenierung im „Zeitentunnel“ seines Ausstatters Peter Sykora gründlich verrannt. Was im „Rheingold“ optisch saugfähig wirkte, tat, stieß der „Walküre“ nun eher im Wege.

Mit Weltstadtmodellen wie auf einer Bauausstellung mobilisiert Gottvater Wotan seinen Hobby-Raum im Tunnel. Aber daß Sykora die Ausstellung nicht abräumen kann, sondern daß Todverkündung, Kampf und Stürben beschwerlich zwischen das Götterspielzeug geraten, erweist sich als inszenatorische Last. Sie sät Miß-

mut. Diese „Walküre“ knausert mit Freuden.

Das ist leider diesmal auch musikalisch der Fall. Jesus Lopez Cobos kämpft sich durch die Partitur, als ginge es auf Leben und Brechen. Das Orchester tut ihm gern den Gefallen und trampelt lautstark auf. Nach jeder Rehepauze (und dann mangelt es nicht) macht sich unangenehm wichtig. Massivität des Vortrags, der brüllende Wagner-Ton wird zum Prinzip erhoben. Er provoziert lautstark Langeweile.

Weder Lopez Cobos noch Götz Friedrich weisen ihren singenden Darstellern einen stilvollen neuen Zugang zu Wagner. Es bleibt beim musikalisch-essensischen Haarruck der aufgekoppelten Arme. Am besten schneiden in solchen Fällen immer Künstler ab mit der reichsten Rollenerfahrung. Das ist in diesem Fall Catarina Ligendza als Brunnhilde.

Sie läßt sich keinen Augenblick lang zum Forcieren verführen. Sie singt sich leicht, unangestrengt und frohlockend durch alle Sperrzeichen hindurch. Die große Julia Varady gibt ihre erste Sieglinde mit sinnlichem Erlebensgestus. Dem fällt leider aller Lyriismus der sauberen Partie zum Opfer. Diane Curry ist eine statische Fricka, doch bleibt sie stimmlich all-

zu dezent. Simon Estes konzentriert sich einstellen auf die notorisch schönen Stellen der Wotan-Partie, die anderen läßt er schleppen. Peter Hofmann ist ein Held, der aussieht wie Siegmund, doch singt er nicht so. Matti Salminen durchwuchelt mit Baßgewalt Hunding's Klaus.

KLAUS GEITEL

Lebensverhältnisse, Mentalitäten, Handlungsformen – Der 35. Deutsche Historikertag in Berlin

Die Wunderdroge Regionalgeschichte

Auf der Theliseite des Veranstaltungsprogramms zum 35. Deutschen Historikertag in Berlin war eine kolorierte Lithographie von Theodor Hosemann mit der Unterschrift „Im alten Tiergarten“ abgebildet. Im Bildhintergrund war das Brandenburger Tor zu erkennen. Vorne im Bild sah man eine Frau mit einem Jungling an der Hand, die einer sitzenden Frau mit zwei schweren Obstkörben vor sich die Frage stellt: „Liebekin, können Sie mich nicht sagen, was das da oben auf dem Dach vorne Fuppe ist?“ Antwort: „Ja nun, was wird das sein! Alte römische Geschichte, Kurfürsten von Brandenburg, Siebenjähriger Krieg, das ist es!“

Daß dieses Arrangement programmatisch gemeint war, daran ließ der Vorsitzende des Verbandes der Historiker Deutschlands, Christian Meier, bei der Eröffnung des Historikertages keinen Zweifel. Abwendung von großen Staatsaktionen! Suche nach dem „Authentischen“! Befragung von Zeugen! Darstellung historischer Vorgänge anhand von Erfahrungsgeschichte und Erlebnisberichten! Mit diesen Stichworten deutete Meier die Substanz des neuen Interesses der historischen Wissenschaft in Deutschland an. Am präzisesten wohl wurde die Schwerpunktverlagerung der historischen Forschung in einer abschließenden Podiumsdiskussion zum Thema „Geschichte von unten – Geschichte von innen“ formuliert.

Der Zulauf vor allem junger Historiker war groß. Die Rekordzahl von 2000 Teilnehmern verdeutlicht das große Interesse für die neuen Fragestellungen: Lebensverhältnisse, Mentalitäten und Handlungsformen. Ausgewandert vermerkte Meier, daß die Berliner Veranstaltung bereits einen Spitzennamen erhalten habe: „Der grüne Historikertag“. Doch Meier setzte politischen Erwartungen, die an den Spitzennamen geknüpft sein mochten, sofort einen Dämpfer auf. Die Frage nach den anthropologischen Dimensionen der Geschichte werde zugleich die Frage der „geistigen Einbürgerung“, der Einbindung des Menschen in den Staat auf. Und der Präsident der FU, Dieter Heckmann, schlug in die gleiche Kerbe mit der Bemerkung, daß es auf dem Historikertag vor allem auch darum ginge, „Identifikationsdefizite aufzuarbeiten“.

Dieses Problem wurde allerdings gleich in einer zentralen Veranstaltung zu Beginn, die sich dem Thema „Geschichte, menschliche Natur und Ordnung“ widmete, sorgfältig ignoriert. Es ging höchst unhistorisch, nämlich biologisch, zu Naturwissenschaftler, die hier zu Wort kamen,



Geschichte von innen? – „Familienglied“, ein Foto von 1908, aus dem Band „Die Kultur der Wilhelminischen Zeit“ von Hermann Kless (Fischer Verlag, Frankfurt, 78 Mark)

FOTO: BEATE KLEIN

wiesen bei ihren Betrachtungen über das Verhältnis von Natur, Geistes- und Kulturgeschichte darauf hin, daß sowohl in der belebten als auch in der unbelebten Natur die Tendenz zu Strukturbildungen, zur Schaffung von „Ordnungsparametern“ vorhanden sei. Der Göttinger Biologe Christian Vogel machte darauf aufmerksam, daß die individuelle Freiheit bei den organischen Lebewesen durch soziale Organisationsformen eingeschränkt sei. Der Stuttgarter Physiker H. Haken sprach in diesem Zusammenhang von der „Konvergenz zwischen Natur- und Geisteswissenschaften“.

Glücklicherweise gab es den Heidelberger Historiker W. Conze, der die Historiker dann doch energisch dazu aufforderte, die „Universalgeschichte“ in erster Linie als eine Kultur- und politische Geschichte des Menschen zu begreifen. Von Universalgeschichte war anschließend kaum mehr die Rede. Es triumphtierte die Regionalgeschichte. Sie wurde das beherrschende Thema.

Lothar Albertin (Siefeld) wies darauf hin, daß die stärkere Hinwen-

dung zur Regionalgeschichte keineswegs ein typisch deutsches Phänomen sei. Der „Regionsbegriff“ sei in den letzten Jahren in zahlreichen europäischen Staaten zu „emphatischer Bedeutung“ gelangt. Der Blick auf die Regionen in Frankreich sei dafür ein ebenso prägnantes Beispiel wie der auf die Besken in Nordspanien. Albertin nahm dann die Gebietsreform in der Bundesrepublik kritisch unter die Lupe. Sie sei überall dort auf Ablehnung gestoßen, wo gewachsene, historische Strukturen ignoriert worden seien. Das wachsende Regionalbewußtsein stehe im Zeichen einer verstärkten Pflege traditioneller Bindungen und des Plädoyers für die „Rückkehr zu kleinen Einheiten“.

Es wurde darauf verwiesen, daß der historische Regionsbegriff keineswegs modernisierungsfreudig sei. Albertin hob hervor, daß die Diskussion über die Gebietsreform in der Bundesrepublik die „programmatische Umwandlung des regionalen Heimatbegriffs“ mit dem Ziel einer Verbindung von Tradition und Fortschritt sehr gefördert habe.

Die im Zusammenhang mit der

Aufwertung des Heimatbegriffs viel diskutierte Frage, ob dies ein Zeichen für ein wachsendes nationales Identitätsbewußtsein der Deutschen sei, das sich an der engeren Lebens- und Erfahrungswelt der Heimat festmache, wurde allerdings nicht aufgeworfen. Zwar fiel das Stichwort von der „Schwächung der großen Identifikation“ durch den Regionalismus, doch bei dieser Andeutung blieb es.

Bisweilen hatte man den Eindruck, daß sich die Historiker der Regionalgeschichte so sehr in ihr Thema verliebt haben, daß sie es für überflüssig halten, über den Tellerrand ihrer gerade erforschten Region hinauszublicken. Ein Indiz dafür dürfte die Kritik von Rainer Fremdling an den Forschungen zur regionalen Industrialisierungsgeschichte gewesen sein. Es gäbe kaum vergleichende Regionalstudien, die Entscheidungen nationaler Wirtschaftspolitik untersuchten und zugleich rückkoppelnd die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den Regionen untereinander thematisierten, meinte Fremdling. Die Einbindung der Regionalgeschichte in den größeren historischen Zusammenhang geschichtsmächtiger Staaten und Staatsgruppen müsse ein Desiderat jedes soliden historischen Forschens sein.

Auch fiel auf, daß die bekanntesten Vertreter des Fachs, Ernst Nolte etwa, Lothar Gall oder Michael Stürmer, sich auf diesem Kongress auffallend zurückhielten. Gall und Stürmer nahmen lediglich an einer Podiumsdiskussion über die Darstellbarkeit von Geschichte in historischen Museen teil. Die „Grundlegung“ für all die in Berlin so wovnevoll ausgebreiteten Regionalismen überließ man den Naturwissenschaftlern.

Deren Beiträge aber, es muß wiederholt werden, nahmen sich im Kontext der thematischen Schwerpunkte des Historikertages oft genug wie der kramphafte Versuch an, der Universalgeschichte die Schau zu stehlen und die Regionalgeschichte, die „Geschichte von unten“, unmittelbar mit der Naturgeschichte zu verbinden. Das mußte notwendigerweise scheitern. Die Frage, ob die Hinwendung zur Regionalgeschichte nicht als bloßer Ersatz für die vielfach verfehlte Beschäftigung mit „großen Staatsaktionen“ dienen sollte, drängte sich unabwendbar auf. Insofern schien die tiefe Verneigung vor dem Zeitgeist auf der Berliner Veranstaltung auf eine handfeste Krise hinzuweisen, eine Krise zwar nicht der deutschen Historikergilde, aber doch des deutschen Historikertages.

AXEL SCHÜTZACK

Berlin: István Eörsi, „Das Verhör“ uraufgeführt

Eine zwiefache Hölle

In diesem neuen, blendend gebauten, dichten, bei aller seiner Grausamkeit immer wieder souverän komischen Stück kehrt die Berliner Schaubühne am Lehmann Platz zurück zu ihrer einstigen Intention, „ein zeitgenössisches Theater“ zu sein. Politik, Menschenqual, Bedrohung, Angst, Solidarität – und wie diese von den Herrschenden gebrochen werden möchte – das sind die Themen des jetzt uraufgeführten Stücks „Das Verhör“.

Der Autor ist der ungarische Schriftsteller, Georg Lukács-Nachfolger, Lyriker (u. a. von Hans Magnus Enzensberger und Michael Krüger übersetzt) und Dramatiker István Eörsi. Er weiß, wovon er hier handelt. Er hat vier Jahre in den Verliesen des stalinistischen Ungarn verbracht. Er leistet Vergangenheitsbewältigung. Er bekam Erlaubnis, dieses Stück – das ihm ist es unterdrückt – in Berlin aufzuführen zu lassen. Er konnte sich dem großen, überwältigten Schlussbeifall zeigen.

George Tabori, selber ein Ungarflüchtling der anderen, der braunen, schrecklichen Jahre, hat es innegezogen. Er ist inzwischen so etwas wie der große alte Mann des deutschen Theaters geworden. Seine hohe und ausgewogene Kompetenz macht die spätere Uraufführung brennend aktuell. Man wohnt zwiefach einem fast wirgenden Meisterstück bei.

Die Szene ist kahl und bedrückend, sie gibt den Blick frei in das Innere eines ungarischen Kerkers, neun Monate nach Stalins Tod. Das Publikum blickt von einem hoch ansteigenden Sitzpodest auf das Spielfeld des Schreckens. Hier werden vier politischen Inhaftierten geschunden. Sie sollen gebrochen werden. Ihre natürliche und brüderliche Solidarität untereinander soll mit allen Finten der Haft aufgebrochen werden. Da ist einmal ein redlicher Altkommunist und Spanienkämpfer, er geriet in das Räderwerk der Partei. Dann ist da ein trotzig-jungkommunist, er geriet ins Räderwerk der Verfolgung. Er wird mit den Mitteln der Partei, die er jetzt verachtet.

Drittens: ein Opfer der alten Schule. Er ist entschlossen, so tief er auch in den Dreck der Menschenqual getunkt wird, sich selber die Hände nicht schmutzig zu machen. Er verteidigt seine Einzelperson, seine bürgerliche Welt. Er trägt seine Hand in Papier. Der Schmutz soll ihn nicht berühren. Und der vierte der Zellen-

brüder ist ein religiöser Spinner. Er gibt nicht auf, an seinen unpersönlichen Gott und die Vergeltung des Himmels zu glauben. Er, auch er, läßt sich nicht brechen.

Im Verwaltungstrakt herrscht der Kommandant. Er nun aber wird, seinerseits, von seinem Politikkommissar und Stellvertreter ständig bespitzelt und bedroht. Angst also auch unter den Unterdrückten und rabiaten Quälgeistern selber. István Eörsi grandiose Spielvorlage greift immer mit doppeltem Bezug in die zwiefache Schrecklichkeit und Unsicherheit aller Diktaturen. Die einen wie die anderen – sie leben unter dem Fluch der Angst. Unfrei sind sie hier alleamt.

Der verunsicherte Kommandant will den alten Spanien-Kämpfer aus der Zelle loskaufen. Er war einst sein Bruder und Kämpfer in den Schlachten des Bürgerkrieges. Der Aufpasser und Politgenosse aber fällt dem Kommandanten in den Arm. Die Brüderlichkeit der leidenden Häftlinge soll radikal vertreten werden. Eine heimliche Doppeltrügdie spielt sich ab, eine Doppelparabel von der Schrecklichkeit absoluter Macht wird erschütternd einsichtig gemacht. István Eörsi Gefängnisstück ist von einer schrecklichen, ist von einer wahrhaft erschütternden Logik.

Es wird blendend gespielt. George Tabori holt alle heißen und hoffnungsvollen, alle wahrhaft humanen Aspekte dieses Höllestückes vorzüglich heraus. Michael Maassen ist ein geradezu blödsinnig komischer, dummer, grundgarstiger Zellenwächter. Die so unterschiedlichen Häftlinge (Ernst Stötzner, Paul Burian, Willem Mense und Wolf Redl) erklären ihre Rollen und unterschiedlichen Leidensfiguren so prägnant wie anrührend. Werner Rehm ist der (selbst immer bedrohte) Kerkerkommandant mit Herzblutern. Und Gunter Berger gibt vorzüglich den Partei-aufpasser, einen kalt kalkulierenden Teufel.

Nachdem das Publikum sich von seinem doppelten Entsetzen erst einmal gelöst hatte, gab es einen um so kräftigeren Beifall für den tapferen Autor, für den trefflichen Inszenator und für die Männer der großartigen Schauspielensammlung. Endlich hatte die Gegenwart (oder doch eine erst jüngst vergangene) die Schaubühne wieder betreten.

FRIEDRICH LUFT

Freiburg: Uraufführung von Botho Strauß „Park“

Oberon als Datenhändler

Nur mit Trauer mag man sich an Shakespeares „Sommernachts Traum“ erinnern, wenn man jetzt das neueste Stück von Botho Strauß, „Der Park“, auf der Bühne sieht. Was müssen das für Zeiten gewesen sein, als ein Dichter den Irrungen und Wirrungen der Liebe noch den Elfenzauber einer Sommernacht, den Duft von Wunderblumen oder die Traumwelt des Waldes in Herz und Hirn treiben konnte. „Der Park“ von Botho Strauß, am Wochenende am Freiburger Theater uraufgeführt, ist nicht einmal eine moderne Version des „Sommernachts Traums“, es ist vielmehr ein Stück über die Unmöglichkeit von Sommernachts träumen am Ende unseres glorreichen 20. Jahrhunderts.

Schon der Titel verrät Reduktion. Der Park ist eben kein Wald, in dem es spukt und zaubert. Ein Park ist geordnete Natur, ist Surrogat. Parkgedanken sind entsprechend bestenfalls Ersatzgedanken mit der manchmal perfiden Schwüle einer Verdrängungsphilosophie. Shakespeares Elfen-Königspaar Titania und Oberon bekommt von Strauß dann auch gleich eine geradezu fantastische Aufgabe zugelegt. Die beiden wollen den Menschen die Sinnlichkeit zurückgeben, ihrer „müden Kälte“ den Zauber der Liebe wärmend überspillen.

Aber schon die Mittel zu dieser großen Erlösungsaufgabe würde ein Jurist als untauglich am untauglichen Objekt bezeichnen. Wenn die beiden Elfen im Park vor den Spaziergängern die Mäntel öffnen (unter denen sie natürlich nackt sind), dann hat das bestenfalls Wesen und Wirkung von exhibitionistischen Kinderscheuchern. Und statt des Duftes der Wunderblume bedienen sich Titania und Oberon einer neuen Kunsttrickung: Der Bühnenbauer Cyprian kreiert im Auftrag der Elfen Miniaturplastiken, unter dem Mikroskop gefertigt, deren Wirkung augenscheinlich eine libidofördernde ist.

Aber was soll dies in einer aufgeklärten Welt von Rechtsanwältinnen (die sich immer für unterdrückte Minderheiten stark machen), arbeitslosen Architekten, sicherheitswütigen Deutsch-Amerikanerinnen und homosexuellen Künstlern bewirken? Was soll das in einer Zeit, die beherrscht ist von „Leistungsexperten und Wohlstandsaufreißern“? Was soll ein „staatlich unterstützter Selbstverwirklicher in seinem Freiraumkäfig“?

Überhaupt war Freiburg ganz unverhofft in den Genuß des ins primäre noctis gekommen. Abgesprochen war die Premiere mit der Berliner Schaubühne. Da diese aber wenige Tage vor dem Termin wegen eines Krankheitsfalles passen mußte, ging die Uraufführung an die nächste Bühne. Und das war zufällig Freiburg. Das Publikum jedenfalls hielt sich an die ironischen Gags und amüsierte sich. Und es verliebte den meisten Darstellern sogar, daß sie nicht sprechen können.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLICH

voll Quatsch und Fäulniswärme“ damit anfangen? Nichts natürlich. Untaugliche Mittel am untauglichen Objekt. Und es hilft Oberon auch nichts, daß er wütend seinen unfähigen und korrupten Künstler („Jetzt bin ich auch ein Untertan der Menge“) entläßt und die Dinge selbst in die Hand nimmt, indem er sich unter die Menschen begibt. Was geschieht ihm? Er wird Datenkaufmann und verwickelt sich in Verkehrsunfälle.

Botho Strauß gelingt immer wieder herrliche, zeitkritische Szenen. Aber es gelingt ihm kein Stück. Und er weiß das. Wo Beliebigkeit, Austauschbarkeit, Redundanz herrschen, wo man sich in Ideologien leichtfüßig verliert, weil sie keine innere Stringenz haben, wo Problemverwässerung in dem Satz gipfelt: „Wir werden es schon schaffen, wenn wir so weitermachen wie bisher“ – da kann kein Drama entstehen.

Aber die Katze beißt sich bei Botho Strauß immer in den Schwanz. Die Beliebigkeit ist auch sein dramaturgisches Prinzip. Und so entstehen lauter hübsche, komische, traurige Einzelbilder. Die Handlungsstränge werden fallengelassen. Die Personen versinken einfach. Und am Ende ist wieder nur Redundanz.

Dem entkommt auch die Freiburger Inszenierung (deren ersten Akt ich leider sinnigerweise wegen milderer Autobahn-Staus verstaumt) nicht, zumal sich Regisseur Dieter Bitterl allzu sklavisch ans Buch gehalten hat. Er zerlegt das Stück durch permanente Umbauten noch mehr in hübsche Einzelheiten. Und auch das Bühnenbild von Brigitte Friesz betont den Phantasieverlust zu eindimensionalen Kargheit – das gilt für die ganze Uraufführung – muß man nicht mit Kargheit darstellen. So geschieht in Freiburg das, was bei Botho Strauß leicht passiert: Die Tragik des Verlusts kommt zu kurz.

Übrigens war Freiburg ganz unverhofft in den Genuß des ins primäre noctis gekommen. Abgesprochen war die Premiere mit der Berliner Schaubühne. Da diese aber wenige Tage vor dem Termin wegen eines Krankheitsfalles passen mußte, ging die Uraufführung an die nächste Bühne. Und das war zufällig Freiburg. Das Publikum jedenfalls hielt sich an die ironischen Gags und amüsierte sich. Und es verliebte den meisten Darstellern sogar, daß sie nicht sprechen können.

LOTHAR SCHMIDT-MÜHLICH

JOURNAL

Deutscher Künstlerbund eröffnet Ausstellung

dpa, Frankfurt
Eine „großzügige staatliche Förderung“ der Künstler in der Bundesrepublik hält Altbundespräsident Walter Scheel für nützlich. Bei der Eröffnung der Jahresausstellung des Deutschen Künstlerbundes sagte Scheel in seiner Funktion als Ehrenpräsident der Künstlervereinigung in Frankfurt, trotz der anerkennenswerten Bereitschaft zur Sparsamkeit in den öffentlichen Haushalten dürften nicht ausgerechnet der Kunstsektor als „leichteste Beute“ erscheinen. Die 32. Jahresausstellung zeigt bis zum 15. November 375 Arbeiten von über 250 Künstlern.

1. Internationales Festival des Video-Clips

AFF, Saint-Tropez
Rund 2000 Teilnehmer, darunter 300 Journalisten, werden zum 1. Internationalen Festival des Video-Clips von heute bis zum 11. Oktober in Saint-Tropez erwartet. Zur Aufzählung kommen 450 Clips und 120 gefilmte Konzerte aus aller Welt. Vertreten sind nach den USA vor allem Großbritannien, die Bundesrepublik, Österreich, Frankreich, Italien und Japan. Als Preise werden „Grands Clips“ in Gold, Silber und Bronze sowie drei Sonderpreise verliehen.

Intensivstationen sind besser als ihr Ruf

dpa, Freiburg/Br.
Klinische Intensivstationen sind besser als der ihnen gelegentlich zugeschriebene Ruf. Die Mehrheit der Patienten fühlt sich auf der hochtechnisierten Station geborgen und keineswegs in eine „Reparaturwerkstatt“ verlegt. Dies war auf der 16. Jahrestagung der Deutschen und Österreichischen Gesellschaft für Intensivmedizin in Freiburg zu hören. Der Vorsitzende der deutschen Gesellschaft, Prof. Hansjörg Just (Freiburg), meinte, auch von den Patienten werde die Technik als „hilfreicher Freund“ angesehen. So hätten z.B. Infarktpatienten dank der „Apparatemedizin“ heute ungleich größere Überlebenschancen als noch vor etwa 20 Jahren.

Leichter Anstieg der Kinobesuche

dpa, Wiesbaden
Mit 3,4 jährlichen Kinobesuchen sind die Hamburger – statistisch gesehen – die eifrigsten Kinogänger der Bundesrepublik. Sie gehen doppelt so oft ins Kino wie z.B. die Niedersachsen. Das verzeichnet das „Filmstatistische Taschenbuch 1984“ der Spitzenorganisation der Filmwirtschaft in Wiesbaden, das jetzt erschienen ist. Danach stieg die Zahl der Kinobesuche in der Bundesrepublik von 1982 auf 1983 um 0,6 Prozent auf 125,3 Millionen verkaufte Eintrittskarten.

Heinz Kindermann 90

Wer den zierlichen alten Herrn – meist in Begleitung seiner einzigen Hornerin in München und jetzigen Gelehrten der Theaterwissenschaft, Margret Dietrich – als ein Bild aus dem liebvertrauten Wien über die Straße gehen sieht, der erinnert sich gern, daß Heinz Kindermann von einem französischen Freund „Henri le Fondateur“ genannt wurde, aber angesichts des Umfangs seiner wissenschaftlichen Leistung auch „Le Grand“ heißen könnte. Heute wird Kindermann 90 Jahre alt. Unmöglich, alle seine Publikationen aufzuzählen, denen er soeben den vierten Band einer Geschichte über das Theaterpublikum zugelegt hat. Die bedeutendste seiner Gründungen ist das Wiener theatergeschichtliche Institut, das er unter Hinfanzsetzung



Heinz Kindermann FOTO: ROLF SCHÄFER

aller Bedenken und politischen Schwierigkeiten mitten im Krieg aus dem Nichts ins Leben gerufen hat. Schon in jungen Jahren hatte der gebürtige Wiener im Unterrichtsministerium eine eigene Abteilung für Volksbildung geschaffen, dann eine Wanderbühne, hatte die Theatergemeinden des Burgtheaters ins Leben gerufen und so weiter. Am liebsten aber arbeitete er wohl nachts am Schreibtisch in seinem Institut für Theaterwissenschaft, wobei ihm Puck, eine prächtige Mischung aus Wild- und Angorakatze, voll Ernst über die Schulter sah. egw

„Brückenschlag“ in die Heimat – Rettung für 40 000 Brasilianer

MARIA GROHME, Hamburg
Von der „asa branca“, der Wildtaube, erzählt ein brasilianisches Volkslied, daß sie davonfliegt, wenn die Dürre kommt. Ihr Bild und ihr Name auf dem weißen Chevrolet des Padre Geraldo Gerson bedeuten jedoch für die 40 000 Brasilianer der Gemeinde Simplicio Mendes im Bundesstaat Piauí Überlebenshilfe, das heißt: Saatgut, Nahrung, Lohn.

Gerhard Gereon, 47 Jahre alt, in Hamburg geboren, verließ vor 18 Jahren als junger Kaplan seine Gemeinde in Osnabrück, um eine freigeordnete Missionarstellung in Brasilien zu übernehmen. Nach seinen Worten sieht er seine seelsorgerische Aufgabe nicht „jüngelst von der konkreten Situation der Menschen“. Seine Mission schließt für ihn die Verpflichtung ein, die „Not und die Ursache zu beseitigen“.

Die konkrete Situation seiner Gemeinde wird seit Jahren von Dürrekatastrophen und Armut gekennzeichnet. Der Nordosten Brasiliens, das „Armenhaus der Nation“, wird in regelmäßigen Abständen von Trockenperioden heimgesucht, die jedesmal nahezu 90 Prozent der Ernte vernichten.

Die Bevölkerung hungert, und Padre Gereon erreicht Briefe, die von unvorstellbarem Elend berichten. Die Kindersterblichkeit steigt in dieser Gegend, in der ohnehin kaum 40 Prozent der Kinder überleben. Eine Familie hat kürzlich innerhalb von 20 Minuten zwei ihrer Kinder verloren. Sie starben an den Folgen der Unterernährung. Jede Grippeinfektion kann tödlich verlaufen, weil die Körper der Hungernden keine Widerstandskraft mehr besitzen.

In dieser Situation organisierte

Gerhard Gereon einen „Brückenschlag in die Heimat“. Spenden seiner Freunde und Verwandten ermöglichen es dem Priester, monatlich etwa 6250 Familien, das sind mindestens 32 000 Menschen, mit Nahrungsmitteln zu versorgen. Fünf Tage ist ein Lastwagen mit Reis unterwegs, bis er die 2100 Kilometer von einem nicht von der Dürrekatastrophe betroffenen Gebiet bis Simplicio Mendes zurückgelegt hat. Dann beginnt die Verteilung. An fünf Orten der Pfarrei werden monatlich etwa 25 Tonnen Nahrungsmittel ausgegeben: 20 Kilogramm Reis, 20 Kilogramm Mais und drei Liter Speiseöl für jede Familie. Die Kirchen, in denen verteilt wird, sind an diesen Tagen keine Stätte der Andacht.

Parallel zu der direkten Hilfe von außen leitet und koordiniert der Priester ein Hilfsprogramm, das als Hilfe zur Selbsthilfe bezeichnet werden kann. Sie setzt dort an, wo die vom Staat organisierten Maßnahmen nicht ausreichen. Denn die von der Armee geleiteten Arbeitseinsätze, die Wasserauffüllbecken für den spärlichen Regen schaffen sollten, erreichen nicht alle Katastrophengebiete.

Pfarrer Gereon baute mit 500 Familienmitgliedern inzwischen 50 Staubecken. Die Männer bekommen einen Tageslohn von etwa drei Mark, der alle zwei Wochen ausbezahlt wird – und zwar pünktlich, ganz im Gegensatz zu den staatlichen Löhnen. Die kommen oft erst, wenn das Geld längst auf Kredit ausgegeben ist. Die Verteilung der Nahrungsmittel, die Lohnzahlungen und die Materialausgaben bedeuten für den Padre täglich viele Kilometer im Auto durch seine 6500 Quadratkilometer große Pfarrei – und wenig Schlaf.

Dabei kann er durchaus nicht damit rechnen, daß er ungehindert arbeiten kann. So hatte er einmal ein leerstehendes Haus in der Nähe seiner Kirche als Lagerhaus für Saatgut genutzt. Als die Zeit kam, die Saat an die Bauern zu verteilen, war das Haus abgeschlossen, und die Polizei hinderte ihn am Zutritt. Das Haus sei Staatsgut, und die dort lagernden Säcke gehörten dem Staat. Pfarrer Gereon rettete die Situation mit unorthodoxen Methoden: Er verschloß die Kirche und veranstaltete ein „Sit-in“ – für die durchweg gläubigen Brasilianer eine eindrucksvolle Demonstration „geistlichen Durchsetzungswillens“. Am Nachmittag war Gereon im Besitz der Schlüssel; das Saatgut wird nun in der Kirche gelagert.

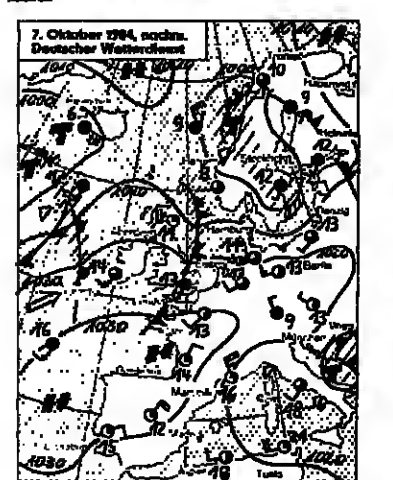
Aber es wird ihm auch staatliche Anerkennung zuteil. Gerhard Gereon, der die brasilianische Staatsangehörigkeit angenommen hat, wurde von der Landesregierung von Piauí zum Ehrenbürger ernannt. In seiner Dankesrede bekräftigte er seinen Willen, in Piauí weiterzukämpfen – die „asa branca“ fliegt nicht fort.



Ein Mann der Tat: Padre Gereon
FOTO: DIE WELT

WEITER: Wechselhaft, mild

Wetterlage: An der Nordflanke eines zu den Alpen reichenden Azorenhochs ziehen atlantische Tiefdruckgebiete über die Nordsee hinweg ostwärts und erfassen dabei das nördliche Deutschland.



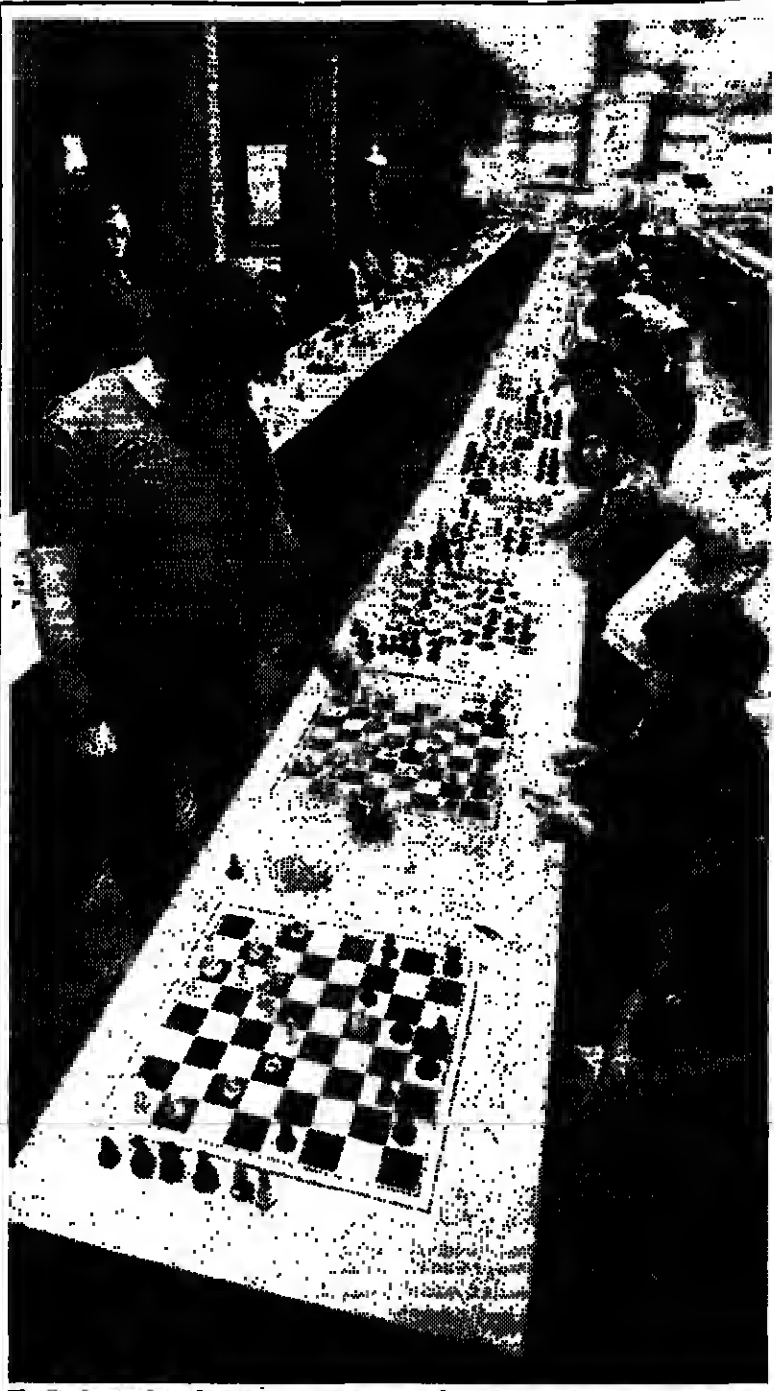
7. Oktober 1984, mittags
Deutsches Wetterdienst

Vorhersage für Montag:
Nord- und Westdeutschland sowie Raum Berlin: Zunächst aufgelockerte, im Tagesverlauf zunehmende Bewölkung und nachfolgend zeitweilige Regen. Nachmittags 12 bis 16 Grad, nachts um 9 Grad. Mäßiger Wind aus Südwest. Im Süden: Heiter bis wolkig und trocken. Nachmittags um 15 Grad, nachts 5 bis 9 Grad.

Weitere Aussichten:
Im Norden wechselhaft, im Süden weiterhin freundlich. Temperaturen wenig verändert.

Temperaturen am Sonntag, 13. Uhr:	
Berlin	13°
Bonn	13°
Dresden	12°
Essen	13°
Frankfurt	11°
Hamburg	11°
List/Sylt	13°
München	9°
Stuttgart	11°
Alger	18°
Amsterdam	13°
Athen	27°
Barcelona	18°
Brüssel	12°
Budapest	14°
Bukarest	20°
Helsinki	12°
Istanbul	30°
Kairo	30°
Kopenhagen	12°
Las Palmas	22°
London	13°
Madrid	12°
Mallorca	12°
Moskau	18°
Nizza	18°
Oslo	11°
Paris	13°
Prag	13°
Rom	18°
Stockholm	12°
Tel Aviv	28°
Wien	15°
Zürich	11°

Sonnenaufgang am Dienstag: 6.35 Uhr, Untergang: 17.42 Uhr, Mondaufgang: 17.53 Uhr, Untergang: 5.39 Uhr
*in MEZ, zentraler Ort Kassel



Ein Peripatetik in höchster Konzentration: Großmeister Hort während der 50. jährigen Schachpartie.
FOTO: SVEN SIMON

„Mein letzter sälscher und fiesischer Test“

Großmeister Hort bricht Weltrekord im Simultan-Schach

ANDREAS ENGEL, Köln
Auch Großmeister liegen manchmal flach. Der Schachspieler Vlastimil Hort, der diesen Titel trägt, ist sogar froh drum. Er schläft fast ein auf dem Massagetisch, erschöpft, wie er ist. „Wissen Sie“, sagt der 40-jährige Tscheche, „sowas kann man nur ein- oder zweimal machen im Leben.“ Er tat es gerade zum zweiten Mal.

Der kräftige, schraubartige Mann beantwortet Fragen in gebrochenem Deutsch, während seine Beine weichen werden. Er lächelt gequält und möchte viel lieber seine Ruhe haben. Es geht nicht. Es ist die Stunde des Siegers: Vlastimil Hort hat nach 1978 in Reykjavik seinen zweiten Weltrekord im Simultan-Schachspielen aufgestellt: In 32 Stunden und 30 Minuten absolvierte er – ohne Pause, ohne Schlaf – 683 Partien gegen 500 Spieler. Dafür schüttelte sie ihm jetzt die Hände, gibt es Küßchen von den Damen. Insgesamt legte Hort ganze fünf „Päuschen“ zu je fünf Minuten ein; dann wechselte er sein Hemd, aß und trank ein wenig und ließ sich massieren.

Mehr als 45 Kilometer legte der bulgarische Großmeister in dieser Zeit im Köln-Forster Sportzentrum zurück. Sechs Pfund verlor er dabei.

Was denkt sich so einer überhaupt? Ist er noch mit „normalem“ Maßstab zu messen? Es ist schlicht, weiß mehr als Durchschnitt, falls „normal“ damit umschrieben werden sollte. „Er ist ein Wunder an Präzision“, sagt der Solinger Schiedsrichter Lutz Ebbinghaus. Mehr als 96 Prozent seiner Spiele hat Hort gewonnen. Und das überwiegend gegen gestandene Vereinsspieler.

„Am schlimmsten war es Samstag nach zwischen zwei und vier Uhr“, erinnert sich der „große Meister“. Als er Freitagfrüh um 9.10 Uhr seinen

Weltrekord startete, hatte er keine Ahnung, daß man jemals so einen toten Punkt erreichen könnte. „Plötzlich bist du unkonzentriert, machst Fingerfehler. Du willst den Springer setzen, aber nimmst den Turm.“ In dieser Phase brauchte Hort auch die meiste Zeit zum Ziehen. Normalerweise schlenderte er kontinuierlich setzend an den Brettern entlang, mehr als höchstens 30 Sekunden gönnte er sich auch bei den schwierigsten Konstellationen nicht. Während des toten Punkts – nach etwa 500 Spielen – machte Hort dann auch die meisten Fehler. Der neue Weltrekord schien in weite Ferne zu rücken. 1982 hatte Karl Podzielsky aus Essen 575 Partien gegen 300 Kontrahenten in 48 Stunden bewältigt. „Du schaffst es“, munterte ihn Wilfried Hilgert auf.

Hilgert, Spiritus rector dieser Veranstaltung. Unternehmer, Eigentümer des Sportzentrums und Förderer Horts war es auch, der den Tschechen vor sechs Jahren für den amtierenden deutschen Mannschaftsmeister SG Forst gewann. Seitdem lebt der Prager Hort mit seiner Frau in dem Kölner Vorort.

Samstag mittags 13.30 ist es soweit: Hort hat den Weltrekord zurück. Aber der Mann bleibt still. Kein Schrei, kein Temperamentsausbruch. Hort schluckt nur, holt tief Luft und strahlt. Aber er wirkt müde, noch eine Runde, nach vier Stunden. Ein Guinness-Rekord für die „Ewigkeit“?

Seine Schritte werden immer behäbiger. Er agiert nur noch im Zeitlupentempo. Hort, der Hunderten von Spielern Schach gesagt hat, ist plötzlich selber matt. Er hat den Rekordversuch unternommen, um sich „sälsch und fiesisch zu prüfen“, war sein letzter Kommentar. Es war auch sein „letzter Versuch“. Wie gut, daß er gelang.

LEUTE HEUTE

Lebers Lorbeeren

Den alten sinnigen Spruch „Jeder kehre vor seiner eigenen Tür“ hat jetzt der frühere Bundesverteidigungsminister Georg („Schorsch“) Leber, der gestern seinen 64. Geburtstag feierte, um eine neue Dimension bereichert. Naturfreund Leber war all das, was Wanderer am Watzmann an Urat zurück ließen, schon immer ein Dorn im Auge. An diesem Wochenende rückte er, damit eine verlorene Wette in Frank Elstners „Wetten, daß...“ einlösend aus, nicht um Lorbeeren, dafür aber den Wohlstandskreppl einzubringen. Nur mit einem rechnete Leber nicht: Das eigentliche Ziel seiner Säuberungsaktion, das Watzmann-Hoch bei 2651 Meter Höhe, blieb ihm wegen vorzeitigen Schneefalls verschlossen.

Saure Weinkönigin?

Der deutsche Wein hat eine neue Königin: Die 23-jährige Winzertochter Ursula Maur aus Mayschoß im Ahrtal wurde am Samstag in Trier zur Repräsentantin der rund 100 000 Hektar Rebfläche umfassenden deutschen Weinbaugemeinschaft ernannt. Mit besten Zukunftswünschen und Tränen im Auge setzte die scheidende Weinkönigin Carola Geiger aus Württemberg ihrer Nachfolgerin unter dem Applaus von 2000 Zuschauern in der Trierer Europahalle die Krone aus massivem Goldgeflecht ins dunkle Haar. Die Königin wird die Glückwünsche dringend brauchen können. Der in der Reihe hinter der Zeit herinkende 1984er geriet bereits durch seine „herzliche Säure“ vornehmlich ins Gerede.

Die Ölkatastrophen 1983

918 Millionen Liter Öl gingen vergangenes Jahr verloren

AP, Cambridge
Durch die Auswirkungen des iranisch-irakischen Krieges, Brände und Schiffsunglücke ist nach einem jüngst veröffentlichten Bericht im vergangenen Jahr zehnmal soviel Öl verlorengegangen wie jeweils in den vorangehenden vier Jahren. Während im Jahr 1982 rund 90 Millionen Liter Öl aus den verschiedensten Ursachen die Umwelt verschmutzten, waren es 1983 etwa 918 Millionen Liter. Der weitaus größte Teil davon floß in die Meere, heißt es in der von einem privaten Forschungsinstitut in Cambridge (US-Staat Massachusetts) erstellten Untersuchung. Ganz oben als Verursacher des Ölvergusses steht der iranisch-irakische Krieg. Die Verfasser erinnern an den riesigen Ölteppich, der sich als Folge eines Angriffs auf eine iranische Erdölförderungsanlage im Persischen Golf ausbreitete. Außerdem wurden diverse Tanker durch Angriffe schwer beschädigt. Fast die Hälfte der Ölverschmutzungen ging auf sechs größere Tankerunglücke zurück. Das schwerste Unglück betraf den spanischen Tanker „Castillo de Bellver“, der vor der südafrikanischen Küste sank. Rund 300 Millionen Liter Öl flossen aus oder verbrannten.

Achtzig Prozent der verlorenen Ölmenge verschmutzte nach dem Bericht die Meere. An Land kam es zu sechs größeren Unglücken, so im US-Staat Ohio, wo rund 31 Millionen Liter Öl in Tanks und eine Pipeline verbrannten.

Wehmut beim Abschied der „Nils Holgersson“

H. KLUGE-LÜBKE, Lübeck
Mit dem phontarken Signal „Mal lang“ verabschiedeten sich ein Schiff und sein Kapitän vom Heimathafen: Die Bundesregierung in Canberra umgerechnet fast 75 Millionen Mark; weitere 14 Millionen soll der Umbau in Deutschland kosten.

Zum Ankauf des eine Schiffsgeneration lang „größten und modernsten Fährschiffes der Ostsee“ bewilligte die Bundesregierung in Canberra umgerechnet fast 75 Millionen Mark; weitere 14 Millionen soll der Umbau in Deutschland kosten.

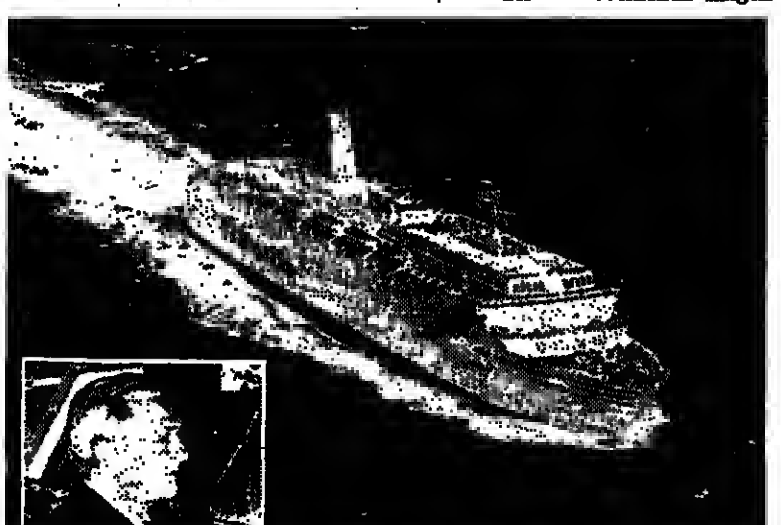
Seit ihrer Indienststellung im April 1975 schipperte die „Nils Holgersson“, die inzwischen ihre Spitzenstellung als größtes lokales Fährschiff an die „Finlandia“ und „Silvia Regina“ mit jeweils 25 677 BRT abgegeben hat, auf der 123 Seemeilen langen

Standardroute zwischen Travemünde und dem südschwedischen Trelleborg.

Drei Millionen Passagiere beförderte es, dabei 1,74 Millionen Kilometer oder umgerechnet etwa 42 Erdumkreisungen zurücklegend, von den Ostsee- und Atlantik-Kreuzfahrten einmal ganz abgesehen. Zurück in Europa bleiben Erinnerungen an ein schmuckes Schiff, auf dem viele Urlauber die schönsten Wochen des Jahres begonnen beziehungsweise beendet haben und dem fast nicht weniger Deutsche ihr Leben verdanken – als sie nach der Flucht aus der „DDR“ mit ihren improvisierten Booten irgendwo auf der Ostsee trieben, bevor sie an Bord des weißen Schiffes geholt wurden.

Da die Märchenfigur Nils Holgersson auch in Australien bekannt ist, soll das Fährschiff nach den bisherigen Plänen diesen Namen auch beibehalten.

Und noch etwas: Kommodore Schönfeld verabschiedet die Australier den wehmütigen Abschied ein wenig, indem sie ihn beten, die „Nils“ Ende März zu überführen – zusammen mit seiner Frau. Eine wohlverstandene Geste.



Neuer Kurs: Australien. Ende März überführt Kommodore Schönfeld (d. Foto) das einstige Fährschiff der TT-Saga-Line nach dort hin.
FOTOS: DW

Astronautinnen als geschickte Pannenhelfer

AP, Kap Canaveral
Die zwei Amerikanerinnen Sally Ride und Kathy Sullivan haben sich am Wochenende als sehr praktisch veranlagte und geschickte Pannenhelferinnen im Weltraum erwiesen: Es gelang ihnen, zum Teil mit vereinten Kräften, zwei technische Probleme zu lösen, die das Programm der am Freitag zu einem einwöchigen Flug gestarteten Raumfähre „Challenger“ zu beeinträchtigen drohten. Bei der Pannenhilfe ging es darum, zwei Schüsselantennen der Fähre funktionstüchtig zu machen, von denen eine Radardaten vom Festland und den Meeren auf der Erde sammelt und die zweite den Datenstrom über einen Fernmeldesatelliten zur Erde schicken soll. Die Radaranenne rastete, möglicherweise wegen Verletzung, nicht richtig ein.

Gesunken wie ein Stein

dpa, Hamburg
Die im Hamburger Hafen verunglückte Ausflugs-Barkasse „Martina“ ist entgegen ersten Ermittlungen nicht noch einmal kurz aufgetaucht, sondern sofort wie ein Stein gesunken. Bei dem Unglück sind 19 Menschen ums Leben gekommen, von denen zwölf noch vermisst werden.

Fahndungserfolg

AP, Spreitenbach
Der wegen fortgesetztem sexuellem Mißbrauch von Kindern gesuchte 47-jährige Deutsche Dieter Horst ist gestern nachmittags in Spreitenbach/Aargau verhaftet worden. Der am vergangenen Freitag in der Fernsehserie „Aktenzeichen XY... ungelöst“ gesuchte Mann wurde von einem Fernsehschauer im Shopping-Center erkannt.

Warnung an Eltern

AP, Regensburg
Immer mehr Kinder nehmen nach Angaben bayerischer Ärzte zur Behebung von Schulschwierigkeiten oder zur von ihren Eltern erhofften Steigerung der Leistungen regelmäßig Tabletten ein. Der 37. Bayerische Ärzten in Regensburg rief deshalb alle Mediziner auf, bei der Verschreibung von Psychopharmaka für Kinder „äußerste Zurückhaltung“ zu üben. 36 Prozent aller Eltern sollen ihren Kindern solche Tabletten geben. Etwa 30 000 Kinder werden jedes Jahr wegen Tablettenvergiftung in Krankenhäuser eingeliefert.

Defekter Start

dpa, Frankfurt
Eine Boeing 737 der Deutschen Lufttransport mit 99 Passagieren ist gestern nach dem Start in Frankfurt wegen eines Defektes umgekehrt. Ein Teil der Lauffläche eines Reifens hatte sich gelöst und die linke Tragfläche beschädigt.

Wies'n-Rekord

dpa, München
Das 150. Münchner Oktoberfest hat einen Umsatz gebracht, wie es ihn in der Geschichte der Wies'n noch nicht gegeben hat. Der Bierausstoß in den zehn Festzelten wird bei dem 16 Tage dauernden Volksfest, das gestern mit einem letzten Besucheransturm zu Ende ging, auf fünf Millionen Maß (Liter) geschätzt – bei einem Preis um sechs Mark. Im Vorjahr wurden vier Millionen Maß ausgeschenkt.

Aus für Türkische Bäder

AP, Tokio
Die Bezeichnung „Türkisches Bad“ – auf japanisch „Toruko Buro“ – soll Anfang nächsten Jahres zwar von den Häuserfronten japanischer Städte verschwinden, doch wird das, was sich dahinter verbirgt, bleiben wie es ist. Mit dem euphemistischen Begriff werden in Japan im allgemeinen Stätten der Prostitution belegt.

ZU GUTER LETZT

„Sie werden mir aber doch erlauben, daß ich ganz kurz sage, was gut gemacht worden ist. Denn es ist ja üblich, daß man auf Fragen nicht sofort antwortet, sondern das anbringt, was man selber sagen möchte.“

Der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Bundestag, Theo Waigel, im Süddeutschen Rundfunk auf die Frage, was die Bonner Koalition hätte besser machen können.

Ausstellung dekorative Kunst des alten Chinas

Ausgewählte chinesische Jade- und Elfenbeinarbeiten, Roll- und Tafelbilder u. a.

Hamburg 16. u. 17. 10. 1984
Frankfurt 19. u. 20. 10. 1984
München 22. u. 23. 10. 1984



Aus der Auktion 1./2. 11. 1984 London
Avalokitesvara, Bronze, Ming Dynasty

Beratung Schätzung

Sotheby's China-Experten
Colin Mackay und Conor Mahony
begutachten und schätzen
während der Ausstellung
unverändliche Objekte
Ihres Fachgebietes

SOTHEBY'S
FOUNDED 1744

München 8000 München, Odeonsplatz 16, Tel: 089/222375
Frankfurt 6000 Frankfurt, Steinlestr. 7, Tel: 0611/623027
Köln 5000 Köln, Kreishaus-Galerie, St.-Apern-Str., Tel: 0221/249330
Hamburg 2000 Hamburg, Alsterkamp 43, Tel: 040/4106028
Wien 1010 Wien, Österreich, Palais Bräuner, Singerstr. 16, Tel: 0043/222/524772